

**Die Nötigung von Verfassungsorganen
(§ 105 StGB) und die Nötigung des
Bundespräsidenten und von Mitgliedern
eines Verfassungsorgans (§ 106 StGB)**

Inauguraldissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
der juristischen Fakultät der
Ruhr-Universität-Bochum

vorgelegt von:
Louis Friedrich Lindenstruth

1920





Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546619_0047

DIE NÖTIGUNG VON VERFASSUNGSORGANEN
(§ 105 StGB) UND DIE NÖTIGUNG DES
BUNDESPRÄSIDENTEN UND VON MITGLIEDERN
EINES VERFASSUNGSORGANS (§ 106 StGB)

Inauguraldissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
der juristischen Fakultät der
Ruhr-Universität-Bochum

vorgelegt von:

Louis Friedrich Lindenstruth

1. Berichterstatter: Prof. Dr. Gerd Geilen

2. Berichterstatter: Prof. Dr. Klaus Baernsmann

Tag der mündlichen Prüfung: 5. Febr. 1988

INHALTSVERZEICHNIS

A	VORWORT	1
B	§ 105	4
I	Tatobjekte	5
1.	Die Verfassungsorgane i.S.d. § 105 StGB	5
2.	Wann ist ein Verfassungsorgan genötigt?	7
II	Die Nötigungsmittel des § 105	14
1.	vis directa	14
a)	Ist der Gewaltbegriff des § 105 weiter als der des § 240?	14
b)	Ist der Gewaltbegriff des § 105 enger als der des § 240	22
2.	vis indirecta (Gewalt gegen Dritte)	41
a)	Im allgemeinen Nötigungstatbestand des § 240	41
aa)	Die Reichsgerichtsrecht sprechung und Literatur	42
bb)	Die historische Auslegung	45
cc)	Die systematische Auslegung	48
dd)	Fallgruppenorientierte Auslegung unter Berücksichtigung der Recht - sprechung zur Gewalt gegen Sachen und BGH St 23, 46ff.	52
ee)	Nötigung durch rechtmäßige Gewalt gegen Dritte?	62
b)	Gewalt gegen Dritte im Tatbestand des § 105	64
aa)	Entstehungs- und Entwicklungsge- schichte des § 105 unter besonder- er Berücksichtigung des vom Gesetz- geber des Jahres 1968 behandelten Streikproblematik	65

bb)	Die systematische Auslegung	83
(1)	§ 81	83
(2)	§§ 106a und b	87
(3)	§ 88 (Sax)	88
cc)	Auseinandersetzung mit der besonderen Auslegung des Gewaltbegriffs der §§ 81ff durch Keller	91
dd)	Die Startbahne-ntscheidung	100
(1)	Auseinandersetzung mit den Kriterien des BGH zur Bestimmung der ausreichenden Zwangseignung i.S.d. § 105; hat eine Bewertung des Zwangsmittels anhand objektiver Kriterien zu erfolgen?	105
(2)	Der victimo-dogmatische Auslegungsversuch (Selbstverantwortungsprinzip)	115
(3)	Zur Problematik der Drohung mit einem Unterlassen	124
(4)	Zu der Frage: Welchem Druck gibt eine verantwortungsbewußte Regierung nach? Praktische Konsequenzen der Startbahnentscheidung	139
III	Das Nötigungsziel des § 105	157
C	§ 106	160
I	Zum Verhältnis zwischen § 105 und § 106	161
II	Die aus Art. 3 GG resultierenden verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die 2. Nötigungsalternative des § 106 (Drohung mit einem empfindlichen Übel)	168
III	Die 2. Nötigungsalternative des § 106 und der rechtsstaatliche Bestimmtheitsgrundsatz (Art. 103 II GG)	175
IV	Zum Problem der normativen Tatbestandsfassung bei der sog. Abgeordnetenbestechung	190
V	Nötigungsziel; zur Auslegung des § 106 I Nr. 2c	205
VI	Konkurrenzverhältnis der §§ 105, 106 zu § 240	209

A V O R W O R T

Die §§ 105, 106 hatten in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts nur eine geringe praktische Bedeutung und entsprechend dürftig war auch die dogmatische Aufarbeitung dieser Vorschriften. Diese Sachlage änderte sich geradezu schlagartig in den fünfziger Jahren, als versucht wurde, § 105 gegen den politischen Streik nutzbar zu machen. Damit rückte diese Vorschrift nicht nur in die tagespolitische Diskussion, sondern wurde auch Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Publikationen.

Der Streit um die Streikproblematik wurde durch den Gesetzgeber des Jahres 1968 weitgehend beigelegt, als die Nötigungsmittel des § 105 auf Gewalt und Drohung mit Gewalt beschränkt und der Streik -insbesondere der politische Streik- nahezu vollständig aus dem Gewaltbegriff ausgegrenzt wurde. Damit war die damals im Mittelpunkt der Diskussion stehende Streikfrage nahezu gänzlich entschärft. Zudem ist die Streikproblematik auch durch die gesellschaftspolitischen Entwicklungen weitgehend erledigt worden. Während in den Anfangsjahren der Bundesrepublik der politische Streik eine gewisse Rolle spielte,

hat es in den letzten zwanzig Jahren weder einen größeren politischen Streik noch eine entsprechende Streikdrohung gegeben.

Sowohl die Fronten in der gesellschafts-politischen Auseinandersetzung als auch die Kampfformen haben sich verändert. Die unter die Haut gehenden, politisch brisanten Themen sind nicht mehr in 1. Linie bestimmt durch den alten Konflikt Arbeit/Kapital, also der Abwägung von Arbeitnehmerrechten und unternehmerischer Freiheit. Mittelpunkt der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung ist der Umweltgedanke. In einer Zeit, in der bei den Bürgern die Skepsis gegenüber technischen Großvorhaben wächst und in der die Frage nach der Umweltverträglichkeit immer mehr in den Vordergrund tritt, sind Konflikte zwischen Bürgern, die sich als Umweltschützer verstehen, und Vertretern aus Wirtschaft und Politik, die einen weiteren Ausbau der Bundesrepublik auch mit umweltbeeinträchtigenden Techniken aus wirtschaftlichen Gründen für notwendig erachten, vorprogrammiert. Den Umweltschützern reicht oft ein nur verbaler Protest in denen nach ihrer Auffassung lebenswichtigen Fragen nicht aus. Sitzstreiks und Blockaden gewinnen als Kampfmittel der Bürgerinitiativen

eine immer größere Bedeutung; es sei hier nur an Baustellenblockaden bei den Auseinandersetzungen um Kernkraftwerke, Wiederaufbauanlagen etc., an die sogenannte Startbahnblockade¹⁾, an die Blockade in Mutlangen²⁾, aber auch an die Grenzblockaden durch Fernfahrer im Februar 1984³⁾ (hier lag allerdings ein anderer Konflikt zugrunde) erinnert.

Auf diesem aktuellen Hintergrund erscheint es notwendig, den Tatbestand des § 105 noch einmal umfassend zu erörtern. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt dabei nicht auf der besonders heftig umstrittenen Frage nach dem Gewaltcharakter von Blockaden. Logisch vorrangig und dogmatisch ergiebiger ist aus dem Blickwinkel des § 105 das Problem der mittelbaren Gewalt. Während die sog. vis indirecta in den anderen Nötigungstatbeständen kaum relevant wird, ist sie im Tatbestand des § 105 von zentraler Bedeutung. Ob man Blockadefälle oder Fälle von Geiselnahme betrachtet, in der Praxis geht es im Rahmen des § 105 nahezu immer um Fälle der Gewalt gegen Dritte. Die

1) BGH NJW 1984, 931 ff

2) Süddeutsche Zeitung Nr. 201 v. 2.9. 83
Frankfurter Rundschau Nr. 203 v. 2.9. 83
FAZ Nr. 203 v. 2.9. 83

3) Spiegel Nr. 9 v. 27.2. 84 S.108 ff

Behandlung der hiermit zusammenhängenden Fragen gestattet auch Rückschlüsse auf den allgemeinen Gewaltbegriff, die Nötigungsmittel des § 240 und damit dem System der Nötigungstatbestände des StGB.

Der zweite Teil der Untersuchung beschäftigt sich mit § 106. Hier ist ausführlich die zweite Nötigungsalternative "Drohung mit einem empfindlichen Übel" abzuhandeln, da insoweit der Kreis der Nötigungsmittel gegenüber § 105 erweitert worden ist. Hieraus resultieren Konkurrenzprobleme und auch verfassungsrechtliche Bedenken.

B § 105 (Nötigung von Verfassungsorganen)

in der Fassung vom 25.6.1968 lautet:

"(1) Wer

1. ein Gesetzgebungsorgan des Bundes oder eines Landes oder einen seiner Ausschüsse,
 2. die Bundesversammlung oder einen ihrer Ausschüsse oder
 3. die Regierung oder das Verfassungsgericht des Bundes oder eines Landes
- rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt nötigt, ihre Befugnisse nicht oder in einem bestimmten Sinne auszuüben, wird mit Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren

bestraft.

(2) In minder/schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von 6 Monaten bis zu 5 Jahren."

Der als Parlamentssprengung oder als Parlamentsnötigung bezeichnete § 105a F (§ 82 PrStGB) pönalisierte das Unternehmen, gesetzgebende Körperschaften auseinanderzusprengen, zur Fassung oder Unterlassung von Beschlüssen zu nötigen oder Mitglieder aus ihnen gewaltsam zu entfernen.

Vorweg läßt sich die Feststellung treffen, daß es sich bei § 105 n.F. nunmehr um ein Erfolgsdelikt handelt und demnach zwischen einer versuchten und vollendeten Nötigung von Verfassungsorganen zu unterscheiden ist.

I. T A T O B J E K T E



1. Die ursprüngliche Fassung des § 105 (§ 82 PrStGB) erfaßte nur die Nötigung der obersten Gesetzgebungsorgane. Das Dritte StrÄNdG von 1953 beschränkte sich darauf, die Adressaten der Nötigung den Bezeichnungen des Grundgesetzes anzupassen. Erst das 8. StrÄNdG brachte eine Erweiterung der Nötigungsadressaten dahingehend, daß durch § 105 n F nicht nur

die Nötigung der Parlamente, sondern darüber hinaus auch die Nötigung der Bundesversammlung sowie der Regierung und der Verfassungsgerichte des Bundes und der Länder erfaßt werden. Damit werden die obersten Organe von Exekutive und Judikative in den Schutzbereich der Vorschrift einbezogen. Zudem enthält § 105 n F die Klarstellung, daß auch die Ausschüsse der Gesetzgebungsorgane bzw. der Bundesversammlung geschützt sind. Diese Regelung entspricht der h.M.vor dem 8. StrÄndG¹⁾ hinsichtlich der Parlamentsausschüsse.

Die Aufzählung der Verfassungsorgane in § 105 ist erschöpfend, so daß oberste Organe sonstiger Körperschaften (Verbände, Kreise, Kommunen) oder andere Gerichte als Verfassungsgerichte nicht den Schutz des § 105 des StGB genießen²⁾. Zu recht weist insofern Kümmel³⁾ daraufhin, daß die nicht in § 105 aufgeführten Organe von Nötigungen durch den allgemeinen Nötigungstatbestand des § 240 geschützt werden.

1) Vgl. Geilen, Parlamentsnötigung, S.7 ff,m.w.N.

2) Siehe dazu Willms, in:LK Rn. 2 zu § 105 StGB

3) Kümmel, a.a.O., S. 326 ff

ii.

2. Da ein Verfassungsorgan, eine juristische Konstruktion nicht genötigt werden kann, sondern allenfalls seine Mitglieder, deren Nötigung dem Verfassungsorgan zugerechnet werden muß, ist die Frage aufzuwerfen, wieviel Mitglieder des Verfassungsorgans müssen genötigt werden, damit eine Nötigung des Verfassungsorgans i.S.d. § 105 angenommen werden kann.

Insofern sind drei Auffassungen diskutabel:

- a. Der schriftliche Bericht des Sonderausschusses des 5. Deutschen Bundestages für die Strafrechtsreform¹⁾ führt ~~zur~~ Neufassung des § 106 u.a. aus, daß im Unterschied zum § 106, der nur das einzelne Mitglied schütze, sich eine Nötigung nach § 105 auf das Verfassungsorgan in seiner Gesamtheit beziehen müsse. Diese Formulierung, die in diesem Zusammenhang auch teilweise in der Literatur verwandt wird²⁾, legt die Auffassung nahe, daß jedes einzelne Mitglied des Verfassungsorgans genötigt werden müsse.

1) BT-Drucksache V/2860 S. 26

2) Eser, in: Schönke-Schröder, Rn. 1 zu § 106

- b. Niese verweist darauf¹⁾, daß eine an ein Verfassungsorgan gerichtete Nötigung nie die Mitglieder meinen könne, die ohnehin im Sinne der Täter stimmen wollen. Er meint daher²⁾, daß als Angriffsobjekt des § 105 die praesumtive Mehrheit zu verstehen sei.
- c. Die herrschende Meinung³⁾ stellt im Hinblick auf die Schutzrichtung des § 105 StGB auf die ausschlaggebende Differenz ab; d.h. es ist für die Erfüllung des Tatbestandes des § 105 die Nötigung genau so vieler Mitglieder des Verfassungsorgans erforderlich, um eine bisherige praesumtive Mehrheit in eine Minderheit zu verwandeln.

Ein entscheidendes Argument gegen die Ansicht zu a. liefert Niese an die Hand; denn das Vorhandensein von Befürwortern der Täterforderungen unter den Mitgliedern des Verfassungsorgans kann in der Tat die Möglichkeit einer Nötigung i.S.d.§ 105 nicht ausschließen. Im Gegenteil, kriminalpolitisch wird ein Täterkreis, der

1) a.a.O. S.111

2) a.a.O.

3) Geilen, Die Parlamentsnötigung, S. 16ff;
Rudolphi, in: SK, Rn 15 zu § 105;
Willms, in: LK, Rn 9 zu § 105

eine Basis im Parlament hat, als um so gefährlicher einzustufen sein. Es mag hier nur kurz an ein Beispiel aus der jüngeren deutschen Geschichte erinnert werden: Der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes vom 23.3. 1933. Aus dem Protokoll der Reichskabinettsitzung vom 15.3. 1933 ergibt sich, daß man notfalls die nach der Reichsverfassung erforderliche 2/3 Mehrheit dadurch erreichen wollte, daß man einige Sozialdemokraten aus dem Saal verwies¹⁾. Zwar mußten die Nationalsozialisten letztlich nicht direkte Gewalt anwenden, um ihr Ermächtigungsgesetz durchzusetzen; doch machen diese Vorgänge um das Ermächtigungsgesetz deutlich, wie groß gerade die Gefahr einer Parlamentsnötigung ist, wenn die Täter selbst im Abgeordnetenhaus sitzen bzw. dort durch eine radikale und entschlossene Gruppe von Abgeordneten Unterstützung erfahren.

Aber auch die von Niese vertretene Auffassung greift zu kurz. Zurecht hält Geilen²⁾ entgegen, sowenig einige Befürworter des

1) Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 1948, Bd. XXI, S. 404 ff, Dok. 2962-Ps. zit. nach: Ursachen und Folgen. Eine Urkunden und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bd. IX, S. 130, Dokumenten-Verlag DR. H. Wendler & Co., Berlin

2) a.a.O.

Täterbegehrens eine Nötigung des Verfassungsorgans ausschließen könnte, sowenig könnte entscheidend sein, ob die Täter ihren Nötigungsangriff gegen alle Fraktionen bzw. Mitglieder der praesumptiven Mehrheit oder nur gegen die ausschlaggebende Differenz richteten. Dem ist zuzustimmen; es wäre im Hinblick auf den Schutzzweck des Gesetzes ein völlig unsinniges Ergebnis, wenn der ökonomisch handelnde Täter, der nur soviel nötigt als für seine Zwecke erforderlich, nicht nach § 105 zu bestrafen wäre. Das entscheidende Moment, ja der soziale Sinn einer Nötigung eines Verfassungsorgans ist allein, eine Entscheidung des Verfassungsorgans im Sinne der Täter herbeizuführen, die ohne Nötigung nicht zustande gekommen wäre. Ob die dem Verfassungsorgan abgenötigte Entscheidung einstimmig oder nur denkbar knapp ausfällt, ist ohne jede Bedeutung. Im Extremfall müßte in letzter Konsequenz die Nötigung eines Mitglieds zur Nötigung des Verfassungsorgans i.S.d. § 105 ausreichen¹⁾.

Diesen letzten Schritt lehnt Binding²⁾ ab, weil er meint, daß die Nötigung eines einzelnen durch §106 erfaßt werde und es sich mithin

1) Geilen, a.a.O., S. 17f; Rudolphi, in: SK
Rn. 15 zu § 105

2) a.a.O. S.820

bei § 105 um eine Kollektivnötigung handle. Diese Meinung wird durch den schriftliche Bericht des Sonderausschusses des 5. Deutschen Bundestages ¹⁾ gestützt, als die Erweiterung des Kreises der Nötigungsmittel in § 106 gegenüber § 105 damit begründet wird, daß eine Einzelperson eher als ein Verfassungsorgan in seiner Gesamtheit beeinflußt werden kann²⁾. Danach wäre also zu fordern, daß § 105 nur bei der Nötigung einer Gruppe von Mitgliedern gegeben sein könne.

Das Argument von Binding ist jedoch gleich aus zwei Gründen, von denen jeder für sich allein trägt, nicht stichhaltig.

Einmal können sich die Tatbestände der §§ 105 und 106 nicht in der Weise ausschließen, daß die Nötigung eines Einzelnen von § 106 und die Nötigung mehrerer Mitglieder von § 105 erfaßt wird. Eine Kollektivnötigung enthält notwendigerweise mehrere Individualnötigungen. Sollte das Vorliegen von Individualnötigungen eine Kollektivnötigung i.S.d. § 105

1) BT-Drucksache V/2860 S. 26

2) Diese Unterscheidung ist ohne Einschränkung in großen Teilen der Literatur übernommen worden. Siehe: Willms, in: LK, Rz 1 zu § 105; Eser, in: Schönke-Schröder, Rn. 1 zu § 106

verdrängen, so wäre der § 105 nie anwendbar. Konsequenterweise bejaht die h.M. daher auch die Möglichkeit der Idealkonkurrenz zwischen §§105 und 106¹⁾.

Der Vollständigkeit halber sei auch noch darauf hingewiesen, daß sich die Tatbestände der §§ 105 und 106 auch nicht derart ausschließen können, daß § 105 greift, wenn mehrere Mitglieder Opfer einer Nötigung sind, und § 106 nur, wenn ein Mitglied genötigt wird. Diese Auslegung würde zu unsinnigen Strafbarkeitslücken führen; denn nicht jede Nötigung von mehreren Mitgliedern eines Verfassungsorgans wird von § 105 erfaßt, sondern nur die, die sich auf die ausschlaggebende Differenz bezieht. Mithin wären die Nötigungen von mehreren Mitgliedern, die die Entscheidung des Verfassungsorgans im Ergebnis nicht beeinflussen, weder nach § 105 noch nach § 106 strafbar.

Zum anderen steht der Ansicht Bindings -hierauf weist auch Geilen²⁾ hin- wiederum

1) Vgl. näher zum Verhältnis von § 105 zu §106 unten S. 161ff

2) a.a.O. S. 18

der Schutzzweck des § 105 entgegen. Zweck der Vorschrift ist der Schutz der Funktionsfähigkeit und der Funktionsfreiheit (im Sinne der Freiheit der Willensbildung und Willensbetätigung bei der Befugnisausübung) der höchsten körperschaftlich gebildeten Verfassungsorgane vor nötiger Gewalt einwirkung¹⁾. Diese Funktionsfähigkeit und -freiheit ist immer dann verletzt, wenn aufgrund einer Gewaltnötigung Entscheidungen des Verfassungsorgans zustande kommen, die ohne Gewaltnötigung nicht getroffen worden oder anders ausgefallen wären. Die Verletzung der Rechtsgüter des § 105 ist völlig unabhängig von der Frage zu beurteilen, ob sich die Gewaltnötigung auf alle, mehrere oder nur ein Mitglied bezieht. Entscheidend ist die erzwungene Veränderung der Mehrheitsverhältnisse. Gerade bei denkbar knappen Mehrheitsverhältnissen bietet sich am ehesten die Möglichkeit zur Manipulation der körperschaftlichen Willensbildung an. Es ist nicht einzusehen, wieso gerade in kritischen Situationen dem Verfassungsorgan der strafrechtliche Schutz des § 105 versagt bleiben soll.

1) Willms, in: LK, Rz. 1 zu § 105

Ergebnis: Ein Verfassungsorgan ist dann genötigt, wenn die Mehrheitsverhältnisse zwangsweise verändert werden. Insofern kann die Nötigung eines Mitglieds des Verfassungsorgans ausreichen.

II. DIE NÖTIGUNGSMITTEL DES § 105

- 1a) Während vor der Neufassung durch das 8. StrÄndG streitig war¹⁾, ob als Nötigungsmittel des § 105 a F auch die Drohung mit einem empfindlichen Übel genügte stellt § 105 n F klar, daß als Mittel der Nötigung eines Verfassungsorgans lediglich Gewalt und Drohung mit Gewalt in Betracht kommt.

Fraglich ist jedoch, ob im Staatsschutzrecht (§§ 81ff) ein besonderer vom Gewaltbegriff des § 240 abweichender Gewaltbegriff gilt.

Die sog. Streikurteile des BGH²⁾ legen den Schluß nahe, daß im Staatsschutzrecht ein besonders weiter Gewaltbegriff zugrunde zu legen ist.

- 1) Zum damaligen Meinungsstand vgl. Geilen, Parlamentsnötigung, S. 18ff
2) BGH, Die Justiz 1954, 431; BGHSt 6, 336 (340); 8, 102 (103) .

In den vorgenannten Entscheidungen ging es jeweils um das im November 1952 von der KPD verkündete "Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands". Darin wurde der Sturz der Adenauer- Regierung bis zum März 1953 gefordert, dem Zeitpunkt der Behandlung von EVG- und Generalvertrag im Bundestag. Als Mittel wurde u.a. der "Massen- und Generalstreik" genannt¹⁾.

1954 hatte der Bundesgerichtshof in den ersten beiden Entscheidungen²⁾ den Massenstreik mit folgender Begründung als Gewalt i.S.d. §§ 81 ff bewertet: Massenstreiks und insbesondere ein Generalstreik lähme " den gesamten Verkehr und das Leben der Bevölkerung"³⁾ und könne daher wie eine körperliche Einwirkung " empfunden werden".⁴⁾⁵⁾

1) Zum näheren Sachverhalt vgl. Heinemann -Posser NJW 1959, 121

2) BGH, Die Justiz 1954, 431; BGH St 6, 336 (340).

3) BGH, Die Justiz 1954, 431

4) BGH St 6, 340

5) Vgl. zur Kritik des Kriteriums des zufälligen subjektiven Empfindens des Genötigten Geilen, Die Parlamentsnötigung, S. 91; Geilen sah damals dieses Kriterium noch als einen "stilistischen Lapsus" an

In diesen beiden Entscheidungen hielt der BGH zwar noch formal an dem für den Gewaltbegriff des § 240 entwickelten Körperlichkeitskriterium fest. Doch konsequenterweise gab der BGH in der dritten Streikentscheidung¹⁾ im Jahre 1955 die spitzfindige Argumentation, Streiks könnten wie eine körperliche Einwirkung empfunden werden, auf und bewertete u.a. mit folgender Begründung den Massenstreik als gewaltsamen Hochverrat: "Das Ziel der geplanten Aktionen war die Ausschaltung der Bundesregierung und des Bundestages in seiner durch die Wahlen gegebenen Zusammensetzung. Es sollte also auf diese Verfassungsorgane in einer Weise eingewirkt werden, die ihre weitere Tätigkeit unmöglich machte. Dazu war die Anwendung von Körperkraft in irgendeiner Form gegen ihre Mitglieder weder das erforderliche noch das geeignete Mittel. Vorstellungen solcher Art gehören einer vergangenen Zeit an; die Gegenwart kennt andere und nicht minderwirksame Methoden des gewaltsamen Umsturzes. Eine Auslegung, die für den Begriff der Gewalt i.S.d. § 80 StGB körperliche Kraftentfaltung fordert, würde also die praktische Bedeutung der Vor-

1) BGH St 8, 102 (103)

schrift weitgehend entwerten. Entscheidend kann nur die Zwangswirkung sein. Diese Auffassung steht mit der Entwicklung im Einklang, die der Begriff ^{Gewalt} allgemein im Schrifttum und Rechtsprechung genommen hat (z.B. BGH St 1, 145). " Der Hinweis auf BGH St 1, 145 ist irreführend; zwar ist in BGH St 1, 145 erstmals auf das Erfordernis der körperlichen Kraftentfaltung verzichtet worden. In dieser Entscheidung war aber stattdessen eine unmittelbare Körpereinwirkung auf den Genötigten postuliert worden. In BGH St 8, 102 ist erstmals das Physiskriterium des Gewaltbegriffs völlig aufgegeben worden; es wird weder eine körperliche Einwirkung auf die Mitglieder des Verfassungsorgans noch auf Dritte verlangt: "... es müssen sich zwangsläufig chaotische Zustände herausbilden. Wenn in der Bevölkerung durch Massendemonstrationen zugleich Unruhe, Angst und Empörung hervorgerufen werden, dann kann der Fall eintreten, daß sich Regierung und Volksvertretung nicht mehr als Herr der Lage fühlen und daher gezwungen sehen, vor den gegen sie ankämpfenden gegnerischen Kräften zu kapitulieren, um der Bevölkerung noch weitere und schwerere Leiden und Schädigungen zu er-

sparen"¹⁾. Der BGH stellt damit nur noch auf eine allgemeine Zwangswirkung ab.

Ein derartig weiter Gewaltbegriff ist von der höchstrichterlichen Rspr. im Rahmen des allgemeinen Nötigungstatbestandes noch nicht vertreten worden. Selbst in der umstrittenen Entscheidung zur Kölner Straßenbahnblockade (Laeppele-Urteil)²⁾ ist unter Verzicht auf das Kriterium "physischer Zwang" immerhin noch ein "psychisch determinierter" Prozeß auf Seiten des Genötigten gefordert worden. Dieser besondere "psychisch determinierte" Prozeß wurde in der Laeppele-Entscheidung darin gesehen, daß der Straßenbahnführer Menschen getötet hätte, wenn er auf das Nötigungsverlangen nicht eingegangen wäre.³⁾

Aus der Entscheidung BGH St 8, 102 -von der übrigens BGH NJW 1984, 931 nicht abrückt- kann gefolgert werden, daß nach der Rechtsprechung im Staatsschutzrecht ein gegenüber dem allgemeinen Gewaltbegriff erweiterter Gewaltbe-

1) BGH St 8, 102 (104)

2) BGH St 23, 46 (50)

3) Ebenfalls sehr weitgehend BGH St 23, 126 ff (Bedrohung mit einer Pistole) u. BGH NJW 1982, 189 (Lärm in Vorlesungen); danach sind Handlungen -ähnlich wie in BGH St 6, 336 (340)- schon dann als Gewalt anzusehen, wenn sie von dem Genötigten " als ein nicht nur seelischer, sondern auch körperlicher Zwang" empfunden werden.

griff zugrunde zu legen ist.

In der Literatur sind die sog. Streikurteile des BGH auf heftige Kritik¹⁾ gestoßen, insbesondere im Hinblick auf die äußerst zweifelhafte Tatbestandswürdigung des BGH.²⁾ Gegen den neuen weiten Gewaltbegriff wurde eingewandt, von jedem erfolgreichen Nötigungsmittel gehe eine Zwangswirkung aus, daher könne die Zwangswirkung kein Charakteristikum der Gewalt sein.³⁾ Der weite Gewaltbegriff von BGH St 8, 102 führe zur völligen Auflösung des Gewaltbegriffs. Konsequenterweise wird die Entscheidung von den Anhängern⁴⁾ des engen Gewalt-

1) Siehe Geilen, Der Tatbestand der Parlamentsnötigung, S. 87 ff

Heinemann/ Posser NJW 1959, 121 ff;
F.Chr. Schröder, Der Schutz von Verfassung und Staat im Strafrecht, S. 153, 203 ff

2) Vgl. dazu Heinemann/ Posser a.a.O.;
Pointiert hielt Schroeder dem BGH vor, er habe den geplanten Sturz der Adenauer-Regierung zur Forderung nach Abschaffung einer verfassungsmäßigen Institution umfunktionierte.

3) Vgl. dazu Geilen, a.a.O.

4) Blei, a.a.O. S. 71;

Callies, a.a.O. S. 32;

Geilen, JZ 1970, 521; ders. in: Festschrift f. H.Mayer, S. 495 ff; Keller, Strafrechtl. Gewaltbegriff und Staatsgewalt, S. 110 ff;

Krauß, NJW 1984, S. 905 f; Krey, JuS 1974, S. 421 ff und Strafrecht BT I, 4.Aufl. (1972) S. 105 ff; Köhler, NJW 1983, S.10 ff und 1595ff;
Rüping/Kamp, JuS 1976, S. 663 ff.

begriffs abgelehnt.¹⁾

Die Vertreter des weiten Gewaltbegriffs²⁾ sehen in der Entscheidung BGH St 8, 102 ff eine erste höchstrichterliche Bestätigung der von ihnen vertretenen Auffassung³⁾. Nach dieser von Knodel entwickelten Lehre sind die Kriterien der Kraftentfaltung oder körperlichen Einwirkung als formal abzulehnen⁴⁾ und stattdessen danach zu entscheiden, " ob durch Zufügung irgendeines Übels ein so starker Druck auf die Willensentschließung des zu Nötigenden ausgeübt wird, daß dadurch sein Widerstand gegen das Ansinnen des Täters mit hoher Wahrscheinlichkeit gebrochen wird".⁵⁾ Jedoch ist nach m.E. auch von

- 1) F. Chr. Schroeder hat zu Recht auf den historischen Zusammenhang hingewiesen, in dem die Streikurteile gesehen werden müssen. Bis 1933 war nahezu unbestritten, daß der Streik keine hochverräterische Gewaltmaßnahme darstellte. Erst eine Verordnung vom 28.2. 1933 sah ausdrücklich auch den hochverräterischen Zwecken dienenden Streik in einem lebenswichtigen Betrieb sowie einen General- und Massenstreik als Hochverrat und damit Gewalt an. (vgl. dazu a.a.O. S. 153). Die Streik-Entscheidungen aus der Zeit des Kalten Krieges sind unverkennbar von einem autoritären Staatsverständnis geprägt (vgl. dazu Däubler a.a.O. S. 96)
- 2) Knodel, a.a.O. S. 59; Eser, in: Schönke-Schröder, Rn. 6 ff Vorbem. zu §§ 234 ff; Horn, in: SK, Rn. 9 zu § 240; Müller-Dietz, GA 1974, S. 50; Dreher-Tröndle, Rn. 6 zu § 240
- 3) Eser, in: Schönke-Schroeder, Rn. 11 zu Vorbem. zu § 234 ff, Rn. 4 zu § 81; Knodel, a.a.O. S. 119 ff; Dreher-Tröndle, Rn. 3 zu § 81
- 4) Knodel, a.a.O. S. 125
- 5) Knodel, a.a.O. S. 64

diesem Standpunkt der vom BGH für die §§ 81 ff zugrundegelegte extensive Gewaltbegriff nicht haltbar.¹⁾

Die Notwendigkeit des weiten Gewaltbegriffs wird in der Literatur²⁾ damit begründet, daß nicht einsehbar sei, daß im Rahmen des §240 die Drohung mit einem empfindlichen Übel strafbar sei, nicht aber die Zufügung des Übels. Werde einem Konzertgeiger damit gedroht, seine Meistergeige zu zerstören, wenn er auf das Konzert nicht verzichte, so sei der Tatbestand der Nötigung erfüllt. Eine strafbare Nötigung müsse dann aber erst recht in dem Fall gegeben sein, wenn der Täter seine Drohung verwirkliche und dadurch den Musiker von der Wahrnehmung des Konzerts abhalte. Die insoweit zwischen den Nötigungsmitteln des § 240 bestehende Lücke müsse durch eine extensive Interpretation des Gewaltbegriffs geschlossen werden.

Diese Argumentation verbietet sich natürlich für alle Tatbestände, in denen eine entsprechende Lücke zwischen Übelsandrohung und Übelszufügung nicht besteht. So fordert auch Knodel etwa für den Gewaltbegriff des § 113,

1) So auch Rudolphi, in: SK Rn. 5 zu § 105

2) Knodel, a.a.O. S. 55 ff; Eser, in: Schönke-Schroeder, Amn. 12 zu Vorbem. § 234

daß sich die Gewalt gegen den Körper des zu nütigenden Beamten richten muß¹⁾. In den Tatbeständen der §§ 81 bzw. 105 ist -wie im Tatbestand des § 113- aus guten Gründen²⁾ das Nötigungsmittel Drohung mit einem empfindlichen Übel nicht aufgenommen worden, so daß im Staatsschutzrecht der erweiterte Gewaltbegriff im Sinne Knodels unanwendbar ist.

Es ist daher für die §§ 81, 105 grundsätzlich von dem überkommenen Gewaltbegriff auszugehen, der an eine unmittelbare körperliche Einwirkung anknüpft. Vom Standpunkt der Vertreter des engen Gewaltbegriffs ergeben sich somit für den Gewaltbegriff der §§ 81 ff insoweit keine Besonderheiten.

- b. Auf der anderen Seite legt das sogenannte Startbahnurteil³⁾ nahe, daß der Gewaltbegriff der §§ 81ff besonders eng zu interpretieren sei. Es ist daher weiter zu untersuchen, ob eine einengende Auslegung des Gewaltbegriffs des § 105 StGB geboten ist.

1) Vgl. Knodel, a.a.O. S. 165

2) BT- Drucksache IV/ 650 S. 584

3) BGH NJW 1984, 931ff

Der BGH führt in der Startbahnentscheidung dazu aus¹⁾:"Der Wille des Gesetzgebers ging also dahin, in § 105 StGB die Schwelle zur Annahme von Gewalt gegenüber einem kollegialen Verfassungsorgan höher als in den Individualrechtsschutz dienenden Strafbestimmungen anzusetzen und hierfür eine den Hochverratstatbeständen entsprechende Zwangswirkung zu fordern"²⁾. Der BGH leitet diese Meinung aus der Begründung des § 395 E 1962, auf die der Sonderausschuß des Deutschen Bundestages ausdrücklich Bezug genommen hat und aus dem schriftlichen Bericht des Sonderausschusses her (schriftlicher Bericht des Sonderausschusses BT-Drucksache V/ 2860 S. 25f). In der Begründung des Entwurfs 1962 heißt es unter anderem:³⁾"Der Begriff der Gewalt ist hier, da der Tatbestand nicht dem Schutz individuell bestimmter Personen, sondern dem Schutz von Organen und Einrichtungen des Staates dient, nicht im Sinne des § 11 II" -eine Sondervorschrift, die Auslegungskriterien für Gewalt i.S. des Strafgesetzbuches enthielt- "zu ver-

1) BGH NJW 1984, 931 (932)

2) Diese Ausführungen beziehen sich zwar auf die unten noch eingehend zu behandelnde Problematik der mittelbaren Gewalt (Gewalt gegen Dritte). Gleichwohl ist dieser Teil der Argumentation des BGHs schon hier zu beleuchten, da der BGH seine Auffassung allein auf allgemeinen Erwägungen zum Gewaltbegriff der §§ 81ff stützt

3) BT-Drucks. IV/ 650 S. 584

stehen, sondern ist gleichbedeutend mit dem Merkmal der Gewalt im Tatbestand des Hochverrats."

Dieser besondere Gewaltbegriff für die Hochverratstatbestände des E 1962 sollte aber gerade nicht enger, sondern weiter als der allgemeine Gewaltbegriff sein, wie ein Blick in die Begründung des § 11 II E 1962 ergibt. Darin heißt es: "Nach dem Zweck dieser Vorschriften" -der Schutzvorschriften für den Staat, seiner Organe und Einrichtungen-"kann es angebracht sein, als Gewalt außer der körperlichen Kraftentfaltung und den in Absatz II erwähnten Mitteln, soweit sie hier praktisch überhaupt in Betracht kommen, auch andere Mittel anzusehen, z.B. den illegalen, gegen den Staat oder die verfassungsmäßig bestellten obersten Staatsorgane gerichteten Streik, der zu einer Zwangswirkung führt (vgl. BGH St 8, 102). Die Bildung eines weiteren Gewaltbegriffs für solche Tatbestände ermöglicht der Entwurf dadurch, ..." Der Gewaltbegriff im Staatsschutzrecht sollte nach dem E 62 also weiter sein und ist im übrigen so gerade nicht vom Sonderausschuß übernommen worden¹⁾.

1) Siehe dazu BT-Drucks. V/ 2860 S. 3

Dagegen scheint der Sonderausschuß in der Tat gemeint zu haben, den Gewaltbegriff der Hochverratstatbestände -allerdings nur im Hinblick auf die Streikproblematik- gegenüber dem allgemeinen Gewaltbegriff einschränken zu müssen. Nach dem Bericht des Sonderausschusses ist ein "sozialadäquater" Streik (zumindestens) nicht rechtswidrig,¹⁾ um dies zu verdeutlichen, haben in den §§ 105, 106 und 108 vor die Formel "mit Gewalt" das Wort "rechtswidrig" eingefügt; aber auch der nicht sozialadäquate Streik erfülle nur dann den Begriff der Gewalt i.S.d. § 105, wenn er die lebenswichtige Versorgung der Bevölkerung gefährde²⁾.

Im Sonderausschuß ist offensichtlich der allgemeine Gewaltbegriff verkannt worden. Irrtümlich wird davon ausgegangen, daß auch der sozialadäquate und damit jeder Streik Gewalt sei; anders ist nicht erklärlich, daß der Sonderausschuß die Einfügung des Wortes "rechtswidrig" für erforderlich gehalten hat, um deutlich zu machen, daß ein sozialadäquater Streik nicht zu einer Strafbarkeit nach den Hochverratstatbeständen führen kann. Nach der "Dogmatik" des Sonderausschusses wären demnach sozialadäquate Streiks über den Rechtferti-

1) BT-Drucks. V/ 2860 S.3

2) BT-Drucks. V/ 2860 S.3

gungsgrund Sozialadäquanz gerechtfertigte Gewalt.

Ein derartig weitgehender Gewaltbegriff ist zumindestens in der Rechtsprechung nicht vertreten worden. Der BGH hat in den sog. Streikurteilen lediglich bestimmte politische Massenstreiks als Gewalt angesehen; ein örtlich begrenzter oder auf einen bestimmten nicht lebenswichtigen Industrie- oder Berufszweig beschränkter Streik soll auch nach dem BGH "regelmäßig" keine Gewalt darstellen¹⁾. Die Konsequenzen des Satzes, Streik gleich Gewalt, würden zudem ins Groteske führen: Jeder rechtswidrige Lohnstreik wäre als räuberische Erpressung zu qualifizieren²⁾.

Zutreffend ist, daß der Gesetzgeber den vom BGH in BGH St 8, 102 vertretenen weiten Gewaltbegriff insofern eingeschränkt hat, als ein Streik nur dann Gewalt sein soll, "wenn die Auswirkungen des Streiks der Anwendung physischer Gewalt gleichkommen, so z.B. wenn durch Lahmlegung der gesamten Lebensmittel-, Wasser- oder Energieversorgung das physische Leben der Bevölkerung gefährdet ist".³⁾

1) BGH St 8, 102

2) so aber offensichtlich die Anhänger des weiten Gewaltbegriffs

3) BT-Drucks. V/ 2860 S. 3

Damit hat der Gesetzgeber den Gewaltbegriff im Sinne der §§ 81ff jedoch gerade nicht gegenüber dem allgemeinen Gewaltbegriff eingeengt, sondern er hat den von der Rechtsprechung entwickelten und über die Grenzen des allgemeinen Gewaltbegriffs hinausgehenden Gewaltbegriff der Hochverratstatbestände wieder dem überkommenen Gewaltbegriff angeglichen. Der Sonderausschuß hat, da er auch bei dem Gewaltbegriff der §§ 81ff an das Körperlichkeitskriterium anknüpfen will, den vom BGH für die Hochverratstatbestände entwickelten extensiven Gewaltbegriff auf den allgemeinen Gewaltbegriff zurückgeführt.

Damit ist festzustellen, daß sich aus den Gesetzesmaterialien gerade nicht ergibt, daß der Gewaltbegriff des § 105 gegenüber dem allgemeinen Gewaltbegriff -sofern man den überkommenen engen Gewaltbegriff zugrundelegt-einzuengen ist.

Eine Einschränkung des Gewaltbegriffs i.S.d. § 105 StGB wäre jedoch möglicherweise erforderlich, wenn man der vom BGH¹⁾ und auch teilweise in der Literatur²⁾ vertretenen Auffassung folgt, der Gewaltbegriff dürfe nicht losgelöst vom jeweiligen Nötigungsziel des Täters bestimmt werden. Danach soll der Gewaltbegriff entsprechend der sozialen Bedeutung des Nötigungsziels -Regierungssturz auf der einen Seite und etwa das Freihalten einer Parklücke auf der anderen- unterschiedlich auszulegen sein. Je höher die Bedeutung des Nötigungsziels um so enger muß demnach der Gewaltbegriff gefaßt werden.

Dementsprechend faßt der BGH den Gewaltbegriff im Bereich der Sexualdelikte enger als den allgemeinen Gewaltbegriff. In dem BGH NSTZ 81 S. 390 zugrundeliegenden Fall hatte der Täter die Frau statt zum angegebenen Fahrziel in einen Waldweg gefahren und dort so an einem Baum gehalten, daß die Frau nicht mehr aussteigen konnte. Nachdem diese

1) BGH NSTZ 1981, S. 390; BGH NJW 1982, 189; BGH St 23, 47, 49

2) Arzt, JZ 1984 S. 428 (429); Knodel a.a.O. S. 160ff

seine Annäherung zunächst abgewehrt hatte, sagte er zu ihr, sie komme nicht aus dem Wagen und er sei ohnehin stärker. Erst daraufhin gab die Frau nach und es kam zum Sexualverkehr. Der BGH hob die Verurteilung wegen Vergewaltigung mit folgender Begründung auf: Es sei noch nicht ohne weiteres Gewalt i.S.d. § 177 StGB, eine Frau, um sie zum Geschlechtsverkehr zu nötigen, an eine entlegene Stelle zu fahren, wo sie keine Hilfe zu erwarten hat, und sie einzusperren.

Diese Entscheidung steht in eindeutigen Widerspruch zu der Rechtsprechung des Reichsgerichts¹⁾, die unter den Gewaltbegriff des StGB auch das Einsperren gefaßt hat. Der BGH setzt sich über die zitierten Entscheidungen des Reichsgerichts mit dem Hinweis hinweg, in diesen Fällen sei es jeweils nur um den Gewaltbegriff des § 240, des § 113 a F und des § 252 gegangen.

Auf dieser Linie liegen auch zwei Urteile des BGH zu der Frage, ob Schreien als Gewalt qualifiziert werden kann.

1) RGSt 13, 51; RGSt 27, 405 (406); RGSt 45, 156

In einem Fall¹⁾ hatten die Angeklagten Dozenten der Universität Heidelberg durch Geschrei, Gebrüll, Pfeifen, Absingen von Liedern und Gebrauch von Lärminstrumenten dazu gebracht, Lehrveranstaltungen und Prüfungen abubrechen. Hier wurde vom BGH die Verurteilung wegen Gewaltnötigung i.S.d. § 240 bestätigt. Die kurze Begründung betont das Kriterium der Entfaltung eines Mindestmaßes von Körperkraft, das hier gegeben sein soll. Der BGH stellt zusätzlich darauf ab, ob die Zwangswirkung "als körperlich empfunden" wurde.²⁾ In der anderen Entscheidung³⁾ ging es um die Frage, ob "bloße verbale Einwirkungen" (der Sachverhalt ist leider nicht näher mitgeteilt) Gewalt i.S.d §§ 177, 255 sind. Nach Ansicht des BGH soll hier weder eine physische Kraftentfaltung vorliegen noch eine verbale Einwirkung als körperlich empfunden werden können.⁴⁾ Diese Entscheidung ist im Hinblick darauf, daß das Gesetz zwischen Gewalt und Drohung unterscheidet, im Ergebnis sicher zuzustimmen.

1) BGH NJW 1982, 189

2) Dieses Kriterium entwickelte die Rechtsprechung in BGH St 8, 108ff (Streikfall) und BGH St 23, 126ff (Bedrohen mit Schußwaffe); Vgl. zur Kritik Geilen, JZ 1970, S. 521ff

3) BGH NStZ 1981, 218

4) In diesem Urteil wird herausgestellt, daß der Gewaltbegriff i.S.d. §§ 81ff (BGH St 8, 102ff) gegenüber dem allgemeinen Gewaltbegriff erweitert worden sein soll

Wenn man jedoch dieses Urteil mit dem Vorlesungsfall¹⁾ vergleicht, so ist erstaunlich, daß Schreien eine physische Kraftentfaltung erfordern soll, dagegen "verbales Einwirken" auf keinen Fall. Hierbei ist insbesondere zu berücksichtigen, daß auch mit sehr großer Lautstärke (also Schreien) verbal eingewirkt werden kann²⁾ auch ist nicht einzusehen, wieso allein averbales Schreien als körperlich empfunden werden soll und nicht auch verbales Einwirken. Es steht sicherlich vom medizinischen Standpunkt außer Zweifel, daß heftige und aggressive Äußerungen auch erhebliche nervliche Erregungen hervorrufen können.

Die eigentlichen Gründe für die vorliegende unterschiedliche Beurteilung des Gewaltbegriffs durch den BGH sind auch hier ersichtlich -wie in BGH NStZ 81, 390- die verschiedenen Nötigungsziele. Entsprechend den Nötigungszielen wäre demnach in den Nötigungstatbeständen des StGB der Gewaltbegriff differenziert auszulegen.

Damit stellt sich die Frage, ob der Gewalt-

1) BGH NJW 1982, 189

2) Der Sachverhalt in BGH NStZ 81, 218 ist wohl dahin zu verstehen, daß in heftiger Form auf das Opfer eingewirkt wurde; anderenfalls hätte die StA nicht Vergewaltigung i.S.d. § 177 annehmen können.

begriff überhaupt in den einzelnen Strafbestimmungen verschieden interpretiert werden darf.

Nach Bergmann¹⁾ wäre zwar ein einheitlicher, d. h. ein durchgängig in gleicher Weise verstandener Gewaltbegriff nützlich, jedoch im Hinblick auf das Gebot der Tatbestandsbestimmtheit des Artikel 103 II GG nicht erforderlich. Lediglich eine logisch widersprüchliche Verwendung des Begriffs Gewalt in den einzelnen Tatbeständen soll danach gegen Artikel 103 II GG verstoßen.

Demgegenüber weist Keller²⁾ auf die verfassungsrechtlichen und sozialen Bedenken hin, die sich aus einer uneinheitlichen Interpretation des Gewaltbegriffs ergeben. Wenn Worte im Gesetz hier und da verschieden gedeutet werden könnten, so sei ihre Verbindlichkeit gelockert. Gesetzgeber und Bürger könnten sich auf die Sprache nicht mehr verlassen. Zwar sei eine Differenzierung in der Auslegung eines Wortes nicht ganz auszuschließen, die sich aus der Verschiedenartigkeit der sozialen Zusammenhänge der jeweiligen

1) a.a.O. S. 122f

2) Keller, Die neue Entwicklung des strafrechtlichen Gewaltbegriffs, JuS 1984, S. 109 (114)

Normenkomplexe ergäbe. Rechtsstaatliche Kriterien für eine solche Differenzierung leitet Keller aus einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts her¹⁾. Danach hängt die Auslegung "von der Funktion ab, die der Begriff in der jeweiligen Norm zu erfüllen hat" ²⁾. Bei den strafrechtlichen Nötigungstatbeständen habe der Gewaltbegriff jedoch immer die gleiche Funktion: er bezeichne ein den Bürgern verbotenes Nötigungsmittel.

Der Streit kann nicht unabhängig davon entschieden werden, welchen Gewaltbegriff man zu Grunde legt:

- a) Geht man von einem engen Gewaltbegriff aus, der allein auf das Körperlichkeitskriterium abstellt, so muß der Auffassung Kellers der Vorzug gegeben werden. Aus dem verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsgrundsatz (Artikel 20 III GG) ergibt sich die Verpflichtung des Gesetzgebers seine Vorschriften so zu fassen, daß sie den Grundsätzen der Normklarheit und Justiziabilität entsprechen³⁾. Daraus folgt, daß wenn sich der Gesetzgeber derselben Worte bedient, damit auch grundsätzlich derselbe Wortsinn erfaßt wird. Ausnahmen von diesem Grundsatz sind un-

1) BVerfG E 6, 32 (38)

2) BVerfG E 6, 32 (38)

3) Vgl. dazu Herzog in: Maunz/Dürig, Kommentar zum GG, Amn. 63 zu Art. 20

bestreitbar möglich, nur darf nicht ohne Grund von diesem Prinzip abgewichen werden.

Die Anhänger des weiten Gewaltbegriffs sehen den Grund für eine Differenzierung zwischen dem Gewaltbegriff des § 177 und dem des § 240 darin, daß sich im § 177 die Gewalt abweichend vom allgemeinen Gewaltbegriff gegen eine Person richten müsse¹⁾. Diese Begründung verbietet sich natürlich für die Vertreter des engen Gewaltbegriffs, aber auch für die Rechtsprechung, die die sogenannte Gewalt gegen Sachen grundsätzlich nicht als Gewalt ansieht.²⁾ Eine andere Begründung für eine Differenzierung ist -vom Standpunkt des engen Gewaltbegriffs- nicht ersichtlich, zumal dann, wenn man im Nötigungstatbestand zwischen Nötigungsmittel und Nötigungsziel unterscheidet, und erst im Rahmen der Verwerflichkeitsprüfung zueinander in Beziehung setzt.

Eine Differenzierung des Gewaltbegriffs entsprechend dem Nötigungsziel und damit auch entsprechend dem einzelnen Nötigungstatbestand ist immanent, wenn man der Gewaltdefinition

1) Lenckner, in: Schönke-Schroeder, Anm. 4a zu § 177, Knodel, a.a.O. S. 160 ff

2) RGSt 20, 354; 45, 153 (156); 61, 156 (158); BGH St 18, 133 (134)

Knodels folgt. Danach ist Gewalt "jedes Vorgehen, daß bestimmt und geeignet ist, einen tatsächlich geleisteten oder als bevorstehend erwarteten Widerstand des zu Nötigenden dadurch zu überwinden, daß ihm ohne sein Einverständnis die Willensbildung oder die Willensbetätigung unmöglich gemacht oder durch gegenwärtige Zufügung empfindlicher Übel die Freiheit der Willensentschließung genommen wird " 1). In dieser Gewaltdefinition ist das Nötigungsziel enthalten, da nur im Hinblick auf das Nötigungsziel beurteilt werden kann, ob ein Vorgehen bestimmt oder geeignet ist, einen konkreten Nötigungserfolg herbeizuführen.

Den ersten Teil der Gewaltdefinition Knodels, der sich auf die Eignung der Gewalt bezieht, scheint der BGH in BGH St 23, 47 (49) und BGH NJW 1984, 931 (932) zu übernehmen, als er ausführt, "das ein Urteil darüber, ob ein tatsächlicher Vorgang als Gewalt im Sinne eines bestimmten strafrechtlichen Tatbestandes anzusehen ist, sich nicht einfach dadurch gewinnen läßt, daß dieser Vorgang an einer abstrakten Beschreibung des Gewaltbegriffs gemessen wird. Solch isolierte Betrachtung wäre

1) Knodel, a.a.O., S. 59

verfehlt; der Vorgang ist vielmehr im Zusammenhang mit dem vom Tatbestand vorausgesetzten Ziel des Handelns und in seinem Verhältnis zu den Personen zu beurteilen, die betroffen oder beeinflußt werden sollen". Jedoch bezieht sich der BGH insoweit nur auf Fälle, in denen das Nötigungsoffer durch Gewalt gegen Dritte genötigt wird. ¹⁾ Die Fallvariante der Gewalt gegen Dritte wird noch unten näher zu untersuchen sein.

Praktisch tritt der BGH jedoch dem Gewaltbegriffs Knodels mit den oben zitierten Urteilen ²⁾ bei. Der BGH differenziert den Gewaltbegriff allein nach der Geeignetheit und Wirksamkeit des Vorgehens im Hinblick auf das Nötigungsziel. Während Schreien immer geeignet sein dürfte, um einen Dozenten zum Abbruch seiner Lehrveranstaltung zu zwingen, ist das bloße Schreien bzw. verbale Einwirken im Hinblick auf das Nötigungsziel des § 177 weniger geeignet. Gleiches gilt auch für das Einsperren: Das Einsperren ist ein absolut geeignetes Nötigungsmittel, wenn das Nötigungsziel lediglich in dem Festhalten des Opfers besteht; hingegen ist das Einsperren zumindestens nicht ein unwider-

1) Im übrigen relativiert der BHG in NJW 1984, 931 die Berücksichtigung des Nötigungsziels, ~~als es~~ nicht auf das konkrete Nötigungsziel, sondern auf eine die Pflichtenstellung des Verfassungsorgans einbeziehende Bewertung der Zwangseignung ankommen soll

2) BGH NSTz 81, 390, BGH NJW 1982, 189

stehliches Nötigungsmittel für das Tatziel des § 177.

Der Gewaltbegriff Knodels ist auf heftige Kritik gestoßen¹⁾, da er einmal die Abgrenzung zwischen Gewalt und Drohung aufgibt und zum anderen auch -contra legem- nicht mehr zwischen Gewalt und empfindlichem Übel unterscheidet. Schließlich ist von Geilen²⁾ auch nachgewiesen worden, daß der weite Gewaltbegriff zu einer Auflösung des allgemeinen Nötigungstatbestandes führt, die gegen den Bestimmtheitsgrundsatz des Artikel 103 II GG verstößt; denn der Nötigungstatbestand läßt sich bei Anwendung des weiten Gewaltbegriffs wie folgt formulieren: Wer die Handlung eines anderen vereitelt und dabei verwerflich handelt, wird....bestraft.

Diese Kritik teilt offensichtlich der BGH, denn er hält nach wie vor -zumindestens formal- am Element der Körperlichkeit des Zwanges fest. In der Entscheidung BGH NSTZ 1981, 280 streicht der BGH ausdrücklich den Unterschied zwischen dem Nötigungsmittel Gewalt und dem Nötigungsmittel Drohung heraus. Auch in NJW 1982, 182

1) Geilen, in: Festschrift für H. Mayer, S. 495ff; Keller, JuS 1984, 109 (114); Krey, JuS 1974, S. 421ff

2) Geilen a.a.O. S. 462

begründet der BGH das Vorliegen von Gewalt allein aus dem Körperlichkeitskriterium, es sei ein Mindestmaß von Körperkraft entfaltet worden und die Genötigten hätten den Lärm "als körperlich empfunden".

Um so bedenklicher sind aus rechtsstaatlicher Sicht die oben zitierten Entscheidungen, da der BGH das eigentliche Entscheidungskriterium, die allgemeine Zwangswirkung in den Urteilsbegründungen nicht entsprechend herausstellt. In BGH NJW 1982, 189 kam es letztlich nicht auf irgendeine nervliche Betroffenheit der Universitätsdozenten an, auf diese geht der BGH nicht einmal konkret ein. Entscheidend war allein, daß der Erfolg der Handlung (die Vorlesung) wirksam vereitelt worden ist.¹⁾ Insofern hätte der BGH verdeutlichen müssen, daß er sich den weiten Gewaltbegriff zu eigen gemacht hat oder er hätte unter Berücksichtigung des Körperlichkeitskriteriums Schreien eben nicht als Gewalt qualifizieren dürfen. Der vom BGH gewählte Mittelweg führt dazu, daß aus der formalen Urteilsbegründung die eigentlichen die Entscheidung tragenden Gründe nicht mehr ersichtlich sind.

1) Vgl. dazu auch Keller, JuS 1984, S. 109 (112f)

Ebensowenig macht der BGH in NStZ 81, 390 hinreichend deutlich, daß es -entgegen der formalen Begründung- nicht auf eine körperlich wirksame Zwangseinwirkung ankam, sondern allein auf eine besondere Zwangseinwirkung im Hinblick auf das Nötigungsziel des § 177; denn die Frage, ob eine körperlich wirksame Zwangseinwirkung vorliegt, läßt sich unabhängig vom Nötigungsziel beantworten.

Schließlich führt der Mittelweg des BGH -einerseits formal am Körperlichkeitkriterium festzuhalten und andererseits dieses Kriterium je nach Nötigungsziel zu differenzieren- auch zu sachwidrigen Ergebnissen, sodaß letztlich für die vom BGH gewählte Lösung kein Bedürfnis besteht.

Nach BGH NStZ 1981, 391 soll es für den Gewaltbegriff des § 177 nicht ausreichen, daß der Täter das Opfer durch Ortsveränderung oder durch Einsperren so in seine Gewalt gebracht hat, daß es seinem ungehemmten Einfluß preisgegeben und ihm ausgeliefert ist; über das bloße Einschließen hinaus muß danach zusätzlich " auf das körperliche Wohlbefinden der Frau nachhaltig" eingewirkt werden. Das bedeutet, daß das Opfer trotz absoluten Ausgeliefertseins den Schutz des § 177 nur erlangen kann, wenn es einen zwecklosen Widerstand leistet und damit sich weiteren Gewaltanwendungen

des Täters und der Gefahr von schweren Verletzungen möglicherweise auch des Todes ausgesetzt¹⁾. Solche Ergebnisse lassen sich nur vermeiden, wenn man die Grenze zur strafbaren Gewalt einheitlich bestimmt. Überschreitet der Täter diese Grenze zur Erreichung des Tatziels so ist Nötigungsgewalt gegeben. Der Gesetzgeber ist erkennbar davon ausgegangen, daß Gewalt immer geeignet ist, jeden denkbaren Nötigungserfolg herbeizuführen. Demnach ist für eine Differenzierung des Gewaltbegriffs entsprechend dem Nötigungsziel kein Raum. Dem entspricht auch, daß allgemein anerkannt ist, daß die Frage, ob Gewalt vorliegt oder nicht, nicht davon abhängen darf, ob das Nötigungsmittel unwiderstehlich ist;²⁾ denn das Erfordernis der Unwiderstehlichkeit würde zu einer ungerechtfertigten Privilegierung des körperlich unterlegenen Gewalttäters führen.

Dem einheitlichen Gewaltbegriff korrespondiert, daß im allgemeinen Nötigungstatbestand der Gewaltbegriff entsprechend eng auszulegen ist, da eine extensive Interpretation im Hinblick auf §§ 177, 105 zu unhaltbaren Ergebnissen führt. Hierin liegt die besondere Fragwürdigkeit der Entscheidung BGH NJW 1982, 189 (Vorlesungsstörung). Ergebnis: Nur, wenn man den weiten

1) so auch Otto, JR 1982, S. 116 (118)

2) KG VRS 35, 437; Eser, in: Schönke-Schroeder Rn. 24 zu Vorbem. §§ 234ff

Gewaltbegriff Knodels uneingeschränkt anwenden will, ist der Gewaltbegriff entsprechend dem Nötigungsziel zu differenzieren.

Hält man -wie auch der BGH- am Körperlichkeitskriterium fest, ist für eine Differenzierung des Gewaltbegriffs kein Raum mit der Folge, daß auch für den Tatbestand des § 105 der allgemeine (enge) Gewaltbegriff gilt.

2. G E W A L T G E G E N D R I T T E

a) Bevor wir uns dem Problem Gewalt gegen Dritte im Nötigungstatbestand des § 105 StGB zuwenden, soll zunächst dieses Problem in den anderen Nötigungstatbeständen, insbesondere im allgemeinen Nötigungstatbestand des § 240 StGB betrachtet werden.

Schlaglichtartig läßt sich die Problemstellung der Gewalt gegen Drittpersonen wie folgt beleuchten: Nach ständiger Rechtsprechung des BGH¹⁾ -Ausnahme die Laepple-Entscheidung-²⁾ erfordert der Gewaltbegriff eine physische Einwirkung auf

1) BGH St 1, 145; 18, 330; 19, 265; BGH NJW 1982, 189, BGH NSTZ 1981, 218

2) BGH St 23, 46ff

den Körper des Genötigten. Eine solche physische Einwirkung auf den Genötigten ist in der Regel aber nur bei Identität mit dem Gewaltbetroffenen gegeben. Gewalt gegen Drittpersonen stellt mithin grundsätzlich keinen physischen Zwang gegen den Genötigten dar und dürfte damit folgerichtig auch nicht unter den Gewaltbegriff fallen, es sei denn, man erweitert den Gewaltbegriff insoweit, als auch Gewalt gegen bestimmte oder jedwede Drittpersonen erfaßt wird.

aa) Es war von der Rechtsprechung¹⁾ seit je her anerkannt, daß zumindestens im allgemeinen Nötigungstatbestand des § 240 Gewalt gegen enge Sympathiepersonen des Genötigten als Nötigungsgewalt anzusehen war. Diese ältere Rechtsprechung ist durch den BGH²⁾ bestätigt worden. Als nahe Sympathieperson wurde die Nichte im Verhältnis zu ihrer Tante³⁾, daß Kind im Verhältnis zur Mutter⁴⁾ bzw. zu den Eltern⁵⁾ angesehen.

1) RG Rspr. 3, 317

2) BGH GA 61, 82 (83) BGH St 16, 316 (317)

3) BGH GA 61, 82 (83)

4) BayObLG JZ 1952, 237

5) BGH ST 16, 316 (317)

Zwei Entscheidungen des Reichsgerichts mußten sich darüberhinaus mit der Frage beschäftigen, ob Gewalt gegen Dritte bzw. eine Bedrohung Dritter, die nicht enge Sympathiepersonen des Genötigten sind, als Gewalt bzw. Bedrohung gegen den Genötigten angesehen werden können.

Im ersten Fall¹⁾ hatte der Angeklagte in wiederholten Eingaben an die Staatsanwaltschaft deren Einschreiten gegen verschiedene Personen verlangt und dabei erklärt, anderenfalls werde er gegen jene Personen gewaltsam vorgehen und sie töten. In dem zweiten Fall²⁾ war das Aussteigen eines Wageninsassen dadurch erzwungen worden, daß dem Kutscher, der die Herrschaft über das Fuhrwerk ausübte, die Zügel mit Gewalt entrissen worden waren.

In beiden Entscheidungen hat das RG eine Gewaltnötigung durch Gewalt gegen Dritte angenommen, weil eine gegen dritte Personen verübte Gewalt ausreichend sei, wenn sie dazu bestimmt und geeignet sei, den Verfügungsberechtigten zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung zu nötigen.

1) RG Rspr. 3, 317

2) RG St 17, 82

Den beiden Entscheidungen des Reichsgerichts fogend will die herrschende Meinung¹⁾ der Literatur Gewalt gegen jeden beliebigen Dritten als Nötigungsgewalt (sog. vis indirecta) ausreichen lassen.

Demgegenüber will ein Teil²⁾ der Literatur ausgehend vom Gewaltbegriff daran festhalten, daß die Gewalt sich gegen den Körper des Genötigten richten müsse. Nach dieser Anschauung kann nur -als Ausnahme³⁾- in den Fällen der Gewalt gegen enge Sympathiepersonen Gewalt im Sinne der Nötigungstatbestände vorliegen.

Am einfachsten ist die Begründung der herrschenden Meinung für die Vertreter⁴⁾ des weiten Gewaltbegriffs, die nicht mehr zwischen Gewalt und der Zufügung eines empfindlichen Übels unterscheiden, sondern jede Zufügung eines Übels unter den Gewaltbegriff fassen. Danach stellt die Gewalt gegen einen Dritten für den Genötigten zumindestens ein empfindliches Übel dar.

- 1) Helmke S. 21; Wanjeck GA 27, 196ff; Thurow S. 17ff; Kostaras S. 74ff; Lackner-Anm. 3b zu § 240; Hoffmeister S.160ff; Geilen, Parlamentsnötigung, S. 87, mit Einschränkung; auch Schäfer, in: LK, Rn. 33, 34 zu § 240; Eser, in: Schönke-Schroeder, Rn. 16 zu Vorbem. § 234ff; Knodel, a.a.O.
- 2) Keller, Strafrechtlicher Gewaltbegriff und Staatsgewalt, S. 265ff; Kallies, S.40ff; Sieberg S.44 ff; Heintschel-Heinegg S.292ff
- 3) Sieberg S. 50 und 53 und Liszt-Schmidt, S. 460f wollen sogar die Gewalt gegen enge Sympathiepersonen nur als Drohung gegen den Genötigten behandeln.
- 4) Knodel, a.a.O.; Eser, in: Schönke-Schroeder, Anm. 6ff zu Vorbem. § 234ff

Da sich das empfindliche Übel direkt gegen den Genötigten richtet, ist die Identität zwischen demjenigen, der vom Übel betroffen ist, und dem Nötigungsoffer in jedem Fall gegeben.

Diese neuere Begründung der herrschenden Meinung ist hier aber nicht weiter nachzugehen, da -wie oben nachgewiesen¹⁾- für den Tatbestand des § 105 der enge Gewaltbegriff gelten muß und sich somit im Rahmen des § 105 eine Argumentation, die sich auf den weiten Gewaltbegriff stützt, verbietet.

- bb) Teilweise²⁾ wird die herrschende Meinung auf den Wortlaut der einschlägigen Nötigungstatbestände gestützt.

Der Wortlaut des § 240 schlosse nicht aus, daß sich die Gewalt gegen irgendeine Person richte; in dem Tatbestand des § 240 sei gerade nicht formuliert, daß sich die Gewalt gegen das Nötigungsoffer richten müsse. Diese Auslegung greift zu kurz und berücksichtigt insbesondere nicht die historische Entwicklung des allgemeinen

1) siehe oben S. 14ff

2) Wanjeck GA 27, 196f

Nötigungstatbestandes. § 212 des PrStGB, an dem der heutige § 240 StGB anknüpft, war wie folgt formuliert: "Wer einen anderen zu einer Handlung oder Unterlassung dadurch zwingt, oder zu zwingen versucht, daß er denselben schriftlich oder mündlich mit der Verübung eines Verbrechens oder Vergehens bedroht, hat Gefängnis bis zu einem Jahre verwirkt."

§ 240 a F enthielt gegenüber § 212 PrStGB eine Erweiterung insofern, als in § 240 a F auch das Nötigungsmittel Gewalt aufgenommen wurde, im übrigen schloß sich § 240 a F dem § 212 PrStGB an¹⁾. Daraus folgt zwingend, daß der Gesetzgeber davon ausging, daß sich das Nötigungsmittel direkt gegen das Nötigungsopfer richtet; anderenfalls hätte der Gesetzgeber eine diesbezügliche Erweiterung auch in die Motive aufnehmen müssen. Das der insoweit klarstellende Wortlaut des § 212 PrStGB nicht übernommen wurde, hat allein sprachliche Gründe. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 240 a F wurden offensichtlich aus Gründen der sprachlichen Übersichtlichkeit und Sprachästhetik in einem Halbsatz zusammengefaßt, gegenüber der etwas umständlichen Fassung des § 212 PrStGB. Damit

1) vgl. Motive zu § 235 des Entwurfs

ging allerdings die Möglichkeit verloren, die einerseits klarstellende -andererseits für den damaligen Gesetzgeber wohl selbstverständliche- Formulierung "denselben" in den Satz mit einzubeziehen.

Bis zu diesem Punkt der Auslegung gelangt auch das Reichsgericht in RG Rspr.3, 317 Das Reichsgericht meint aber demgegenüber ins Feld führen zu können, daß anerkannt sei¹⁾, daß es für die Nötigung genügen könne, wenn die Drohung mit einem Verbrechen oder Vergehen nahe Angehörige des Genötigten betreffe; damit sei grundsätzlich die Forderung nach der Identität zwischen dem unmittelbar Bedrohten und dem Genötigten aufgegeben; da das Gesetz nichts darüber bestimmt habe, wer als Bedrohter zuzulassen sei, komme jeder in Betracht, durch dessen Bedrohung ein Zwang auf den Willen des Genötigten ausgeübt werden könne. Aus den Grundsätzen des Versuchs mit untauglichen Mitteln folgert schließlich das Reichsgericht, daß jeder Dritte als Bedrohter genüge, von dessen Bedrohung der Angeschuldigte geglaubt habe, daß sie geeignet sei, einen anderen zu nötigen.

1) Vgl. dazu Goldtdammer Materialien, Bd. 2, S. 515 zu § 230 (Raub) und S. 523 zu " 234 (Erpressung)

Diese Ausführungen des Reichsgerichts können nicht unwidersprochen bleiben. Der Wortlaut des § 212 PrStGB steht der Auslegung des Reichsgerichts eindeutig entgegen. Die erweiternde Auslegung eines Straftatbestandes entgegen dem Wortlaut ist wegen des verfassungsrechtlichen Grundsatzes *nullem crimen sine lege* absolut unzulässig. Im übrigen schließt das Reichsgericht vorliegend von der Ausnahme auf die Regel. Die Regel war entsprechend dem Wortlaut des Gesetzes, daß Bedrohter und Genötigter identisch sein mußten. Davon sollte nach damaliger allgemeiner Ansicht eine Ausnahme dann gelten, wenn es sich bei dem Bedrohten um eine enge Sympathieperson handelte. Das Reichsgericht verstößt damit gegen eine tragende Maxime jeglicher Gesetzesauslegung: "*singularia non sunt extendenda*". Es kann erst recht nicht aus der Tatsache, daß eine Ausnahmeregelung existiert, geschlossen werden, daß damit die Grundregel keine Gültigkeit mehr haben soll.

- cc) Ein anderer Teil des älteren Schrifttums¹⁾ sucht die herrschende Meinung anhand der Gesetzessystematik unter Berufung auf RG St 16, 172 (173) zu rechtfertigen. Das Gesetz ver-

1) Thurow, S. 17; Müller, Gewalt und verwandte Begriffe im Reichsstrafgesetzbuche, S. 44

wendet hinsichtlich des Nötigungsmittels Gewalt dreierlei Ausdrucksweisen. Neben dem Begriff "Gewalt" etwa in §§ 240, 253, 177 wird in §§ 255, 249 die Formulierung "Gewalt gegen eine Person" verwandt und der damalige § 117 II -aufgehoben durch das dritte Gesetz zur Reform des Strafrechts vom 20.5. 1970 (BGBl I S. 505)- enthielt die Wendung "Gewalt an einer Person". In einer Entscheidung zu § 117 II faßte das Reichsgericht¹⁾ die "Gewalt an der Person" als den engeren Begriff auf; die "Gewalt an der Person" erfordere, "daß die Gewalthandlung die Person selbst getroffen hat, daß also auf letztere eine Einwirkung geschehen ist". Danach umfaßte im Unterschied dazu der Begriff "Gewalt gegen eine Person" auch Gewalt gegen Drittpersonen. Ob darüber hinaus noch ein Unterschied zwischen den Termini "Gewalt" und "Gewalt gegen eine Person" bestand, war streitig. Die unter Führung des Reichsgerichts herrschende Meinung war²⁾, daß Gewalt nur gegen eine Person gerichtet sein könne. Teilweise wurde aber auch vertreten, daß die als Drohung wirkende Gewalt an Sachen zur Gewalt im Sinne des Gesetzes zu rechnen sei³⁾,

1) RG St 16, 172 (173)

2) von Schwarze S.38; von Wächter S. 165;
Kollmann S. 42; Sieberg S. 46

3) Frank, § 240 II 1,

"Gewalt" also gegenüber "Gewalt gegen eine Person" den umfassenderen Begriff bilde¹⁾.

Diese Auffassungen messen den verschiedenen Ausdrucksweisen des Gesetzes eine Bedeutung zu, die bei konsequenter Anwendung zu unhaltbaren Wertungswidersprüchen führen. Daher stellt auch die Rechtsprechung -abgesehen von RG St 16, 172 (173)- nicht auf die unterschiedlichen Formulierungen des Gesetzes ab. In §§ 177, 178 wird etwa nur die Wendung "Gewalt" verwandt, gleichwohl vertritt zu diesem Tatbestand das Reichsgericht die Auffassung, daß insofern das Merkmal der Gewalt eine einschränkende Bedeutung haben muß, als sich die Gewalt gegen die Person der Mißbrauchten richten muß²⁾. Hinsichtlich §§ 177, 178 stellt also das Reichsgericht die "Gewalt" "der Gewalt an der Person" gleich. In der Literatur lassen sich zu dieser Entscheidung auch keine gegenteiligen Stellungnahmen auffinden.

In § 249 hat der Gesetzgeber "Gewalt gegen eine Person" als Nötigungsmittel benannt. Aber auch beim Raubtatbestand ist allgemein anerkannt³⁾,

1) Hälschner S.14; heute noch so die Vertreter des weiten Gewaltbegriffs

2) RG St 64, 113 (117)

3) Baldus, in: LK, Rn 3ff zu § 249; Blei, Strafrecht II § 57 2; Eser NJW 1965, 378

daß Vergewaltigter und Genötigter zumindestens nach der Vorstellung des Täters identisch sein muß. Damit wird im Rahmen des § 249 die Wendung "Gewalt gegen eine Person" und "Gewalt an einer Person" als bedeutungsgleich angesehen.

Schließlich unterscheidet auch die herrschende Meinung nicht zwischen "Gewalt" und "Gewalt gegen eine Person". Die sog. Gewalt gegen Sachen soll nur dann als "Gewalt" zu qualifizieren sein, wenn sie sich auch auf den Körper des Genötigten auswirkt, daß heißt von der betroffenen Person körperlich empfunden wird¹⁾. Die davon abweichende Meinung der Vertreter des weiten Gewaltbegriffs ist -wie oben dargestellt- gerade nicht mit dem Wortlaut des § 240 zu vereinbaren, als nicht zwischen dem Nötigungsmittel Gewalt und Drohung mit einem empfindlichen Übel differenziert wird. Im übrigen gilt auch nach dieser Lehre der enge Gewaltbegriff in Tatbeständen, in denen lediglich die Wendung "Gewalt" gebraucht wird (§ 113)²⁾.

Zuzugeben ist dem älteren Schrifttum, daß bei unterschiedlichem Sprachgebrauch des Gesetz-

- 1) RG St 61, 156 (158); 27, 405; 45, 153 (156); BGH St 18, 133 (134); Lackner-Maassen Anm. 4b zu § 240; Schäfer in: LK, Anm. 35 ff zu § 240; Dreher-Tröndle § 240 1 Aa; Welzel, 11. Aufl. S. 325
- 2) Knodel, a.a.O. S. 165

gebers grundsätzlich davon auszugehen ist, daß der Gesetzgeber auch entsprechend unterschiedliche Bedeutungsinhalte meint. Nach der heute herrschenden Auslegung muß sich der Gesetzgeber hinsichtlich der Wendung "Gewalt gegen eine Person" den Vorwurf pleonastischer Ausdrucksweise gefallen lassen. Äußerst schwierig ist auch vom Standpunkt der herrschenden Meinung zu erklären, wieso etwa im Erpressungstatbestand des § 253 als Nötigungsmittel Gewalt aufgeführt wird und räuberische Erpressung im Sinne des § 255 dadurch qualifiziert sein soll, daß "Gewalt gegen eine Person" verübt wird.

Gleichwohl ist daran festzuhalten, daß nicht entsprechend den verschiedenen Formulierungen des Gesetzes der Gewaltbegriff unterschiedlich ausgelegt werden kann; denn eine solche Differenzierung müßte sich ja nicht nur vom Wortlaut, sondern auch sachlich rechtfertigen lassen. Es ist aber kein sachlicher Grund ersichtlich, daß nur in dem inzwischen ersatzlos gestrichenen § 117 II a F, der dem Schutz des Forstbeamten diene, sich die Gewalt gegen den zu nötigenden Forstbeamten richten mußte. Konsequenterweise müßte dann doch auch zumindestens gleiches für den Widerstand gegen die Staatsge-

walt gem. § 113 gelten, der übrigens nach heutigem Recht über § 114 StGB auch die Forstbeamten vor Gewaltnötigungen schützt. In " § 113 wird aber nur die Formulierung "Gewalt " verwandt.

Es muß also dabei verbleiben, daß die verschiedenen Ausdrucksweisen des Gesetzes keine Rückschlüsse darauf zulassen, ob Gewalt gegen Dritte von den einzelnen Nötigungstatbeständen erfaßt wird.

dd) Die eingangs genannten Entscheidungen des Reichsgerichts¹⁾ machen die Bandbreite der Fälle deutlich, die von dem Problem Gewalt gegen Dritte erfaßt werden. Während im ersten Fall der Nötigungsdruck der auf die Staatsanwaltschaft wirkte, aus der Sorge um das Leben und die Gesundheit des Bedrohten respektive Gewaltbetroffenen resultierte, spielte im Kutscherfall die Sorge um die Person des Dritten eine untergeordnete bzw. keine Rolle. Entscheidendes und damit auslösendes Moment war im Kutscherfall die Ausschaltung einer Drittperson, deren Ausfall -unabhängig von der Sorge um die Person- nachteilige Folgen für

1) RG Rspr. 3, 317; RG St 17, 82

das Nötigungsoffer hat. Anhand dieser beiden Grundkonstellationen -erste Fallgruppe: Es wird ein Dritter ausgeschaltet, um auf den zu Nötigenden Zwang auszuüben (RG St 17, 82f); zweite Fallgruppe: Es wird aus Sorge um die Person des Dritten gehandelt (RG Rspr. 3, 317ff)- soll im folgenden untersucht werden, inwieweit Gewalt gegen Dritte im allgemeinen Gewaltbegriff zu berücksichtigen ist.

Zu der ersten Fallgruppe werden in der Literatur folgende Beispielsfälle diskutiert:

1. Um einen Blinden zum Bleiben zu zwingen, hält man seinen Führer fest. 2. Der Täter bemächtigt sich des Chauffeurs, um dem fahrunkundigen Autobesitzer die Benutzung des Wagens unmöglich zu machen. 3. Der Lieferant A wird mit Gewalt gezwungen, wichtige Lieferungen an B nicht auszuführen, um B zu einer Änderung der Preisgestaltung zu zwingen¹⁾.

Für den ersten Beispielsfall ist allgemein anerkannt²⁾, daß auch Gewalt gegen den Blinden gegeben ist; der Fall soll dem gleichzustellen sein, daß ein Sehender durch Verbinden der

1) zitiert nach Eser, in: Schönke-Schroeder, Rn. 6 zu § 240

2) Diel S. 42 ; Gerland S. 512; von Lizst-Schmidt S.521; Sieberg S. 45, 50; Winkler S. 35f; Hoffmeister S. 163

Augen am Gehen gehindert wird.

Von dem Beispielsfall zu 1 meint Hoffmeister¹⁾ auf den Beispielsfall zu 2 schließen zu können. In Anlehnung an den Blindenführerfall könnte dieser Beispielsfall auch so gebildet werden, daß es sich bei der Drittperson um den Chauffeur eines Gelähmten handelt. Dann müsse das gleiche wie im Blindenführerfall gelten, Gewalt gegen den Chauffeur wäre auch Gewalt gegen den Gelähmten. Da es aber nicht letztlich darauf ankommen dürfe, ob der Autobesitzer behindert sei, sei in dem Beispielsfall 2 Gewalt gegen den Autobesitzer zu bejahen.

Diese Sicht ist zu undifferenziert; sowohl in dem Blindenführerfall als auch in dem Chauffeursfall kommt es auf weitere Umstände an, anhand denen zu beurteilen ist, ob sich die Gewalt gegen die Drittperson auch auf das Nötigungsoffer auswirkt. Da grundsätzlich die Einwirkung auf das Nötigungsoffer entscheidend ist, kann für die Fälle der Gewalt gegen Drittpersonen an die Rechtsprechung zur sog. Gewalt gegen Sachen²⁾ angeknüpft werden. Der Chauffeursfall kann demnach den

1) a.a.O.

2) RG St 20, 354; 45, 153 (156); 61, 156 (158);
BGH St 18, 133 (134)

Fällen gleichgestellt werden, in denen durch Gewalt gegen das Auto Druck auf den Autobesitzer ausgeübt werden soll. Nach der Rechtsprechung¹⁾ kann in diesen Fällen Gewalt aber nur gegeben sein, wenn der Autobesitzer bei der Gewaltanwendung zugegen ist. Insofern sind die Beispielfälle 1 und 2 ohne weitere Differenzierung nicht lösbar. Der Chauffeursfall läßt sich zum Beispiel wie folgt variieren:

a. Es werden während der Fahrt Schüsse auf den Chauffeur (auf die Autoreifen) abgegeben, um den Autobesitzer zum Anhalten zu zwingen. In diesem Fall läge Gewalt gegen den Autobesitzer vor.

b. Es wird in der Garage auf den C hauffeur (in die Autoreifen) geschossen, um den Autobesitzer, der sich in einem entfernten Gebäude aufhält, an einer Ausfahrt zu hindern. Hier ist Gewalt gegen den Autobesitzer zu verneinen und zwar unabhängig davon, ob dieser etwa wegen Behinderungen besonders auf das Auto angewiesen ist.

Entsprechend diesen Grundsätzen hätte das Reichsgericht in dem Kutscherfall nicht auf

1) RG St 20, 354

die Gewalt gegen den Dritten abstellen dürfen, sondern vielmehr prüfen müssen, ob in der Ausschaltung des Kutschers auch eine physische Einwirkung auf die Herrschaft vorlag.

Die hier vertretene Auffassung steht im Einklang mit der jüngeren höchststrichterlichen Rechtsprechung¹⁾. In der Laepple-Entscheidung hatte der BGH unter anderem darüber zu befinden, ob die Täter, indem sie durch den "Sitzstreik" die einzelnen Straßenbahnführer zum Anhalten nötigten, zugleich auch Gewalt gegen die Mitglieder des Rats der Stadt Köln anwandten, der zur Abstandnahme von einer Fahrpreiserhöhung veranlaßt werden sollte. Das wurde vom BGH mit folgender Begründung verneint: "Angesichts des weiten Abstands, indem sich die Ratsmitglieder vom Sitzstreik befanden," könne eine Gewaltnötigung gegenüber dem Rat der Stadt Köln nicht angenommen werden. Der BGH berief sich insoweit ausdrücklich auf die Entscheidung RG St 20, 354. Danach ist in den Fällen, in denen der Vermieter den Mieter durch Ausräumen der Möbel zum Auszug nötigen will, zu unterscheiden, ob die sog. Gewalt

1) BGH St 23, 46ff

gegen Sachen im Beisein oder in Abwesenheit des zu nütigenden Mieters ausgeübt wird. Damit stellt der BGH -zumindestens im Rahmen des § 240 StGB- auch in dem Fall der Gewalt gegen Drittpersonen auf ein gewisses Mindestmaß von zwar nicht physischem Zwang, aber doch einem gewissen körperlichen Zusammenhang zwischen Kraftentfaltung und Einwirkung auf den Genötigten ab. Offensichtlich soll die psychische Einwirkung für sich auf das Nötigungsoffer nicht ausreichen, um diesem gegenüber eine Gewaltanwendung ann-ehmen zu können.

Hoffmeister glaubt jedoch¹⁾ einer Gleichstellung von Gewalt gegen Personen und Gewalt gegen Sachen stünde entgegen, daß Gewalt gegen Menschen in erhöhtem Maße zu mißbilligen sei. Schon das der Täter sich an einen Menschen vergreife, um seinen Willen durchzusetzen, erscheine besonders strafwürdig. Es erfordere eine erheblich größere kriminelle Energie als die bloße Gewalttätigkeit an Sachen, die keine physischen Auswirkungen auf Personen habe.

Mit Recht weist demgegenüber Keller daraufhin²⁾, daß in den Fällen der Gewalt gegen Dritt-

1) a.a.O. S. 165

2) Strafrechtlicher Gewaltbegriff und Staatsgewalt, S. 268

personen das spezi-fisch gewaltsame der Nötigung rechtlich schon mit der Gewaltnötigung gegenüber dem Dritten abgegolten werde. Insofern werde die soziale Bedeutung der Gewalt bei der Pönalisierung hinreichend berücksichtigt.

In der Tat läuft die Auffassung Hoffmeisters darauf hinaus, daß es in den Fällen, in denen die Gewalt gegen die Drittperson nicht physisch auf den Genötigten einwirkt, zu einer Doppelbewertung des Tatbestandsmerkmals Gewalt kommt. Es müßten nämlich zwei Gewaltnötigungen in Idealkonkurrenz angenommen werden, obwohl nur gegen eine Person Gewalt angewandt worden ist.

Besonders deutlich wird die Problematik durch den dritten Beispielsfall herausgearbeitet. Nach Eser¹⁾ soll eine Gewaltanwendung gegenüber dem Nötigungsoffer B zu bejahen sein. Gerade in diesem Fall ist jedoch nicht die Anwendung der Gewalt für die Nötigung relevant, sondern allein die Nichtbelieferung durch den Lieferanten A. Das Gesetz unterscheidet zwischen dem Nötigungsmittel Gewalt und Drohung mit einem empfindlichen Übel. Die erste Nötigungsalternative verlangt eine physische Einwirkung auf den Willen des

1) Eser, in: Schönke-Schroeder, Rn. 6 zu § 240

Nötigungsopfers, die zweite eine ausreichend psychische. In dem Lieferantenfall wird nur psychisch auf den Willen des B Einfluß genommen, als ihm mit dem empfindlichen Übel der Nichtbelieferung gedroht wird¹⁾. Die Gewaltanwendung hat im Hinblick auf die Willensfreiheit des B keinerlei Auswirkungen, da es B letztlich gleich ist, warum nicht geliefert wird. Entscheidend ist allein die Gefahr der weiteren Nichtbelieferung. Das in der zur Nötigung führenden Ur-sachenkette das Nötigungsmittel Gewalt eine mittelbare Rolle spielt darf nicht berücksichtigt werden. In dem umgekehrten Fall (A nötigt den B mit der Androhung eines empfindlichen Übels dazu, gegen C Gewalt anzuwenden, um C zu einem bestimmten Verhalten zu nötigen) wird auch nicht angenommen, daß C durch die Androhung eines empfindlichen Übels genötigt worden ist. Es ist folglich darauf abzustellen, mit welchem Nötigungsmittel unmittelbar auf die Willensfreiheit des Genötigten eingewirkt wird.

Zu der zweiten Fallkonstellation (es wird in Sorge um die Person des Dritten gehandelt) wird in der Literatur²⁾ zumeist folgender Beispiels-

1) so auch Schäfer, in: LK 9, Rn 34 zu § 240
2) Keller, a.a.O. S. 265ff; Hoffmeister, S. 165ff; Sieberg S. 44ff

fall angeführt: Der Nötiger mißhandelt das Kind, um die Mutter zu einem bestimmten Verhalten zu zwingen.

Die Autoren¹⁾, die auf die Identität zwischen Gewaltbetroffenen und Nötigungsoffer verzichten, nehmen hier eine Gewaltnötigung gegen die Mutter an. Nach dieser Anschauung reduziert sich die Problematik dieser Fallgruppe allein darauf, ob auf den Genötigten im Hinblick auf seine soziale oder auch physische Nähe zu dem Gewaltopfer ein genügender psychischer Druck erzeugt wird. Die Stärke des seelischen Drucks auf das Opfer hänge davon ab, wie nahe ihm der Mißhandelte stehe²⁾.

Diese Auffassung ist jedoch aus den oben dargelegten Gründen abzulegen; es ist vielmehr auch hier zu fragen, wie wirkt die Gewalt gegen den Dritten auf die Willensfreiheit des Genötigten, physisch oder psychisch. Die Gewalt wäre in diesen Fällen nur dann für das Nötigungsoffer physisch spürbar, wenn es die Gewalt gegen Dritte wie Gewalt gegen sich selbst erfährt.

1) Hoffmeister S. 165ff; Helmke S.21; Wanjeck GA 27, 196ff

2) Hoffmeister a.a.O.

Keller¹⁾ hält eine so weitgehende Identifikation der Menschen für eine aufgesetzte. Es entspräche vielmehr der allgemeinen sozialen Bewertung, daß ein Mensch sich nicht ohne weiteres mit anderen identifiziere. Wenn fremde Menschen gegenwärtig Gewalt angetan werde, so könne zwar mancher intensiv mitfühlen; er erführe die Gewalt aber nicht annähernd so, als wenn er selbst betroffen wäre.

Allein diese Einschätzung entspricht der sozialen Wirklichkeit. Alles andere ist Fiktion und Ideal. Gewalt, die Dritten zugefügt wird, erzeugt bestenfalls psychischen Druck. Insofern besteht auch Übereinstimmung mit Autoren wie Hoffmeister, der ebenfalls den Druck auf das Nötigungsoffer in diesen Fällen als einen psychischen qualifiziert.²⁾ Ausnahmen sind allenfalls möglich, wenn es sich -wie in dem Beispielsfall- bei dem Dritten um eine enge Sympathieperson handelt. Doch auch hier ist nach m.E. von Pauschalbewertungen etwa dahingehend, ein Eltern-Kind-Verhältnis reiche für sich aus, abzusehen und entsprechend den Umständen des Einzelfalls auf die durch die Mißhandlung des Dritten erzeugte physische Beeinträchtigung

1) a.a.O. S. 267ff

2) Hoffmeister a.a.O.

des Nötigungsopfers abzustellen¹⁾. Nur bei erheblichen und massiven Übergriffen auf die enge Sympathieperson kann überhaupt eine körperliche Einwirkung auf den Genötigten in Betracht kommen.

ee) Schließlich ist gegen die herrschende Meinung noch ins Feld zu führen, daß sie in den Fällen zu Paradoxien führt, in denen die gegen den Dritten gerichtete Gewalt rechtmäßig ist. Es lassen sich folgende Fallbeispiele bilden:

Der erfahrene ehemalige Berufsboxer B droht dem Vater A dessen Sohn C -ein unerfahrener Amateur-, im Rahmen eines zwischen B und C angesetzten Boxkampfes "fürchterlich" zusammenzuschlagen, wenn A nicht finanzielle Forderungen erfülle.

Der Schönheitschirurg S droht dem Ehemann E mit einer lebensgefährlichen Schönheitsoperation an dessen eitler Ehefrau F, die damit einverstanden ist, wenn nicht bestehende Verbindlichkeiten erfüllt würden.

In beiden Fällen ist die Gewalt durch eine wirksame Einwilligung der Gewaltbetroffenen

1) so auch Keller a.a.O. S. 270

gerechtfertigt. Entwickelt man die Fälle in Richtung vis compulsiva weiter -Vater sitzt am Ring, Ehemann steht am OP-Tisch-, so läge nach der herrschenden Meinung in beiden Fällen eine Gewaltnötigung vor; denn hier wird mittels Gewalt gegen einen Dritten auf den zu Nötigenden eingewirkt und das angewandte Mittel ist im Verhältnis zum Nötigungszweck auch verwerflich, da zwischen der Gewaltanwendung und den Zahlungsforderungen kein innerer Zusammenhang besteht. Man hätte also das in sich widersprüchliche Ergebnis, das trotz wirksamer Einwilligung des Verletzten deliktische Gewalt vorläge. Das strafbare Verhalten kann aber in beiden Fällen nicht in der Gewaltanwendung liegen, da diese gerade durch die wirksame Einwilligung der unmittelbar Betroffenen erlaubt ist. Der strafrechtliche Vorwurf muß sich in beiden Fällen gegen die Drohung mit einer erlaubten Handlung richten, in beiden Fällen liegt also eine Drohung mit einem empfindlichen Übel vor.

Das gleiche gilt für die Fälle, in denen mit Suizid gedroht wird. Auch hier handelt es sich nicht um eine Nötigung mittels Gewalt, sondern es kommt lediglich das Nötigungsmittel "Drohung mit einem Übel" in Betracht¹⁾.

1) so auch Schäfer, in: LK Rn. 73 zu § 240; Kühne NJW 1975, 671 (675f)

Suizidgewalt ist grundsätzlich straflos und kann auch nicht über § 240 kriminalisiert werden. Eine davon streng zu trennende weitere Frage ist, ob die Drohung mit dem erlaubten Übel (Suizid) zu dem Nötigungszweck in einem verwerflichen Verhältnis steht und sich daraus eine Strafbarkeit nach § 240 ergibt¹⁾.

Fazit: Für die Fälle der sog. Gewalt gegen Dritte ergeben sich im allgemeinen Nötigungstatbestand des § 240 keine Besonderheiten. Es ist auch insofern an dem engen Gewaltbegriff und damit an dem Erfordernis einer physischen Einwirkung auf den Körper des Genötigten festzuhalten.

- b. Doch wenden wir uns nunmehr dem Problem der mittelbaren Gewalt im Rahmen des § 105 zu. Nach der nahezu absoluten herrschenden Meinung²⁾ in der Rechtsprechung und Literatur unterfällt dem Gewaltbegriff des § 105 auch die vis indirecta; danach kann Gewalt gegen jeden Bürger den Tatbestand des § 105 erfüllen. Die BGH-Rechtsprechung verzichtet auf eine Begründung dieser Auffassung und setzt offensichtlich einen entsprechenden

1) Diese Frage ist streitig. Nach Lackner-Maassen Anm. 5 zu § 240 und Welzel S. 325 kann auch in der Selbstmorddrohung ein empfindliches Übel liegen. A.A. Roxin JuS 1964, 373 (377); Schäfer in: LK 9, Anm. 73 zu § 240

2) BGH NJW 1984, 931 (932); BGH St 6, 340; 8, 101ff; Willms, in: LK Rn. 5 u. 8 zu § 105; Rudolphi, in: SK Rn 12 zu § 105; Eser in: Schönke-Schroeder Anm. 8 u. 8a zu § 105 u. Anm. 4 zu § 81; Geilen, Parlamentsnötigung, S. 86

Gewaltbegriff als selbstverständlich voraus.
Auch in der Literatur wird die herrschende Meinung zumeist nicht näherbegründet, es wird lediglich auf den allgemeinen Gewaltbegriff verwiesen.¹⁾ Allein Keller²⁾, der den Gewaltbegriff bei Delikten gegen Einzelpersonen auf unmittelbare Gewalt beschränkt, liefert eine beachtenswerte Begründung dafür, in den Gewaltbegriff der §§ 81ff auch Gewalt gegen Dritte einzubeziehen. Der einzige Vertreter der Gegenmeinung³⁾ -tatbestandsmäßig könne nur Gewalt gegen Mitglieder des Verfassungsorgans sein- stützt seine Auffassung auf Gründe der Gesetzessystematik.

aa) Zunächst soll jedoch das Problem der Gewalt gegen Dritte im Bereich des Staatsschutzstrafrechts und insbesondere im Nötigungstatbestand des § 105 anhand der geschichtlichen Entwicklung und der systematischen Stellung des § 105 -hier wird auch die Ansicht von Sax zu behandeln sein- aufgearbeitet werden. Danach wird auch die besondere Auffassung Kellers näher einzugehen sein.

1) Willms, in: LK Rn.5 zu § 105; Geilen, a.a.O. S. 86

2) Strafrechtlicher Gewaltbegriff und Staatsgewalt, S. 271ff

3) Sax NJW 1953, 768ff

Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des
§ 105

Vorläufer des heutigen § 105 ist § 82 PrStGB. Danach war das Unternehmen strafbar, Parlamente "gewaltsam auseinanderzusprengen, zur Fassung oder Unterlassung von Beschlüssen zu zwingen oder Mitglieder gewaltsam zu entfernen." Der Anlaß für den Gesetzgeber von 1851, diesen neuen Tatbestand in das politische Strafrecht einzuarbeiten, waren die gewalttätigen Vorfälle, die die Arbeit der Parlamente in den Jahren 1848/49 begleitete. Die Verhandlungen der Parlamente wurden von "Pöbelmassen" belagert, die teilweise sogar in den Sitzungssaal eindrangen. Mißliebige Abgeordnete und Minister konnten nur mit Lebensgefahr die Versammlung verlassen, sie mußten förmlich durch Spalier stehende Menschenmengen Spießruten laufen, sie wurden mit Stöcken und Knütteln geschlagen.¹⁾

Der historische Gesetzgeber verweist in den Motiven nur kurz auf diese Ereignisse in den Revolutionsjahren.²⁾ Nach den damaligen Vorstellungen war eine Nötigung gegen höchste Staatsorgane nur im Wege der vis directa möglich.

1) siehe dazu Geilen, Parlamentsnötigung, S.54ff n.w.N.

2) Goltdammer-Materialien zum PrStGB, Bd. 2, S. 99 zu § 82

Gewalt gegen Dritte, also "Untertanen" als Zwangsmittel gegen Staat und Staatsorgane war undenkbar.¹⁾ Darüberhinaus manifestiert sich die Absicht des Gesetzgebers nur direkte Angriffe gegen das Parlament unter Strafe zu stellen, auch in der ersten und dritten Tatmodalität des § 82 PrStGB, der Parlamentssprengung und der gewaltsamen Entfernung von Mitgliedern, die nur in der Form der vis directa möglich sind. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß der Gesetzgeber der ersten Tatmodalität offensichtlich besondere Bedeutung beimaß, als der Begriff "Parlamentssprengung" als Gesetzesüberschrift der Vorschrift des § 82 PrStGB ihr besonderes Gepräge gab.

Mit geringfügigen, rein sprachlichen Änderungen wurde die Vorschrift als § 105 in das StGB übernommen.

§ 82 PrStGB bzw. § 105 verlor mit zunehmendem zeitlichen Abstand von der 48 iger Revolution an Aktualität und hatte fast 100 Jahre nur geringe praktische Bedeutung. Dies änderte sich erst in den 50 iger Jahren dieses Jahrhunderts, als gegen Streikaktionen der Gewerkschaften und

1) vgl. dazu auch Geilen, Parlamentsnötigung, S.53ff

Streikaufrufe kommunistischer Funktionäre der § 105 nutzbar gemacht wurde. Die oben bereits zitierten Steikurteile des BGH sind im vorliegenden Zusammenhang von besonderer Bedeutung, da sie -worauf Geilen zurecht hinweist-¹⁾ die Wertung mittelbare Gewalt gleich Nötigungsgewalt voraussetzen. Der BGH stellt in den Streikentscheidungen im Hinblick auf die Zwangswirkungen allein auf Beeinträchtigungen der Bevölkerung ab. Regierung und Volksvertretung könnten sich nicht mehr als Herr der Lage fühlen und "daher gezwungen sehen, vor den gegen sie ankämpfenden gegnerischen Kräften zu kapitulieren, um der Bevölkerung weitere und noch schwerere Leiden und Schädigungen zu ersparen."²⁾ Wichtigste Aufgabe von Regierung und Volksvertretung sei, "für das Wohl des Volks zu sorgen. Ihre Mitglieder müssen es als einen auf sie persönlich ausgeübten Zwang empfinden, wenn ein für die Bevölkerung unerträglicher Zustand der Auflösung jeder Ordnung eintritt."³⁾ Der BGH begründet seine Auffassung, daß auch mittelbare Gewalt tatbestandsmäßig im Sinne der §§ 81ff ist, nicht. Eine nähere Begründung ist allerdings auch bei

1) a.a.O. S. 87

2) BGH St 8, 102 (104f)

3) BGH St 8, 102 (104f)

Zugrundelegung des vom BGH in dieser Entscheidung angewandten weiten Gewaltbegriffs entbehrlich; denn wird auf das Körperlichkeitskriterium verzichtet und allein auf eine allgemeine Zwangswirkung abgestellt, so läßt sich mittelbare Gewalt problemlos unter den Gewaltbegriff subsummieren.¹⁾

Auf die in BGH St 8, 102ff aufgestellten Grundsätze nahm der Sonderausschuß des Deutschen Bundestages bei den Beratungen zu einer Neufassung des § 105 ausdrücklich Bezug. Der in dieser Entscheidung entwickelte weite Gewaltbegriff wurde eingeschränkt, der Sonderausschuß führte dazu aus: "Das Vorliegen von Gewalt in einem solchen Streikfall ist nur dann zu bejahen, wenn die Auswirkungen des Streiks der Anwendung physischer Gewalt gleichkommen, so z.B. wenn durch Lahmlegung der gesamten Lebensmittel-, Wasser- oder Energieversorgung das physische Leben der Bevölkerung gefährdet ist."²⁾ Damit wird aber zugleich die Rechtsprechung insofern bestätigt, als Gewalt gegen die Bevölkerung, also Gewalt gegen Dritte, tatbestandsmäßig i.S.d. §§ 81ff sein soll.

1) siehe oben S. 44

2) BT-Drucks. V/2860, S. 3

Gleichwohl ist auch nach dieser vermeintlichen Klarstellung des Gesetzgebers äußerst zweifelhaft, ob ein Streik Gewalt sein kann und wenn man diese Frage bejaht, ob der Gesetzgeber die Problematik Gewalt gegen Dritte in den Streikurteilen überhaupt gesehen und insbesondere auch die Tragweite der Grundentscheidung, mittelbare Gewalt als tatbestandsmäßig zu qualifizieren, erfaßt hat.

Bevor die erste Frage beantwortet werden soll, seien einige Betrachtungen zur kriminologischen Situation des Streiks als Nötigungsmittel der §§ 81ff vorausgeschickt. Es muß aus heutiger Sicht verwundern, welche Bedeutung der Gesetzgeber des Jahres 1968 dem Streik als Zwangsmittel der § 81ff beimaß, die Beratungen über die Reformierung des Staatsschutzstrafrechts wurden von diesem Thema schlechthin beherrscht¹⁾. Ein unbefangener Beobachter könnte daraus den Schluß ziehen, daß in erheblichem Maß über politische Streiks Einfluß auf die Entscheidungen höchster Verfassungsorgane der Bundesrepublik genommen worden sei.

Tatsächlich gab es jedoch nur zu Anfang der

1) siehe dazu Sonderausschuß Prot. V S. 712, 741ff, 1725ff 1934ff

50 iger Jahre Streikdrohungen der Gewerkschaften mit dem Ziel, Einfluß auf die parlamentarische Beratung des Mitbestimmungsgesetzes (für Kohle und Eisen) und des allgemeinen Betriebsverfassungsgesetzes zu nehmen. Diese versuchten Einflußnahmen der Gewerkschaften wurden vom Parlament zurückgewiesen.¹⁾ Diese Vorfälle spielten in den Diskussionen des Reformgesetzgebers des Jahres 1968 auch keine Rolle, sondern es waren sich von Anfang an alle Beteiligten darin einig, daß gewöhnliche politische Streiks -wie etwa der Zeitungstreik des Jahres 1953- nicht als tatbestandsmäßig in Betracht kommen.²⁾

Erstaunlicherweise wurden von dem Sonderausschuß aber auch nicht die Tatbestände näher erörtert, die den Streikurteilen des BGH zugrundelagen. Vielmehr wurde unter völliger Absehung von der kriminologischen Situation -nach langen Diskussionen über verfassungsmäßige und nicht näher definierte verfassungswidrige Streiks- auf den anerkannten allgemeinen Gewaltbegriff abgestellt, wonach Gewalt körperliche Einwirkungenvoraussetzt.³⁾ Demnach sind Streiks

1) 117. Sitzung vom 14.2. 1951, Prot. S. 4444 C

2) vgl. Sonderausschuß Prot. V S. 1935

3) Sonderausschuß Prot. V S. 1936

dann tatbestandsmäßig, wenn die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Wasser und Energie zum Erliegen kommt und das physische Leben der Bevölkerung gefährdet ist.

Streikaktionen mit solchen Konsequenzen sind aber in der Bundesrepublik oder anderen vergleichbaren freiheitlichen demokratischen Staaten¹⁾ noch nie durchgeführt, geplant oder auch nur in Betracht gezogen worden. Es spricht auch nichts für die Annahme, daß in Zukunft solche Streiks organisiert werden. Der totale Generalstreik "von der Hebamme bis zum Totengräber" ist zwar eine beeindruckende Parole, in der Praxis jedoch eine die Streikenden selbst besiegende Angelegenheit. Jeder konsequent durchgeführte Generalstreik würde ab einem bestimmten Zeitpunkt infolge seines totalen Erfolges zusammenbrechen, weil eben die Streikenden verhungern.²⁾ Ein totaler Generalstreik wäre daher selbstmörderisch und kann von daher von keiner Gewerkschaftsbewegung ernsthaft in Betracht gezogen werden, nicht einmal in Ausübung eines Widerstandsrechts. Selbst der Aufruf zum Generalstreik anlässlich

1) Auch der französische Generalstreik von 1968 war weit entfernt davon, zu so schweren Versorgungsschwierigkeiten zu führen, daß das Leben der Bevölkerung gefährdet gewesen wäre (vgl. dazu: Rauch/Schirmbeck, Die Barrikaden von Paris, Frankfurt 1968)

2) vgl. dazu Crook, W.H.: The General Strike,

des Kapp-Putsches klammerte lebenswichtige Versorgungswerke wie Wasserwerke, Krankenhäuser und Krankenkassen ausdrücklich vom Streik aus.¹⁾ Ferner kann es auch nie im Interesse der Streikenden sein, wenn das Leben Dritter durch den Streik gefährdet wird. Herrman Grote geht diesem Problem in seiner Untersuchung des gewerkschaftlichen Streiks nach²⁾: "Wenn zum Beispiel Ärzte bei einer Cholera-Epidemie streiken würden oder die Feuerwehr oder die Polizei, dann würden die sich ergebenden Konsequenzen unüberbrückbar sein. In diesen Fällen wäre der Streik sittenwidrig, d.h. er verstößt gegen das Anstandsgefühl aller gerecht und billig denkenden."³⁾ Aber nicht nur moralische Grundsätze, sondern auch Sachzwänge hindern jede Gewerkschaft, durch das Kampfmittel des Streiks das Leben Dritter nicht zu gefährden. Jeder Streik bedarf einer vorgängigen Meinungs- und Willensbildung unter den Arbeitnehmern. Auf diesen Meinungbildungsprozeß wirken nicht nur die ökonomischen Risiken und Gefährdungen, als da sind Lohnausfall und Reaktionen des Arbeitgebers (Aussperrung, möglicherweise Verlust des Arbeitsplatzes), vielmehr wirken

1) abgedr. bei Dieter Schneider: Der Streik, Begriff und Geschichte, in: Zur Theorie und Praxis des Streiks, S. 79

2) Der Streik, Taktik und Strategie, S. 85

3) Fälle dieser Art sind wohl in dem russischen Generalstreik von 1905 vorgekommen, als sogar die Züge, die Verwundete vom manschurischen Kriegsschauplatz nach Moskau bringen sollten, unterwegs aufgehalten wurden. (vgl. W.H. Crook a.a.O. S. 165)

sich auf diesen notwendigen demokratischen Prozeß, der in der Regel in der Öffentlichkeit stattfinden muß, auch die öffentliche Meinung, repräsentiert durch die Medien, aus. Eine qualifizierte Mehrheit der Arbeitnehmer läßt sich aber nicht gewinnen, wenn Leben Dritter durch die Streikaktion gefährdet werden und zusätzlich diese Gefahren auch noch in den Medien verdeutlicht werden können und ein entsprechender Druck der öffentlichen Meinung entgegensteht.

Schließlich kann auch festgestellt werden, daß die den Gewerkschaften nahestehenden Autoren zwar den politischen Demonstrationsstreik als Ausübung der grundgesetzlich garantierten Meinungsfreiheit gem. Art. 5 I GG und Koalitionsfreiheit gem. Art. 9 III GG für zulässig halten, den auf die Durchsetzung politischer Forderungen gerichteten Kampf bzw. Erzwingungsstreik aber nur dann als gerechtfertigt ansehen, wenn die Voraussetzungen für ein Widerstandsrecht vorliegen¹⁾.

Nach alledem bleibt festzuhalten, daß aus kriminologischer Sicht das vom Gesetzgeber gebildete Streikbeispiel, daß den Gewaltbegriff

1) vgl. dazu R.Wahsner, J. Bayh, a.a.O., S. 91ff

erfüllen soll, derart wirklichkeitsfern ist, daß es nur äußerste Verwunderung erregen kann, daß der Gesetzgeber einem solchen Extremfall so ausführlich -wie geschehen- abhandelte.¹⁾

Aber nicht nur die kriminologische Situation des § 105 gibt Anlaß zu Zweifeln, ob ein Streik als Gewalt überhaupt denkbar ist, sondern auch die allgemeine strafrechtliche Dogmatik. Schon Geilen²⁾ hat darauf hingewiesen, daß der Gewalterfolg allein nicht ausreicht, um eine Gewaltnatur des Streiks zu begründen. Vielmehr ist Voraussetzung jedes strafrechtlich relevanten Verhaltens eine Handlung oder ein Unterlassen trotz Bestehens einer Rechtspflicht zum Handeln (§ 13). Der soziale Sinngehalt eines Streiks liegt in dem Unterlassen von Arbeit³⁾. An dieses Unterlassen könnte strafrechtlich nur angeknüpft werden, wenn die Streikenden eine Rechtspflicht träfe, den tatbestandsmäßigen Erfolg abzuwenden.

Eine Garantenstellung der Streikenden kann sich vorliegend nicht aufgrund der Arbeitsverträge bzw. der Tarifverträge und der damit ver-

1) so auch Däubner a.a.O. S. 101f

2) a.a.O. S. 96ff

3) vgl. dazu Geilen a.a.O., Schmidt, S. 95ff;
a.A. Niese S.

bundenen tatsächlichen Übernahme der Arbeit ergeben.¹⁾ Die Garantenpflicht muß sich gerade auf das bedrohte Rechtsgut beziehen.²⁾ Aus den Arbeits- und Tarifverträgen ergibt sich nur eine Verpflichtung gegenüber den Arbeitgebern, die Arbeitspflichten wahrzunehmen, nicht jedoch besondere Pflichten im Hinblick auf die körperliche Integrität der Gesamtbevölkerung.³⁾ Folglich kann der Streik mangels Garantenstellung der Arbeitnehmer nicht unter den Gewaltbegriff fallen.

Diese dogmatischen Schwierigkeiten sind im Sonderausschuß ausweislich der Protokolle gesehen worden. Es wurde ausdrücklich darauf verwiesen, daß für den Streik die Grundsätze "Begehen durch Unterlassen" griffen.⁴⁾ Es wurde offensichtlich Einigkeit darüber erzielt, daß niemand bestraft werden könne, der als Streikender zu Hause bleibt.⁵⁾ Die Abgeordnete Frau Schlee (CDU/CSU) kam auf Grund der Diskussion unwidersprochen zu dem Ergebnis⁶⁾, daß ein Streik

1) so aber Knodel, a.a.O. S. 124

2) Dreher-Tröndle, Rn.5 zu § 13

3) so auch Schmidt, S. 257ff m.w.N.

4) Sonderausschuß Prot. V S.1937 (Äußerung von Dr. h.c. Güde)

5) a.a.O. (Bemerkung von Dr. Kübler)

6) a.a.O.

nicht Gewalt, sondern allenfalls ein durch Organisationen herbeigeführtes Übel sein könne und das eine strafrechtliche Verantwortlichkeit allenfalls nur die Organisationsspitze treffen könne.

Nur wenn Einigkeit darüber erzielt wurde, daß der einzelne Streikende in einem solchen Streik keine Gewalt ausübe, weil der Streik ein Unterlassen darstelle und den Einzelnen in der Regel keine strafrechtlich relevante Arbeitspflicht treffe, so kann selbstverständlich auch der Aufruf, also die Anstiftung zu einem solchen Streik keine Gewalt sein. Wegen des Akzessoritätsgrundsatzes muß daher auch der Aufruf zu einem Streik zumindestens im Hinblick auf §§ 81 und 105 straflos bleiben.

Nach Knodel¹⁾ läßt sich jedoch eine Strafbarkeit der Organisationsspitze wie folgt herleiten: "Anders ist die Lage bei den Initiatoren des Streiks, um die es in der Praxis fast ausschließlich geht. Deren Verhalten besteht nicht in einem bloßen Unterlassen, vielmehr werden sie bei Planung, Organisation und Leitung des Streiks

1) a.a.O. S. 94

aktiv tätig." Danach wäre die Organisations-
spitze auch ohne Garantenstellung wegen eines
Handlungsdelikts strafbar.

Demgegenüber weist Schmidt¹⁾ zu recht darauf-
hin, daß die Initiatoren des Streiks allenfalls
als mittelbare Täter i.S.d. § 25 I 2. Altern.
in Betracht kommen, weil erst über die Vermittlung
des Streiks der Arbeitnehmer physisch auf die
Bevölkerung eingewirkt wird. Nach Schmidt
scheidet jedoch eine mittelbare Täterschaft der
Organisationsspitze aus, da die Arbeitnehmer
nicht als bloße Werkzeuge der Streikinitiatoren
anzusehen seien. Selbst diese Auffassung Schmidts
geht schon zu weit. Die Konstruktion einer
Täterschaft über § 25 I 2. Alt. scheitert schon
daran, daß auch die Organisationsspitze keine
Garantenpflicht im Hinblick auf die Bevölkerung
trifft. Begehen die Vordermänner nämlich die
Tat durch Unterlassen, so käme eine Strafbarkeit
des mittelbaren Täters nur in Betracht, wenn eine
Garantenstellung des mittelbaren Täters gegeben
wäre. Eine Garantenstellung der Organisations-
spitze liegt aber ebensowenig vor wie eine
Garantenstellung der Streikenden. Der Knodelsche

1) a.a.O. S. 257

Ansatz verkennt, daß auch die aktive Unterstützung bzw. Organisation eines Unterlassens nur dann zu einer Strafbarkeit führen kann, wenn auch das Unterlassen strafbar ist.¹⁾ Der soziale Sinngehalt eines Streiks liegt in dem Unterlassen von Arbeit. Daß ein "organisiertes Unterlassen" auch gewisse aktive Tätigkeiten voraussetzt, ändert nichts an dem Charakter des Streiks als Unterlassen. Im übrigen wird nicht nur die Organisationsspitze im Streikfall im gewissen Umfang aktiv tätig, sondern auch die Mehrzahl der Streikenden, als sie etwa in der Urabstimmung²⁾ für den Streik stimmen, als sie an Streikversammlungen teilnehmen oder anderweitig für den Streik bzw. die Streikziele tätig werden.

Zudem ist der Ansicht Schmidts zuzustimmen, daß die Organisationsspitze im Falle eines politischen Streiks nicht die notwendige Tat herrschaft habe. Streikbewegungen sind in der Regel nicht wie eine Armee nach dem Prinzip Befehl/Gehorsam organisiert, sondern es verbleibt der Entscheidungsfreiheit eines jeden einzelnen Arbeitnehmers überlassen, ob er zur

1) Geilen, Parlamentsnötigung S. 98

2) nach den Streikrichtlinien des DGB vom 5.6.74 ist ein Streik nur bei einem in geheimer Urabstimmung erreichten Quorum von 75% möglich

Arbeit geht oder streikt. Gegen den Willen der Arbeitnehmer wird ein Streik nicht möglich sein. Knodel meint demgegenüber: "Der Gewerkschaftsführer habe auf Grund seiner Autorität die erforderliche Tatherrschaft." Für diese pauschale Bewertung bleibt Knodel den Beweis schuldig. Darüberhinaus ist die Vorstellung vom mächtigen Gewerkschaftsführer doch sehr dem traditionellen tariflichen Arbeitskonflikt verbunden, gerade politische Streiks sind auch ohne gewerkschaftliche Organisation denkbar.

Als Ergebnis der vorstehenden Überlegungen bleibt festzuhalten, daß der Streik keine Gewalt ist und folglich aus der Stellungnahme des Gesetzgebers zur Streikproblematik nicht der Schluß gezogen werden kann, daß für den Gewaltbegriff der § 81ff Gewalt gegen Dritte ausreiche.

Auch aus den Intentionen des Gesetzgebers, physische Einwirkungen auf die Bevölkerung als Nötigungsgewalt i.S.d. § 81ff zu qualifizieren, läßt sich nicht herleiten, daß Gewalt gegen Dritte dem Gewaltbegriff der §§ 81ff genügt. Es muß vielmehr davon ausgegangen werden, daß der Gesetzgeber die Problematik der mittelbaren Gewalt im Bereich der Staatsschutzdelikte nicht einmal in Ansätzen gesehen hat.

Man muß sich vor Augen halten, daß der Gesetzgeber mit der Reformierung des § 105 neben einer Erweiterung des Schutzbereichs auf andere Verfassungsorgane vor allem auch die Streitfrage entscheiden wollte, welche Nötigungsmittel von § 105 erfaßt werden sollten, ob nur die Gewalt und Drohung mit Gewalt oder auch die "Drohung mit einem empfindlichen Übel"¹⁾ Die Drohung mit einem empfindlichen Übel ist vom Gesetzgeber nicht in den Kreis der Nötigungsmittel des § 105 einbezogen worden, da nur schwierig zu bestimmen ist, welche Übel für ein Verfassungsorgan empfindlich sind und unter welchen Voraussetzungen die Drohung mit einem empfindlichen Übel verwerflich ist. Läßt man Gewalt gegen Dritte als Nötigungsmittel des § 105 zu, so behält man einen großen Teil der Probleme, die man doch gerade durch den Ausschluß der gewaltlosen Nötigungsmittel außen vor lassen wollte. Zwar ist zuzugeben, daß die Gewaltanwendung gegen Dritte in der Regel verwerflich sein wird²⁾, doch es bleibt die Vorfrage, wann stellt Gewalt gegen Dritte für ein Verfassungsorgan ein empfindliches Übel dar bzw. soll etwa jede Gewalt gegen jeden Dritten

1) für die Drohung mit einem empfindlichen Übel "als Nötigungsmittel des § 105: Niese, S. 115; Schönke-Schroeder, 13. Aufl., 1967, Rn. 6 zu § 105; Schafhäutle, JZ 51, 620; Merten, S. 44 bedauert heute noch die Einführung des Gewaltkriteriums.

2) Zur Verwerflichkeit der Nötigungsgewalt, Haffke, ZStW 84, 37ff

als Nötigungsmittel des § 105 ausreichen, obwohl Gewalt gegen Dritte -wie oben gezeigt- nur eine psychische Einwirkung auf den Genötigten darstellt.¹⁾ Es wäre insofern zu erwarten gewesen, daß in den Beratungen zur Reformierung des § 105 ein Wort zu der Intensität und dem Volumen der mittelbaren Gewalt gesagt worden wäre, die eine Strafbarkeit nach § 105 hätte begründen sollen. Da dies nicht der Fall gewesen ist, muß davon ausgegangen werden, daß der Gesetzgeber nicht erkannt hat, daß Streik überhaupt als Nötigungsmittel des § 105 nur in Betracht kommt, wenn Gewalt gegen Dritte als Nötigungsgewalt zu qualifizieren ist; zumal in BGH St 8, 102ff das Problem Gewalt gegen Dritte nicht einmal in einem Nebensatz erörtert wird. Der Sonderausschuß war offensichtlich bei seinen Ausführungen zu BGH St 8, 102ff allein von dem Bestreben getragen, den sehr weiten Gewaltbegriff, den der BGH in seinen Streikentscheidungen entwickelt hatte, wieder einzuschränken.

Ergebnis : Aus der geschichtlichen Entwicklung und den Gesetzesmaterialien zu § 105 ergibt sich nicht, daß in § 105 ein besonderer Gewaltbegriff gelten soll, der auch die mittelbare Gewalt erfaßt.

1) vgl. dazu unten S.41ff

bb) Es ist weiter zu untersuchen, ob sich durch eine Betrachtung des § 105 im Gesamtsystem der Tatbestände, insbesondere der Staatsschutzdelikte, Anhaltspunkte dafür finden lassen, ob Gewalt gegen Dritte dem Gewaltbegriff der §§ 81ff unterfallen soll.

(1) Ein Argument für die Erweiterung des Gewaltbegriffs im Rahmen der Staatsschutzdelikte könnte sich möglicherweise aus § 81 herleiten lassen. Anerkanntermaßen sind die Tatbestände des § 81 und § 105 eng verwandt¹⁾ und unterscheiden sich im wesentlichen in den Tatzielen, als das hochverräterische Unternehmen als Tatziel eine gewaltsame Verfassungsänderung und die Parlamentsnötigung des § 105 eine gewaltsame Verfassungstörung voraussetzt. Wenn also Gewalt gegen Dritte von § 81 erfaßt würde, hätte dies auch Rückwirkungen auf den Gewaltbegriff des § 105.

Bei einer gewaltsamen Beeinträchtigung des Bestandes der Bundesrepublik Deutschland i.S.d. § 81 werden sich in der Regel die Gewalttäter zunächst mit der Bundeswehr auseinanderzusetzen

1) BGH NJW 931, 932f; Willms, in: LK, Rn. 1 zu § 105; Geilen, Parlamentsnötigung, S. 65ff

haben ebenso wie auch Putschunternehmen zur Veränderung der verfassungsmäßigen Ordnung in der Regel nur über Gewalt gegen die Polizei und Bundeswehr zum Erfolg führen können. Daraus folgert Keller¹⁾, daß der Tatbestand des § 81 notwendigerweise Gewalt gegen Dritte voraussetze.

Bevor dieser Schluß gezogen werden kann, ist zuvor jedoch die Frage zu stellen, sind die Polizeibeamten und Bundeswehrsoldaten Dritte oder unterfallen sie unmittelbar dem Schutzbereich des § 81.

Schutzgut des § 105 ist die Funktionsfähigkeit der obersten Verfassungsorgane und die Freiheit der Willensbildung und -betätigung.²⁾ Schutzgut des § 81 ist die territoriale und verfassungsmäßige Integrität der Bundesrepublik.³⁾ Daher sind im Tatbestand des § 81 -anders als in § 105- nicht die obersten Verfassungsorgane als Nötigungsadressaten aufgeführt. Die Erfüllung des Tatbestandes des § 81 setzt folglich nicht die Nötigung eines obersten Verfassungsorgans voraus. Bei der gewaltsamen Abtrennung eines Teil-

1) Strafrechtlicher Gewaltbegriff und Staatsgewalt, S. 276ff

2) Rudolphi, in: SK Rn. 1 zu § 105
Willms, in: LK Rn. 3 zu § 105

3) Rudolphi, in: SK Rn. 1 zu § 81
Willms, in: LK Rn. 1 zu § 81

bietes der BRD werden beispielsweise im Regelfall nur Angehörige der Bundeswehr mit Gewalt genötigt, das Teilgebiet freizugeben, die obersten Verfassungsorgane werden nicht direkt beteiligt sein. Auch dieser Fall wird unstreitig von § 81 erfaßt. Aus der teleologischen Auslegung, die am Schutzgut des § 81 orientiert sein muß, ergibt sich, daß in den Schutzbereich des § 81 all die Organe des Staates fallen, die für den Schutz des Bestandes der Bundesrepublik Deutschland und der verfassungsmäßigen Ordnung zuständig sind. Mithin handelt es sich in den oben aufgeführten Fällen nicht um Gewalt gegen Dritte, sondern um Gewalt gegen zur Verteidigung der Schutzgüter des § 81 zuständige Personen. Genauso wie im Raubtatbestand (§ 249) anerkannt ist¹⁾, daß sich die Gewalt nicht gegen den Eigentümer oder Besitzer der Sache richten muß, sondern Gewalt gegen jede schutzbereite Person ausreicht, muß vorliegend auch Gewalt gegen die zum Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung berufenen Personen ausreichen. Bundeswehr und Polizei sind also taugliche Nötigungsadressaten des § 81 und unterfallen damit direkt dem Schutzbereich des § 81.

1) RGSt 67, 183 (186); 69, 327 (330)
Eser, in: Schönke-Schroeder Rn. 6a zu § 249
Lackner, Anm. 2a zu § 249

Es handelt sich insoweit nicht um Fälle der Gewalt gegen Dritte.

Soweit sich im Rahmen des § 81 das Problem der mittelbaren Gewalt stellt -Gewalt gegen die Bevölkerung¹⁾- erscheint eher eine einschränkende Auslegung gerade im Hinblick auf den hohen Stellenwert der Schutzgüter des § 81 geboten. Man muß sich vor Augen halten, daß zum Schutz der territorialen und verfassungsmäßigen Integrität der Bundesrepublik Deutschland immerhin ein Verteidigungsauftrag besteht. Insofern können selbst schwerste physische Beeinträchtigungen der Bevölkerung und erst recht nicht die klassischen Geiselnahmefälle geeignet sein, eine Verfassungsänderung herbeizuführen. Gerade wenn man von dem im sog. Startbahnurteil²⁾ aufgestellten Grundsatz des BGH ausgeht, daß in Fällen der Gewalt gegen Dritte eine die Pflichtenstellung des Verfassungsorgans einbeziehende Bewertung der Zwangsseignung maßgebend sei, kann Gewalt gegen Dritte regelmäßig kein geeignetes Nötigungsmittel i.S.d. § 81 sein. Ist aber der

1) siehe dazu BGH St 8, 102ff
BGH NJW 84, S. 931ff

2) BGH NJW 84, 931 (933)

Gewaltbegriff des § 81 und § 105 identisch, so ist die mittelbare Gewalt auch für § 105 nicht ausreichend.

(2) Ein weiteres zwar nicht zwingendes, aber doch beweiskräftiges Argument aus der Gesetzes-systematik für die hier vertretene Auffassung läßt sich aus § 106a und b gewinnen. Die in unmittelbarer Nachbarschaft zu §§105, 106 stehenden Vorschriften §§ 106a und b sanktionieren die Verletzung der Bannmeile um Parlamentsgebäude bzw. die Verletzung des Hausrechts im Parlamentsgebäude. Die Verwirklichung dieser Strafvorschriften hat einen unmittelbaren örtlichen Bezug zu den Parlamenten. Der gesetzgeberische Ansatz zur Einführung der §§ 106a und b beruhte auf Vorfällen, in denen im Zuge von Demonstrationen vor dem Reichstag am 13.1. 1920 unmittelbare Gewalt gegen Abgeordnete angewandt wurde und schließlich sogar das Reichstagsgebäude zu stürmen versucht wurde.¹⁾ Schutzgut des § 106a ist wie in §§ 105, 106 die Funktionsfähigkeit der Verfassungsorgane und ihre Freiheit der Willensbildung und Willensbetätigung bei der Wahrnehmung ihrer Funktionen.²⁾

1) vgl. dazu Geilen, Parlamentsnötigung, S. 83

2) Rudolphi, in: SK Rn. 1 zu § 106a; Willms, in: LK Rn. 1 zu § 106a

Der gesetzgeberische Zweck dieser Vorschriften beschränkt sich mithin keinesfalls darauf, die Organe der Gesetzgebung und das Bundesverfassungsgericht gegen unerwünschte Demonstrationen (den sog. "Druck der Straße") auf ihre Entscheidungen zu schützen, sondern -wie der die Regelung auslösende Vorfall des Jahres 1920 und im übrigen die systematische Stellung beweisen- auch vor der abstrakten Gefahr einer Tatbestandsverwirklichung nach den §§ 105, 106.

- (3) Sax¹⁾ hat für die Auffassung -§ 105 erfasse nur die vis directa- einen Vergleich zwischen § 81 und § 88 (bzw. § 80 a F und § 90 a F) geltend gemacht. Da in § 88 hochverräterische Beeinträchtigungen von Bürgern bzw. Unternehmen, die nicht Mitglieder eines Verfassungsorgans sind, pönalisiert seien, könnte man schließen, daß Gewalt gegen Dritte im Rahmen der §§ 81 und 105 nicht mehr zu berücksichtigen sei. Nach Sax ist die mittelbare Gewalt für die Staatsschutzdelikte abschließend in § 90 a F (§ 88 nF) geregelt. "Da weiterhin auch die mittelbare Gewaltanwendung in staatsgefährdender Absicht (Sabotagehandlung an den aufgezählten lebenswichtigen Betrieben) von § 90 und eine solche ohne diese Absicht von den §§ 316a, 317 i.d.F. des Gesetzes

1) Sax NJW 1953, 367 (370)

vom 30.8.1951 erfaßt wird, ist der Tatbestand der Parlamentsnötigung des § 105 eindeutig auf unmittelbare Beeinflußungshandlungen begrenzt, und diese können gegenüber dem Parlament als Institution einzig und allein in der Anwendung oder Androhung unmittelbarer Gewalt bestehen."¹⁾ Dem ist von Geilen entgegengehalten worden²⁾, diese Argumentation scheitere schon daran, daß der § 90 aF gerade Störungen durch andere als gewalttätige Eingriffe erfasse. Der Einwand Geilens erscheint als berechtigt, wenn man den von ihm vertretenen engen Gewaltbegriff zugrunde legt. Geht man allerdings von dem extensiven Gewaltbegriff der Rechtsprechung (BGH St 8, 101ff) aus, so stellt sich in der Tat die Frage nach der Eigenständigkeit der Regelung des § 88. Wenn man den Streik für Gewalt hält und zu dem das Vorliegen von Gewalt im Sinne des § 105 davon abhängig macht, ob die Tat die lebenswichtige Versorgung der Bevölkerung beeinträchtigt³⁾, so dürfte zumindestens Sabotage größeren Umfangs regelmäßig auch als Hochverrat im Sinn von § 81

1) Sax a.a.O. Sax stützte zusätzlich seine Auffassung damals auch noch auf Diskrepanzen im Strafraum zwischen §§ 90aF und 105 aF. Durch die Novellierung der §§ 81ff hat sich diese Argumentation allerdings erledigt.

2) Geilen, Parlamentsnötigung S. 84f

3) siehe dazu BGH NJW 1984, 931 (933)

zu werten sein. ES liegt von daher zumindestens mit Sax nahe anzunehmen, daß der Gesetzgeber mit § 88 eine abschließende Regelung der Einwirkungen auf Bürger im Bereich des Staatsschutzrechts treffen will, zumal eine Beeinträchtigung wichtiger Versorgungsbetriebe ohne die verfassungsfeindlichen Betreibungen i.S.d. § 88 schon durch die §§ 316b und 317 strafrechtlich sanktioniert werden.

Schließlich spricht auch für das Argument von Sax, daß unter Störhandlungen i.S.von § 88 auch gewalttätige Handlungen wie etwa Gewalt gegen das Betriebspersonal des Versorgungsunternehmens fallen. Zuzugeben ist der herrschenden Meinung¹⁾, daß die von Sax^{über}ausgearbeiteten gesetzessystematischen Gründe nicht unbedingt zwingend sind, sie sind jedoch immerhin ein starkes Indiz dafür, daß für die strafrechtliche Sanktionierung mittelbarer Gewalt -also Gewalt gegen den Bürger- im Staatsschutzrecht eine ausdrückliche Regelung erforderlich ist.

Die herrschende Meinung in der Literatur²⁾ begründet ihre Auffassung, der Gewaltbegriff

1) Keller, Gewaltbegriff und Staatsgewalt, S. 275, Geilen, Parlamentsnötigung, S. 85; Kümmel, a.a.O. S. 304ff

2) Eser, in: Schönke- Schroeder Rn. 8 zu § 105; Geilen, Die Parlamentsnötigung S. 86; Rudolphi, in: SK Rn. 12 zu § 105

der §§ 81ff umfasse auch die mittelbare Gewalt, zumeist lediglich mit einem lapidaren Hinweis auf den allgemeinen Gewaltbegriff des § 240. Wie oben jedoch gezeigt¹⁾, erfaßt der allgemeine Gewaltbegriff in der Regel nicht die Gewalt gegenüber Dritte.

cc) Eine besondere Begründung der herrschenden Meinung liefert Keller²⁾, der zwar im allgemeinen Nötigungstatbestand Gewalt gegen Dritte nicht als Nötigungsgewalt ansieht, im Bereich der politischen Delikte aber eine Modifikation dieses Grundsatzes fordert. Keller leitet seine besondere Auffassung aus einem Vergleich zwischen § 105 und § 106 her. Im Unterschied zu § 106, der sich auf die Nötigung von Mitgliedern des Verfassungsorgans beziehe, erfasse § 105 die Nötigung von Verfassungsorganen, mithin Institutionen. Gegen eine Institution könne sich Gewalt nicht richten, ebensowenig wie eine Institution genötigt werden könne. Genötigt werden könnten immer nur die Mitglieder der Kollegialorgane von Verfassungsrang, die Nötigung würde dem Verfassungsorgan

1) siehe oben S. 41ff

2) Strafrechtlicher Gewaltbegriff und Staatsgewalt S. 271ff

zugerechnet; mithin sei die Gewaltnötigung eines Verfassungsorgans immer mittelbar.

Es ist Keller zuzugeben, daß Gewalt und Nötigung sich nicht unmittelbar gegen ein Verfassungsorgan als rechtliches Konstrukt richten können. Keller übersieht aber, daß die Nötigung sich unmittelbar auf die Mitglieder des Verfassungsorgans als Nötigungsadressaten beziehen muß.¹⁾ Es ist daher für die Frage, ob eine Gewaltnötigung i.S.d. § 105 vorliegt, auf die unmittelbaren Nötigungsadressaten abzustellen. Da es sich bei den Nötigungsadressaten, deren Entscheidung dem Verfassungsorgan zugerechnet wird, um Menschen handelt, sind die allgemeinen Grundsätze bezüglich der "Gewalt gegen Dritte" anwendbar. Insbesondere können etwa Abgeordnete eines Parlaments durch direkte Gewalt genötigt werden, entsprechend den oben geschilderten Geschehnissen des Jahres 1848. Allein in Fällen dieser Art wird auf die menschlichen Entscheidungsträger des Verfassungsorgans physisch eingewirkt und das Gewaltkriterium des § 105 wäre erfüllt.

1) siehe dazu oben S. 7ff

Keller glaubt jedoch seine These, der Gewaltbegriff der §§ 81 ff setze keine Identität von Gewaltbetroffenen und Genötigten voraus, zudem durch folgendes Beispiel belegt:¹⁾"Wenn einem Mitglied andauernd Gewalt angetan wird und dadurch andere genötigt werden zu einem der Institution zuzurechnenden Verhalten, so wird dies als Gewaltnötigung des Verfassungsorgans pönalisiert." Keller schließt aus diesem Beispiel weiter, daß Gewalt gegen jeden Bürger für den Gewaltbegriff der § 81ff ausreicht, da es in einem demokratischen Staat nicht darauf ankommen dürfe, ob einem Verfassungsorgan mit Gewalt gegen ein Mitglied des Verfassungsorgans oder gegen einen einfachen Bürger gedroht wird.

Keller bleibt eine nähere Begründung für seine Behauptung, in dem von ihm angeführten Beispiel sei eine Strafbarkeit nach § 105 gegeben, schuldig. Es wird in dem Fall gerade nicht auf die Mitglieder des Verfassungsorgans physisch eingewirkt, die ihre Befugnisse nicht oder in einem bestimmten Sinne ausüben sollen, sondern auf eine von den Entscheidungsträgern verschiedene Person, einen Dritten. Es liegt

1) Keller a.a.O. S. 372

daher gerade keine Gewaltnötigung vor, da die Nötigungsadressaten nicht gewaltbetroffen sind und auch nicht zu den Gewaltbetroffenen in einer Sonderverbindung stehen, die den Fällen der Gewalt gegen enge Sympathiepersonen vergleichbar wären. Ein Grund von den allgemeinen Grundsätzen der Gewaltnötigung abzurücken, ist nicht -wie Keller glaubt- evident. Damit ist natürlich auch der weitergehenden Folgerung Kellers, in einer demokratischen Republik dürfe es für die Entscheidung eines Verfassungsorgans nicht darauf ankommen, ob ein Abgeordneter oder ein einfacher Bürger betroffen sei, der Boden entzogen.

Keller sieht eine weitere Rechtfertigung seiner besonderen Auslegung des Gewaltbegriffs der §§ 81ff in dem Telos des § 105, "die Befugnis der Institution, die institutionelle Rolle als solche, vor Gewaltnötigung zu bewahren."¹⁾ Bei § 105 gehe es nicht darum, die Mitglieder der Institution generell von gewaltsamen Beeinflussungen freizuhalten, denn es müsse von der Nötigung ihre institutionelle Befugnis betroffen sein. Amt bzw. Mandat und Person seien getrennt zu sehen, die institutionelle Rolle sei von der Person des Rolleninhabers abgehoben

1) Keller a.a.O. S. 272ff

und rechtlich verselbständigt. Ein Amt werde dann gut ausgeübt, wenn der Rolleninhaber von seiner Person weitgehend absehe; das Spezifikum dieses Handlungsfeldes sei, daß in ihm unpersönlich, d.h. unter Absehung von individuellen Interessen agiert werde. Daher komme es in dem Bereich für das Problem der Gewaltnötigung nicht auf die personale Identität von Gewaltbetroffenen und Genötigten an. Ob etwa ein Minister selbst von Gewalt betroffen sei oder ein anderer, sei in seiner institutionellen Rolle unbeachtlich¹⁾.

Zwar stellt Keller richtig heraus, daß durch eine Nötigung i.S.d. §§ 105, 106 die institutionelle Befugnis des jeweiligen Amts bzw. Verfassungsorgans betroffen sein muß. Das besagt jedoch lediglich etwas über den Nötigungszweck, nichts jedoch über die Art der Nötigungsmittel. Gerade wenn man den von Keller vertretenen engen Gewaltbegriff zugrundelegt, ist jedoch die Frage, ob Nötigungsgewalt vorliegt, unabhängig vom Nötigungszweck zu beurteilen²⁾. Rückschlüsse vom Nötigungszweck auf den Gewaltbegriff sind demnach unzulässig.

Darüberhinaus hält auch die These Kellers,

1) Auf dieser Linie liegt auch BGHNJW 1984, 931 (932) als es auch in dem Startbahnfall nicht auf das tatsächliche Verhalten des Verfassungsorgans, sondern auf eine die Pflichtenstellung des Verfassungsorgans einbeziehende Bewertung der Zwangseignung ankommen soll.

2) vgl. dazu oben S. 32ff

hinsichtlich der Zwangswirkung der Nötigungsmittel der §§ 81ff sei nicht auf den tatsächlichen Amtsträger sondern auf dessen institutionelle Rolle, also auf den idealen Amtsträger abzustellen, einer kritischen Überprüfung nicht stand. In § 106 ist neben dem Nötigungsmittel Gewalt auch das Nötigungsmittel "Drohung mit einem empfindlichen Übel" unter Strafe gestellt. Die Erweiterung des Kreises der Nötigungsmittel gegenüber § 105 begründete der Sonderausschuß des 5. Deutschen Bundestages wie folgt:¹⁾ "Die Abweichung gegenüber § 105 A E beruht auf der Erwägung, daß eine Einzelperson eher als ein Verfassungsorgan in seiner Gesamtheit schon durch weniger starke Mittel als Gewalt und Drohung mit Gewalt beeinflusst werden kann." Schon aus diesen Formulierungen ergibt sich, daß der Gesetzgeber auf den Willen der Einzelperson und nicht auf die sich aus der institutionellen Rolle ergebenden Pflichten abstellen will. Geht man von Kellers Auffassung aus, dürften unter die 2. Alternative des § 106 nur solche Fälle gefaßt werden, in denen trotz Berücksichtigung der Amtspflichten i.S. des Täterverlangens zu entscheiden wäre. Für diese Fälle wäre aber eine gegenüber § 105 abweichende Behandlung nicht

1) BT-Drucks. V/2860, S. 26

gerechtfertigt; denn gegenüber durch Täter geschaffene objektive Sachzwänge ist das Verfassungsorgan so anfällig wie eine Einzelperson.

Es wäre im übrigen völlig unverständlich, wieso gerade die Drohung mit einem empfindlichen Übel, die sich allein auf die Person des Amtsinhabers bezieht, nicht von dem Tatbestand des § 106 erfaßt werden soll. Gerade die Fälle, in denen etwa dem Amtsinhaber mit der Veröffentlichung nachteiliger Details aus seinem Privatleben gedroht wird, dürften doch aus kriminalpolitischer Sicht die besonders gefährlichen Angriffe auf die Willensfreiheit der Mitglieder eines Verfassungsorgans darstellen; denn einmal wird die Nötigung mit Übelsandrohungen, die sich auf den persönlichen Bereich beziehen, nicht nach außen sichtbar, der Amtsinhaber kann die ernötigte Entscheidung mit vorgeschobenen Begründungen kaschieren. Zum anderen stellt die Möglichkeit, Druck mit Dingen aus dem persönlichen Bereich auszuüben, die für den Täter sicherste und einfachste dar.

Die Nötigungsmittel i.S.d. §§ 105, 106 müssen sich also nicht auf die institutionelle Rolle

des Amtsinhabers beziehen, sondern es reicht aus, daß die P E R S O N des Amtsträgers betroffen ist.

Die hier vertretene Auffassung wird auch noch durch folgendes Argument gestützt. Eine der Änderungen des § 105 durch das 8. StrÄndG vom 25.6. 1968 bestand darin -übrigens in Abweichung vom Vorschlag des E 1962-, daß der Unternehmens- tatbestand durch eine Tätigkeitstatbestand ersetzt wurde.¹⁾ Es hängt danach also von der konkreten Entscheidung des konkreten Organs bzw. Amtsträgers ab, ob wegen Versuchs oder Vollendung zu bestrafen ist. Aus dieser Gesetzesänderung kann nur geschlossen werden, daß im Hinblick auf die Nötigungsmittel des § 105 nicht auf einen fiktiven idealen Amtsinhaber abgestellt werden soll, sondern allein auf den tatsächlich Handelnden.

Entscheidend ist auch im Bereich der Staatsschutzdelikte, daß es für den Grad der Einflußnahme durch eine Nötigung einen erheblichen Unterschied macht, ob der Entscheidungsträger selbst gewaltbetroffen ist oder ein mehr oder weniger nahe stehender Dritter. Insofern

1) siehe dazu oben S.5

unterscheidet sich der Amtsträger nicht von dem einfachen Bürger. Zwar ist richtig, daß das Mitglied eines Verfassungsorgans bei Entscheidungen im Rahmen seiner Befugnisse in erster Linie und hauptsächlich die Belange der Bürger zu berücksichtigen und gegeneinander abzuwägen hat. Insofern wird Gewalt gegen Bürger (Dritte) im Abwägungsprozeß der politischen Entscheidungsträger eine erhebliche Rolle spielen. Doch stellen Einwirkungen dieser Art für die Amtsinhaber lediglich psychische dar, diese Einwirkungen sind dogmatisch unter den Rechtsbegriff "empfindliches Übel" zu subsumieren. Da das Gesetz streng zwischen dem Nötigungsmittel Gewalt und Drohung mit einem empfindlichen Übel unterscheidet, verbietet sich insoweit eine erweiternde Auslegung des Gewaltbegriffs. Es ist daher auch im Bereich der Staatsschutzdelikte an einem einheitlichen Gewaltbegriff festzuhalten.

Ergebnis: Die mittelbare Gewalt wird vom Tatbestand des § 105 nicht erfaßt.

dd) Der folgende Teil der Untersuchung wird sich mit den Problemstellungen, den bisherigen Lösungsansätzen und den dogmatischen und kriminologischen Konsequenzen beschäftigen, die sich ergeben, wenn man der -entgegen dem oben gewonnenen Ergebnis- nahezu einhelligen Meinung folgt.

Das Nötigungsmittel der Gewalt bzw. der Drohung mit Gewalt ist, wenn es sich unmittelbar gegen das Nötigungsoffer richtet, immer geeignet, den Nötigungserfolg herbeizuführen. Konsequenterweise unterbleibt daher bei Vorliegen des Nötigungsmittels Gewalt -im Gegensatz zum Nötigungsmittel Drohung mit einem empfindlichen Übel- eine Überprüfung darauf, ob das Nötigungsmittel zur Erreichung des Nötigungsziels überhaupt geeignet ist. Richtet sich jedoch einfache Gewalt gegen einen beliebigen Dritten, so wird in einer Vielzahl der Fälle nicht der für eine Nötigung, zumal für die Nötigung eines Verfassungsorgans, erforderliche Druck ausgeübt werden. Beispiel: Studenten sperren im Rahmen "einer politischen Aktion" Universitätspersonal ein. Für den Fall, daß die Landesregierung nicht bestimmte Zugeständnisse macht,

drohen sie mit einer Wiederholung der Aktion. Eine objektive Gefährdung der durch § 105 geschützten Willensfreiheit der Landesregierung findet nicht statt.

Damit stellt sich die Frage, ob auch in den Fällen, in denen objektiv ein Nötigungsdruck auf das Verfassungsorgan nicht vorliegt, wegen Versuchs des § 105 bestraft werden muß.

Wenn die sog. mittelbare Gewalt als Gewalt zu qualifizieren ist, wäre auch in dem oben angesprochenen Studentenfall eine Strafbarkeit wegen versuchter Nötigung eines Verfassungsorgans gem. §§ 105, 22, 23 zu bejahen, da nach den Grundsätzen des untauglichen Versuchs auch die Anwendung von objektiv ungeeigneten (Nötigungs-)Mitteln strafbar ist.¹⁾

Willms²⁾ will Fälle wie den Studentenfall von der Strafbarkeit nach § 105 dadurch ausgrenzen, daß er an die besonderen Grundsätze der Gewalt gegen enge Sympathiepersonen anknüpft. Im Staatsschutzrecht bedürfen nach Willms diese Grundsätze indes insofern eine Modifikation, als weniger auf verwandtschaftliche Beziehungen abzustellen sei, vielmehr

1) so konsequent RG Rspr. 3, 317; Eser, in: Schönke-Schroeder Rn. 8 zu § 105

2) in: LK, Rn. 8 zu § 105

komme "die dem zu nütigenden Verfassungsorgans zugemessene öffentliche Verantwortung und die von diesem Organ nach allgemeinen, vor allem auch von humanitären Vorstellungen geprägten Verständnis in einer solchen Lage erwarteten Haltung zum Tragen."¹⁾ Körperlich wirksame Gewaltakte geringeren Gewichts könnten eine den Tatbestand des § 105 genügende Zwangswirkung nicht begründen.²⁾

Im Ergebnis -allerdings mit anderer Begründung³⁾- tritt der BGH in der sog. Startbahnentscheidung⁴⁾ der Auffassung Willms bei. Der Entscheidung lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Der Angeklagte hatte am 14.11. 1981 im Rahmen einer Großdemonstration gegen die sog. Startbahn- West des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens vor mindestens 100.000 Versammlungsteilnehmern und später vor den Kameras des ZDF dazu aufgerufen, den Flughafen am nächsten Tag, den 15.11. 1981, in der Zeit von 12.30 Uhr bis 22.00 Uhr zu blockieren. Das Ziel der Aktion

1) Willms, in: LK Rn.8 zu § 105

2) im Ergebnis ebenso Rudolphi, in: SK Rn. 12 zu § 105

3) vgl. oben S. 23

4) BGH NJW 84, 931 (932)

war, die Hessische Landesregierung dazu zu bewegen, daß diese ein Moratorium, d.h. eine sofortige Einstellung aller Rodungs- und Bau- maßnahmen an der Startbahn West, herstellte. Dem Aufruf leisteten mehrere tausend Startbahn- gegner folge. Es kam daraufhin zu langandauernden schweren gewaltdätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei am Flughafen. Der Flughafen war von den Mittagsstunden bis in den Abend des 15.11. 1981 fast völlig blockiert.

Der BGH verneinte eine Strafbarkeit aus § 105, da nicht jede Gewalt gegen Dritte Gewalt im Sinne des § 105 sei. Nach dem BGH¹⁾ reicht Gewalt gegen Dritte und Sachen nur dann aus, "wenn der hier von auf das Verfassungsorgan ausgehende Druck unter Berücksichtigung sämtlicher die Nötigungslage kennzeichnender Umstände geeignet erscheint, den dem Täterverlangen entgegen- stehenden Willen des Verfassungsorgans zu beugen."

Im Ergebnis ist die Entscheidung BGH NJW 1984, 931ff und die Auffassung Willms insoweit überzeugend, als Gewalt gegen Dritte, die zur Nötigung eines Verfassungsorgans untauglich ist, nicht unter den Gewaltbegriff des § 105 fallen soll. Die gegenteilige Auffassung würde zu einer

1) BGH NJW 1984, 931 (932)

unerträglichem Inflationierung des § 105 führen, die sich mit dem Verbrechenscharakter des § 105 nicht verträgt. Es wäre dann jede politische Aktion, die mit Gewalt verbunden ist, insbesondere Landfriedensbruch nach § 125, unter den Tatbestand des § 105 zu subsumieren. So wären etwa in dem Laepple-Fall die Demonstranten, wenn sie sich mit ihren Forderungen nicht an den Rat der Stadt Köln, sondern an ein Parlament oder eine Regierung gewandt hätten, nach § 105 zu bestrafen gewesen. Zudem ist Gewalt als ein grundsätzlich taugliches Nötigungsmittel anzusehen; insofern ist eine reduktive Auslegung des Gewaltbegriffs dahingehend geboten, daß zumindestens nur die Gewalt gegen Dritte dem Gewaltbegriff unterfallen darf, die ein wirksames Nötigungsmittel i.S.d. § 105 darstellt.

Zu dem vom BGH vertretenen Ergebnis kann man aber nur dann kommen, wenn die Frage der Eignung der mittelbaren Gewalt als Nötigungsmittel nicht nur eine faktische, sondern auch eine normative Komponente enthält; denn handelt es sich insofern lediglich um ein faktisches oder deskriptives Tatbestandsmerkmal, so müßte die irr-tümliche Annahme der Geeignetheit der mittelbaren Gewalt durch den Täter eine Strafbarkeit nach

den Grundsätzen des untauglichen Versuchs auslösen. Erst dann, wenn die Eignung des Nötigungsmittels auch normativ bewertet werden muß, führen diesbezügliche Fehlvorstellungen des Täters zu einem Wahndelikt, eine Strafbarkeit entfielen. Konsequenterweise soll daher nach dem BGH "die Eignung des Nötigungsmittels, den Bedrohten i.S.d. Täterverlangens zu motivieren, nicht nur faktische, sondern normative Tatbestandsvoraussetzung"¹⁾ sein.

- (1) Damit schließt sich die Frage an, nach welchen normativen Kriterien soll beurteilt werden, ob die mittelbare Gewalt i.S.d. § 105 einschlägig ist. Der BGH nimmt zunächst Stellung zu den nach seiner Ansicht ungeeigneten Kriterien, die das Berufungsgericht -OLG Frankfurt- zugrundegelegt hat.

Eine dem § 105 StGB genügende Zwangswirkung soll sich nicht schon aus dem Umstand ergeben, daß die Aktionen der Startbahngegner als Landfriedensbruch i.S.d. § 125 I Nr. 1 StGB zu qualifizieren seien.

Diesen Ausführungen des BGH ist beizupflichten; die gegenteilige Auffassung hätte zur Folge, daß

1) BGH NJW 1984, 931 (933); zustimmend Willms, JR 1984, 120 (121)

jeder Landfriedensbruch i.S.d. § 125 im Rahmen einer Demonstration auch als eine Nötigung eines Verfassungsorgans zu qualifizieren wäre, da Demonstrationen regelmäßig mit politischen Forderungen an Verfassungsorgane verbunden sind. Gerade wenn man nur tauglichen Druckmittel als Nötigungsmittel des § 105 zulassen will, kann der Umstand, daß ein Landfriedensbruch i.S.d. § 125 vorliegt, keine Rolle spielen; denn eine gewalttätige Demonstration für sich, löst in der Regel keinen geeigneten Druck auf Verfassungsorgane aus. Allein deshalb, weil eine Demonstration gewalttätig verlaufen ist, wird kein Verfassungsorgan auf die Forderungen der Demonstranten eingehen. Im übrigen weist der BGH zu recht daraufhin¹⁾, daß für gewalttätige politische Aktionen die Strafvorschriften §§ 125, 125a eine angemessene Ahndung ermöglichen.

Ebensowenig soll sich nach dem BGH eine entsprechende Zwangswirkung aus dem begrenzten Ziel der Startbahnaktion, einem Moratorium, und der entsprechend begrenzten Folge eines Nachgebens der Landesregierung, nämlich eine nur einige Wochen dauernde Verzögerung des Baues der Startbahn-West, herleiten lassen; denn die Eignung des

1) BGH NJW 1984, S.931 (933)

Nötigungsmittels dazu, den Willen eines kollegialen Verfassungsorgans zu beugen, dürfe nicht nur nach den jeweiligen tatsächlichen Gegebenheiten beantwortet werden; es komme insbesondere nicht darauf an, daß die amtierende Regierung dem Druck keinen angemessenen Widerstand entgegengesetzt habe; maßgebend sei vielmehr "eine die Pflichtenstellung des Verfassungsorgans einbeziehende Bewertung der Zwangseignung".

Auch diese Ausführungen des BGH erscheinen als überzeugend, wenn man überhaupt der Grundentscheidung des BGH folgt, Gewalt gegen Dritte sei Gewalt i.S.d. § 105; denn es wäre in der Tat fatal, wenn derjenige Gewalttäter der maßvolle und kompromißfähige Forderungen an ein Verfassungsorgan stellt, nach §§ 105, 22, 23 zu bestrafen wäre, während der überzogene und eher unberechtigte Forderungen stellende Täter nicht nach § 105 strafbar wäre. Andererseits wäre dieses groteske Ergebnis konsequent, wenn man auf den Grad der Zwangswirkung abstellen wollte. Je überzogener und damit unerfüllbarer die Forderungen der Gewalttäter ausfielen, um so geringer wäre die ausgeübte Zwangswirkung. Die Zwangswirkung könnte sogar trotz schwerster Drohungen zu verneinen sein, wenn die Forderungen schlechthin unannehmbar wären. Umgekehrt ist auch die Zwangswirkung

umso größer, je mehr die angedrohten Schäden die Nachteile, die durch die Erfüllung der Forderungen der Gewalttäter entstünden, überstiegen. Folgerichtig soll es daher nach dem BGH nicht auf die Zwangswirkung, sondern auf die objektive Zwangseignung des Nötigungsmittels ankommen.

Ob eine objektive Zwangseignung im Sinne des § 105 vorliegt, soll sich nach dem BGH nach den Grundsätzen zur Eignung des Nötigungsmittels beim allgemeinen Nötigungstatbestand (§ 240) bemessen. Insoweit bezieht sich der BGH auf BGH St 31, 195 (201). Danach hat die zweite Nötigungsalternative des § 240 I, die Drohung mit einem empfindlichen Übel, folgende Voraussetzungen: "Inhalt der Drohung muß ein empfindliches Übel, also ein Nachteil von solcher Erheblichkeit sein, daß seine Ankündigung geeignet erscheint, den Bedrohten i.S.des Täterverlangens zu motivieren. Diese (nicht nur faktische, sondern normative) Voraussetzung entfällt, wenn von diesem Bedrohten in seiner Lage erwartet werden kann, daß er der Drohung in besonnener Selbstbehauptung standhält." 1) Beim Verbrechenstatbestand der Nötigung kollegialer Verfassungsorgane könne auf eine solch normative Bewertung des Nötigungsmittels²⁾

1) BGH St 31, 195 (201)

2) Damit ordnet offensichtlich auch der BGH Gewalt gegen Dritte dogmatisch -entsprechend dem oben Gesagten- als empfindliches Übel ein.

erst recht nicht verzichtet werden. Dies bedeute, Gewalt gegen Dritte sei dann Gewalt i.S.d § 105, wenn der davon ausgehende Druck einen solchen Grad erreiche, "daß sich eine verantwortungsbewußte Regierung zur Kapitulation vor der Forderung der Gewalttäter gezwungen sehen kann, um schwerwiegende Schäden für das Gemeinwesen abzuwenden."¹⁾

Im folgenden sollen zunächst die in BGH St 31, 195 (201) aufgestellten Grundsätze einer kritischen Untersuchung unterzogen werden; dann wird weiter zu prüfen sein, ob die normativen Bewertungen zur zweiten Nötigungsalternative des § 240 I auf § 105 übertragen werden können und ob diese normativen Bewertungen tauglich sind, die Zwangseignung der mittelbaren Gewalt zu messen. Schließlich wird noch die Frage zu erörtern sein, welchem Druck eine verantwortungsbewußte Regierung nachgibt und welche Konsequenzen sich daraus wieder für den allgemeinen Gewaltbegriff ziehen lassen.

In BGH St 31, 195ff war folgende Rechtsfrage vom OLG Stuttgart gem. § 121 II GVG zur Entscheidung vorgelegt worden: Kann auch in der Ankündigung, ein rechtlich nicht gebotenes Handeln

1) BGH NJW 1984, 931 (933)

zu unterlassen, die Drohung mit einem empfindlichen Übel i.S.d. § 240 StGB liegen?

Der BGH hat die Frage bejaht, weil auch die Drohung mit einem Unterlassen ein Begehungsdelikt sei, und auf die oben zitierten tatbestandlichen Voraussetzungen der Nötigung durch Drohung mit einem empfindlichen Übel abgehoben.

Der damit vom BGH bestätigten herrschenden Meinung¹⁾, nach der anhand objektiver Maßstäbe beurteilt werden soll, ob im Einzelfall ein empfindliches Übel angedroht worden ist, steht eine Mindermeinung²⁾ gegenüber, die einen individuellen Maßstab anlegt. Nach dieser Lehrmeinung ist ein Übel dann empfindlich, wenn die Drohung unter Berücksichtigung einer besonderen Empfindlichkeit oder Beeinflußbarkeit des Angegriffenen geeignet ist, den Bedrohten im Sinne des Täterverlangens zu motivieren. Nach dieser Auffassung soll zum Beispiel für den Sammler objektiv wertloser Dinge deren Vernichtung ein empfindliches Übel darstellen.³⁾

1) Eser, in: Schöke-Schroeder, Rn.9 zu § 240; Arzt, StrafrechtBT, LH 1, S: 186; Volk, JR 1981, 274; Wessels, BT 1, 44; Schäfer, in: LK⁹, § 240 Rn. 46 m.w.N.

2) Kohlrausch/Lange, § 240 Anm. IV 2; Horn, in: SK Rn. 10 zu § 240; Blei, a.a.O. S. 64; Welzel S. 325; Bergmann, S. 137ff

3) Kohlrausch/Lange, a.a.O.

Nach m.E. verkennt die herrschende Meinung die Ratio des Nötigungstatbestandes. Schutzgut ist die Willens- und Willensentschließungsfreiheit des Bedrohten. Ob auf den Willen des Einzelnen aber durch eine Drohung Einfluß genommen wird, läßt sich nur aus der Sicht des Betroffenen beurteilen. Der Täter wird naturgemäß zu der Drohung greifen, die ihm dem konkreten Opfer gegenüber auf einfache Weise den gewünschten Einschüchterungseffekt zu gewährleisten scheint. Der Täter wird deshalb auch dem Fetischisten mit der Zerstörung wertloser Gegenstände sowie dem Abergläubigen mit Zauberkräften drohen, unabhängig davon, ob diese Vorgehensweise auch gegenüber dem besonnenen Durchschnittsmenschen Erfolg hätte.

Die herrschende Meinung¹⁾ glaubt diesen Einwandt dadurch entkräften zu können, daß sie darauf verweist, daß auch bei objektiver Wertung gewisse individuelle Besonderheiten berücksichtigt werden könnten. Dadurch wird die herrschende Meinung jedoch nicht überzeugender; denn spätestens wenn der Täter sich die ihm bekannte Unbesonnenheit des Opfers zu nutze macht, muß nach der herrschenden Meinung, wenn die von ihr verwandte Formel überhaupt einen Sinn machen soll, eine Drohung mit ^{einem} empfindlichen Übel ablehnen. Wenn

1) Schäfer, in: LK⁹, Rn. 46 zu § 240; Eser, in: Schöke-Schroeder, Rn.9 zu § 240, Arzt, a.a.O. S. 186

insofern von Eser angeführt wird¹⁾, daß ein empfindliches Übel auch dann vorliegen könne, "wenn nur Dummheit oder Aberglaube" das Ange-drohte als Übel erscheinen läßt, so ist das vom Standpunkt der objektiven Lehre, die auf ein besonnenes Opfer abstellt, nicht mehr nachvollziehbar. Konsequenterweise verneinen die Vertreter²⁾ eines objektiven Maßstabes eine strafbare Nötigung in folgendem vom Reichsgericht³⁾ entschiedenen Fall: Der Täter hatte die geschlechtliche Hingabe ^{einer/} bis auf den Geschlechtsverkehr mit ihrem "Verlobten" reichlich lebensunerfahrenen 18jährigen dadurch erreicht, daß er vorgab, er könne das wegen Nächtigens mit ihrem Bräutigam auf demselben Zimmer und gemeinsamen Nacktbadens laufende Ermittlungsverfahren, ihre deshalb bevorstehende Verhaftung, die Mitteilung an ihre Eltern sowie den drohenden Verlust ihrer Stellung verhindern. Nach der individuellen Theorie ist vorliegend die Kausalität zwischen Drohung und Nötigungserfolg unwiderlegbarer Beweis für die Geeignetheit der Drohung und damit auch für die Empfindlichkeit des Übels.⁴⁾

1) in: Schönke-Schroeder, Rn. 9 zu § 240

2) Arzt, a.a.O.

3) RGSt 73, 358

4) Horn, in: SK Rn. 10 zu § 240

Die herrschende Meinung hat die Frage, warum der Unbesonnene also der Überängstliche, der zu panischen bzw. zu übernervösen Reaktionen Neigende bzw. der schlicht Dumme, keinen strafrechtlichen Schutz genießen soll, lange Zeit nahezu unbeantwortet gelassen und sich auf den Hinweis beschränkt, daß die Mindermeinung sich an der subjektiven Wertung des Opfers orientiere¹⁾; diese Auffassung führe aber dazu, daß genötigt sei, wer sich genötigt fühle.²⁾

Durch diese überspitzte Formulierung soll suggeriert werden, an Stelle der Entscheidung des Richters über das Vorliegen des Tatbestandsmerkmals "Drohung mit einem empfindlichen Übel" trete die Wertung des Opfers. Dem ist zu Recht entgegengehalten worden³⁾, daß auch nach der individualistischen Theorie, die Beurteilung, ob im konkreten Fall ein empfindliches Übel vorliegt, dem Richter überlassen bleibt und insofern auch "objektiv" ist. Allein der Richter hat zu entscheiden, ob die Androhung des Übels auf die Entschlüsse des Bedrohten einzuwirken geeignet ist. Das soll allerdings nach der subjektiven

1) Schäfer, in: LK Rn. 46 zu § 240

2) Maurach/Schroeder, BT, Teilband 1, S. 128

3) Bergmann, a.a.O. S. 138

Theorie von den Umständen und insbesondere der Person des Opfers abhängen.¹⁾

Darüberhinaus ist die von Maurach/Schroeder verwandte Formulierung (genötigt sei, wer sich genötigt fühle) bedingt richtig. Da die Zwangswirkung auf das Opfer, das aus Unbesonnenheit respektive Dummheit ein geringes Übel für empfindlich hält, genau der Zwangswirkung entspricht, die durch ein objektiv empfindliches Übel auf einen besonnenen Durchschnittsmenschen ausgeübt wird, ist der Angriff auf die Willensfreiheit in beiden Fällen gleich schwer. Der Täter hat sowohl in dem einen wie in dem anderen Fall gleich gute Chancen, den Nötigungserfolg zu verwirklichen. Im Hinblick auf die Willensfreiheit des Bedrohten ist es irrelevant, ob das objektiv androhte Übel empfindlich ist. Die Formulierung von Maurach/Schroeder ist nur bedingt richtig, weil auf der Täterseite noch hinzukommen muß, daß der Täter darum weiß, daß seine Drohung das "Gefühl", genötigt zu werden, auslöst und er diese Tatsache bewußt ausnutzt; anderenfalls fehlt dem Drohenden der Nötigungsvorsatz, wenn er das Übel irrtümlich für nicht empfindlich hält (§ 16 I).²⁾

1) Kohlrausch-Lange a.a.O.; Horn, in: SK Rn. 10 zu § 240

2) so auch Bergmann, a.a.O. S. 139

Damit ist auch der naheliegende Einwand der herrschenden Meinung erledigt, eine nicht allein an objektiven Kriterien ausgerichtete Bewertung der Empfindlichkeit führe zu einer unangemessenen Ausweitung des Nötigungstatbestandes; denn die besondere subjektive Wertung des Opfers muß der Täter gekannt oder für möglich gehalten haben. Im übrigen kann darauf verwiesen werden, daß nach § 240 II noch die Verwerflichkeit des Nötigungsmittels bzw. das Verhältnis zwischen Nötigungsmittel und -zweck zu prüfen ist. An dieser Stelle findet eine objektiv wertende Betrachtung statt, die -falls erforderlich- noch genügend Korrekturmöglichkeiten beläßt.

- (2) Neuerdings versuchen Arzt¹⁾ und ihm folgend andere Autoren²⁾ die herrschende Meinung aus dem sog. Selbstverantwortungsprinzip oder Prinzip der Eigenverantwortlichkeit³⁾ zu begründen. Über dieses von Arzt auch als "viktimologischer" Ansatz⁴⁾ bezeichnete Prinzip sollen kriminologische Erkenntnisse, insbesondere aus dem Bereich der Viktimologie, Eingang in die Strafrechtsdogmatik finden. Ausgangspunkt dieses viktimo- dogmatischen

1) Arzt, zum Zweck und Mittel der Nötigung, in: Welzel FS, 836f

2) Volk, JR 1983, S. 277; Hassemer, S. 155

3) Hassemer, S. 35

4) Arzt, Strafrecht BT LH 3, S. 58

Ansatzes ist, daß der vom Täter zum Opfer verlaufende Prozeß nicht als "eilinear" erklärt und verstanden werden könne, sondern das ein der kriminologischen Wirklichkeit gerecht werdendes Verständnis die vielen Verbrechen vorausgehenden bzw. zugrundeliegenden Wechselwirkungen zwischen Täter und Opfer berücksichtigen müsse (sog. interaktionistische Perspektive)¹⁾. Das Opferverhalten bzw. "das Mitverschulden des Verletzten", das in der Schaffung von Verführungs- und Versuchungssituationen ebenso wie im Verzicht auf vorbeugende Selbstschutzmaßnahmen bestehen könne, führe zu der "radikalen Frage, ob man in Teilbereichen auf das Strafrecht nicht ganz verzichten kann."²⁾ Aus dem öffentlich-rechtlichen Subsidiaritätsgrundsatz, nach dem mit staatlichen Mitteln erst einzugreifen ist, wenn es unausweichlich ist³⁾ und aus einer angeblich bestehenden Pflicht des Rechtsgutsträgers, für die Integrität seiner Güter selbst Sorge zu tragen, ist dann gefolgert worden⁴⁾, daß der strafrechtliche Schutz dem Rechtsgutsträger zu versagen sei, wenn dem potentiellen Opfer Selbstschutz zumutbar und möglich war. "Wenn das potentielle Opfer Sperren und

1) Amelung, GA 1977, S. 17

2) Arzt, JuS 1974, 693, 694f

3) vgl. dazu Hassemer, S. 34f

4) Hassemer, S. 35f

Sicherungen abbaut", so könne das eben nicht heißen,¹⁾
"daß das Strafrecht automatisch nachrückt."¹⁾

Im Rahmen des Nötigungstatbestandes wird der rein individualistischen Betrachtungsweise des Begriffes des empfindlichen Übels vorgehalten, sie vernachlässige "den Gesichtspunkt der Eigenverantwortung des Opfers für seine Rechtsgüter"²⁾.

Es sei daher der individualistische Beurteilungsmaßstab durch die Frage zu ersetzen, ob in Relation zum abgenötigten Verhalten dem Opfer Widerstand zumutbar war."³⁾

Selbst wenn man den victimo- dogmatischen Ansatz als legitim und richtig unterstellen würde, so bestehen doch erhebliche Bedenken, ob die daraus von Arzt gezogenen Schlußfolgerungen für § 240 zu rechtfertigen sind. Im Ergebnis führt die Auffassung von Arzt zu einem verminderten strafrechtlichen Schutz der Unbesonnenen, also der voluntativ und intellektuell Schwachen, im Bereich des § 240. Als Beispiel dafür möge der oben zitierte Fall (RG St 73, 358) dienen, in dem das Opfer zumindestens in der konkreten Tatsituation eine schon absurd anmutende "Unbesonnenheit"

1) Arzt, Verhandlungen des 51. DJT (1976) Bd. II, N47

2) Arzt, Strafrecht BT, LH 3, S. 186

3) Arzt, a.a.O.

an den Tag lege. Gerade Personen mit intellektuellen Schwächen unterliegen aber in erhöhtem Maße der Gefahr, Opfer einer Nötigung zu werden, so daß Arzt's Thesen darauf hinauslaufen, daß gerade denjenigen der strafrechtliche Schutz versagt wird, die ihn besonders bedürfen, da sie nicht oder nur eingeschränkt zum Selbstschutz in der Lage sind.

Dieses Ergebnis steht im Widerspruch zu einer der Leitideen des gesamten Besonderen Teils des StGB, nämlich daß schutzbedürftigen Personen auch verstärkter strafrechtlicher Schutz zu gewähren

ist. Diese Idee manifestiert sich in § 243 I Nr.6 wie im Merkmal des hinterlistigen Überfalls in § 223a oder der Heimtücke in § 211 II.

Dieser Widerspruch wird teilweise auch von den Anhängern des Selbstverantwortungsprinzips¹⁾ gesehen, jedoch damit abgetan, daß im Unterschied zu den gesetzlich typisierten Fällen der besonderen Schutzbedürftigkeit des Opfers die erhöhte Gefahrenintensität in den hier interessierenden Fällen durch eigentätige Einflußnahme des Rechtsgutsträgers geschaffen werde. Die eigentätige Erhöhung der Gefahrenintensität wird offensichtlich als eine Art Einwilligung in den Schaden ver-

1) Hassemer, S. 73ff

standen, der dann entsteht, wenn sich die durch die Eigentätigkeit geschaffene besondere Gefahrenlage verwirklicht.

Dem ist entgegenzuhalten, daß im Bereich des § 240 der Unbesonnene aber seine Unbesonnenheit und damit eine erhöhte Gefahrenintensität nicht durch Eigentätigkeit und schon gar nicht durch verantwortliche Eigentätigkeit herbeiführt, sondern daß der Täter eine von Anfang an vorliegende spezifische Hilflosigkeit des Opfers ausnutzt. Daß das Gesetz darüberhinaus auch eine Schutzbedürftigkeit, die durch eine besondere intellektuelle oder voluntative Schwäche des Opfers bedingt ist, für schutzwürdig erachtet, ergibt sich aus einem Blick in § 302a.

Nach § 302a ist wegen Wuchers zu bestrafen, wer die Zwangslage, die Unerfahrenheit, den Mangel an Urteilsvermögen oder die erhebliche Willensschwäche eines anderen in bestimmten vom Gesetz aufgeführten Fällen wirtschaftlich ausbeutet. Hier wird gerade der intellektuell oder voluntativ Schwache durch das StGB vor Ausnutzung besonders geschützt.

Überläßt ein Vermieter einem türkischen Staatsangehörigen eine baufällige kleine Wohnung zu

einem Wucherpreis, so macht sich der Vermieter nach § 302a strafbar, da er die Unerfahrenheit eines anderen ausbeutet. Sucht der Vermieter, wohlwissend, daß viele Türken die Polizei und Behörden fürchten, den Türken zu Handlungen bzw. zu Unterlassungen mit der Drohung, er -der Vermieter- wende sich anderenfalls an die Polizei, zu bestimmen, so wäre nach der herrschenden Meinung der Vermieter nicht wegen einer Nötigung strafbar; denn ein Besonnener hätte erkannt, daß die Verwirklichung der Drohung eher positiv für den Bedrohten wäre, zumindestens wäre für den Bedrohten von der Polizei nichts zu befürchten gewesen. In diesem Beispiel wird der Wertungswiderspruch zwischen § 302a und einem entsprechend der herrschenden Meinung ausgelegten § 240 evident. In einem Mietverhältnis soll der Unerfahrene gegen wucherische Mieten anders als der geschäftlich gewandte geschützt werden. Hingegen soll in den Schutzbereich des § 240 nur der Besonnene einbezogen werden. Um diesen krassen Wertungswiderspruch zu vermeiden, wird man deshalb bei der Auslegung des Tatbestandsmerkmals empfindliches Übel -entsprechend der Mindermeinung- darauf abstellen müssen, ob das Übel in dem konkreten Fall gegenüber dem konkreten Opfer dazu geeignet war, daß Opfer zu dem vom Täter erstrebten Verhalten zu bestimmen. Danach ist die Eignung des Nötigungsmittels auch allein eine faktische

Tatbestandsvoraussetzung und nicht -wie die herrschende Meinung und der BGH annimmt- eine normative Tatbestandsvoraussetzung.

Ein weiterer dem viktimo-dogmatischen Ansatz immanenter Widerspruch ergibt sich in der Argumentation Arzts, wenn man einmal die Berücksichtigung des Selbstverantwortungsprinzips durch Arzt bei anderen Tatbestandsinterpretationen vergleichend heranzieht.

Beim Betrugstatbestand (§ 263), in dem ein gewisses "Mitverschulden" des Opfers die Regel ist, hat sich Arzt nicht zu einer entsprechend einengenden Auslegung entschließen können¹⁾. "Eine generelle Heranziehung des Mitverschuldens des Opfers zur Begrenzung des Betruges" meint Arzt völlig zu recht, "würde zur Ausbeutung unserer Schwächen in einer kriminalpolitisch unerträglichen Weise anreizen."²⁾ Noch deutlicher formuliert Hassemer zu der Frage, ob und wie das Selbstverantwortungsprinzip auf § 263 anwendbar ist: "Wohl aber läßt sich aus unserem Befund, daß auch -und gerade- das Opfer einer Täuschungshandlung schutzbedürftig bleibt, das aus Dummheit, Bedenkenlosigkeit, Unerfahrenheit oder Profitsucht

1) A.A. Amelung, GA 1977, S.1ff; Beulke, NJW 1977, 1073. Diese Autoren wollen gerade im Bereich des Betruges den "viktimologischen" Ansatz fruchtbar machen .

2) Arzt, Verhandlungen des 51. DJT (1976), Bd. II N 57

selbst gegenüber solchen durchsichtigen Manipulationen tatsächlich im Zustand subjektiver Gewissheit oder diffusen Zweifels verharret, ein weiterer Beleg für die m.E. zu recht konstatierte und beklagte "sozialdarwinistische" Tendenz dieser Lehre -gemeint ist die Lehre vom Selbstverantwortungsprinzip (Anm. d. Verf.)- gewinnen."¹⁾ Der Vorwurf des Sozialdarwinismus trifft aber auch die Tatbestandsinterpretation des § 240. Auch hier wird der strafrechtliche Schutz den Schwachen, also den überängstlich, neurotisch oder schlicht dumm Reagierenden, versagt. Die Frage, wieso sozialdarwinistische Tendenzen im Bereich des § 240 -im Gegensatz zu § 263- unbedenklich sein sollen, bleibt von Arzt unbeantwortet.

Gegen das Prinzip der Eigenverantwortung -so wie es Arzt auf § 240 anwenden will- sind schließlich noch folgende grundlegende Bedenken zu erörtern: Das Mitbedenken der Opferrolle und damit etwaige Mitverantwortung und entsprechende Mitverschulden führen nach dem Prinzip der Selbstverantwortung zu einer Alleinverantwortlichkeit des Opfers bei totaler Täterentlastung. Gegen dieses Ergebnis des viktim-dogmatischen Ansatzes wendet sich insbesondere Thomas Hillenkamp in seiner eingehenden Untersuchung "Vorsatztat und

1) Hassemer, S. 155 ; Hassemer leitet übrigens -im Unterschied zu Arzt- die Auslegung des § 240 nicht allein aus dem Selbstverantwortungsprinzip her, sondern stützt sich im wesentlichen auf die herrschende Meinung (vgl. a.a.O. S. 154)

Opferverhalten".¹⁾ Zu Recht macht Hillenkamp deutlich, daß mangelnder Selbstschutz zwar Einwilligungsmomente enthält, letztlich aber gerade keine Einwilligung darstellt.²⁾ Man könne daher von verminderter, aber nicht von fehlender Interessenvertretung des Opfers sprechen. Eine Mitverantwortung des Opfers könne daher nicht den Tatbestand ausschließen, sondern das Opferverhalten sei bei der Strafzumessung über § 46 II zu berücksichtigen und könne insofern angemessen gewürdigt werden.³⁾

Das Argument Hillenkamps, daß das Opfer allenfalls eine Mitverantwortung, jedenfalls nicht eine alleinige Eigenverantwortung treffe, ist zwingend. Gerade die RG St 73, 358 und BGH St 31, 195 zugrundeliegenden Fälle machen deutlich, daß hier von einer den Täter gänzlich entlastenden Selbstverantwortung des Opfers nicht die Rede sein kann. Die Täter nutzten bzw. versuchten in beiden Fällen gerade die besondere Unerfahrenheit und eine daraus resultierende Unbesonnenheit ihrer Opfer auszunutzen. Demgegenüber ist die Annahme, hierin liege eine wirksame Einwilligung des Opfers respektive ein Verzicht auf die ent-

1) Vgl. zu § 240 S. 42ff

2) Vgl. insbesondere a.a.O. S. 180ff

3) Vgl. a.a.O. S. 211ff

sprechenden Rechtsgüter, geradezu zynisch. Es kann im Rahmen dieser Arbeit dahingestellt bleiben, ob eine Mitverantwortung des unbesonnenen Nötigungsofffers überhaupt strafmildernd zu berücksichtigen wäre¹⁾, auf jeden Fall bleibt eine strafrechtliche Verantwortlichkeit des Täters bestehen. Folglich kann auch die Tatbestandsauslegung durch das Opferverhalten nicht beeinflusst werden.

Vorläufiges Ergebnis: Bei der Interpretation des Tatbestandsmerkmals "empfindliches Übel" ist entsprechend der Mindermeinung darauf abzustellen, ob die Androhung des Übels in dem konkreten Fall gerade gegenüber dem konkreten Opfer geeignet war, das Opfer i.S. des Täterverlangens zu motivieren.

- (3) Zuzugeben ist dem BGH, daß die individualistische Lehre zu unlösbaren Problemen führt, wenn ohne weitere Einschränkung die "Drohung mit einem empfindlichen Übel" auch in der Ankündigung liegen kann, ein rechtlich nicht gebotenes Handeln zu unterlassen.²⁾ Um das an einem von Roxin³⁾ ge-

1) In vielen Fällen wird man unter dem Aspekt der besonderen Hilflosigkeit eines Unbesonnenen solche Nötigungen wohl als besonders verwerflich ansehen müssen.

2) so auch Eser, in: Schönke-Schroeder Rn. 20 zu § 240; Schäfer, in: LK 9, Rn. 72 zu § 240; Dreher-Tröndle, Rn. 6a zu § 240; Arzt, in: FS für Welzel S. 836; Volk, JR 1981, 274

3) JR 1983, 333 (334)

brachten Beispiel zu illustrieren: Der Filmproduzent verspricht einer Schauspielerin eine bestimmte Rolle, wenn sie einwilligt, seine Geliebte zu werden (d.h. er droht ihr für den Fall der Weigerung an, daß er ihr die Rolle nicht geben werde). Sieht man jede Drohung mit einem Unterlassen als Drohung eines Übels i.S.d. § 240 an, so wäre vorliegend nach der individualistischen Theorie das Übel möglicherweise als empfindlich zu qualifizieren, da sicherlich ein Rollenangebot im Einzelfall geeignet sein kann, eine Schauspielerin entsprechend zu motivieren. In diesen Fällen soll offensichtlich nach dem BGH¹⁾ das sog. Selbstverantwortungsprinzip helfen, in dem man sagt, der Schauspielerin war zumutbar, in besonnener Selbstbehauptung den Avancen des Produzenten zu widerstehen.

Trotz der Unbestimmtheit und Verschwommenheit der Zumutbarkeitsgrenzen lassen sich aber auch Angebote (Drohungen mit einem Unterlassen) denken, in denen auch mittels des Selbstverantwortungsprinzips ein vertretbares Ergebnis nicht mehr herleitbar ist. Bietet ein Fluchtspezialist einem zum Tode verurteilten Strafgefangenen gegen Bezahlung eine Ausbruchsmöglichkeit an, so läßt

1) BGH St 31, 195 (201)

sich nicht mehr ernsthaft argumentieren, hier sei dem Strafgefangenen in besonnener Selbstbehauptung zumutbar gewesen, den Versuchungen eines Ausbruchs und damit eines Lebens in Freiheit zu widerstehen. Will man das Selbstverantwortungsprinzip nicht ins Groteske steigern, so wäre nach der herrschenden Meinung in dem Gefangenengefall der Tatbestand einer Erpressung (§253) erfüllt. Dieses Ergebnis ließe sich auch nicht über das Verwerflichkeitskriterium korrigieren. Zwar führt der BGH auch diesen Gesichtspunkt zur Begrenzung der Strafbarkeit in Fällen der Drohung mit einem Unterlassen ins Feld: "Dieses Erfordernis -gemeint ist das Verwerflichkeitskriterium-, das im Wege einer konkret -normativen Betrachtung zu prüfen ist, führt zur Ausscheidung der "Unterlassensfälle", in denen nur der Handlungsspielraum des Bedrohten erweitert, die Autonomie seiner Entschlüsse jedoch nicht in strafwürdiger Weise angetastet wird."¹⁾ Jedoch wird in den Unterlassungsfällen zumindestens formal immer der Handlungsspielraum des Bedrohten erweitert, da die Kehrseite der Drohung mit einem Unterlassen das Angebot eines Handelns ist.²⁾ In dem vom BGH entschiedenen Warenhausdetektivfall läßt sich die Drohung des Warenhausdetektivs gegenüber der

1) BGH St 31, 195 (201)

2) vgl. dazu Roxin, JR 1983 333 (334) m.w.N.

Diebin, die Strafanzeige nicht aufzuhalten, -wenn man dies überhaupt als Drohen mit einem Unterlassen qualifizieren will- auch als Angebot auffassen, durch aktives Eingreifen ein Strafverfahren zu verhindern. Damit lassen sich die Ausführungen des BGH zu diesem Punkt dahingehend zusammenfassen, daß die nicht strafwürdigen Fälle über das Verwerflichkeitskriterium auszuscheiden sind. In dem Gefangenenfall läßt sich ein Aus-schluß der Strafbarkeit nach den allgemeinen Grundsätzen zu § 240 II nicht erreichen; denn die Drohung, die Flucht nicht zu ermöglichen, steht zu dem angestrebten Zweck, eine Zahlung zu erreichen, in keinem rechtlich anerkannten Zusammenhang (Prinzip des mangelnden Zusammenhanges) und ist daher als verwerflich i.S.d. § 240 II zu qualifizieren. Nach der herrschenden Meinung müßte es daher dabei verbleiben, daß der Fluchthelfer u.a. wegen Erpressung (§253) strafbar wäre.

In diese vorstehend erörterten Schwierigkeiten gerät man aber nur, wenn man auch dem Leitsatz von BGH St 31, 195ff uneingeschränkt folgt, nach dem die "Drohung mit einem empfindlichen Übel" auch in der Ankündigung liegen kann, ein rechtlich

nicht gebotenes Handeln zu unterlassen. Diese Grundentscheidung, mit der der BGH seine gegenteilige frühere Ansicht aufgab¹⁾, steht im Widerspruch zu einem großen Teil der Literatur²⁾ und ist auch auf erhebliche Kritik gestoßen.

Radikal ist die Kritik von Horn³⁾, einem Anhänger des weiten Gewaltbegriffs. Ein angedrohtes Übel sei nicht i.S.des Nötigungstatbestandes empfindlich, wenn die Zufügung des Übels nicht verboten sei; die Ankündigung eines rechtlich erlaubten Übels sei keine tatbestandmäßige Nötigung, selbst dann nicht, wenn die Verwirklichung dieser Ankündigung unter Bedingungen gleich welcher Art gestellt sei. Der Ankündigung eines erlaubten Übels müsse der Bedrohte in besonnener Selbstbehauptung stand halten. Horn leitet dieses Ergebnis aus folgender Überlegung her: Wenn es verboten sei, ein empfindliches Übel anzukündigen, dann müsse es erst recht verboten sein, daß gleiche Übel zuzufügen (Gewalt gleich Übelsetzung). Die Wertung ließe sich umkehren, eine Übelsetzung (in der Form der Gewalt), die erlaubt ("gerechtfertigt") sei, könne niemals verwerflich sein.⁴⁾

1) siehe BGH GA 60, 277; OLG Hamburg NJW 1980, 2592; RGSt 14, 264 (265); RGSt 63, 424 (425)

2) Horn, in: SK Rn.14,16,17 zu § 240; Herzberg, Die Unterlassung im Strafrecht und das Garantenprinzip, S. 150; Roxin JuS 1964, 373 (377); Haffke ZStW 1972, S. 71 Anm. 135; Schubarth, JuS 1981, 726

3) NSTZ S. 497ff

4) a.a.O. S. 499

Die Thesen Horns werden im Ergebnis von einer Entscheidung des BGH aus jüngerer Zeit gestützt¹⁾. Der BGH hat in diesem Fall, in dem einem Polizeibeamten bei einer Festnahme von dem Festgenommenen angekündigt wurde, er müsse wegen der Festnahme mit Schwierigkeiten rechnen, zum Begriff des empfindlichen Übels ausgeführt: Die bloße Ankündigung von Schwierigkeiten erfülle regelmäßig nicht den Tatbestand der Drohung mit einem empfindlichen Übel. Gerade Vollzugsbeamte seien solche Ankündigungen gewöhnt. Sofern mit der Äußerung die Ankündigung einer Dienstaufsichtsbeschwerde verbunden gewesen sein sollte, so hätte jeder Beamte die mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde verbundenen Unannehmlichkeiten grundsätzlich zu tragen. Die Ankündigung einer Dienstaufsichtsbeschwerde stelle regelmäßig keine Drohung mit einem empfindlichen Übel dar, weil sonst der Gebrauch eines zulässigen Rechtsbehelfs durch eine Strafdrohung behindert wäre.

Aus dieser Entscheidung könnte man schließen, daß auch der BGH der Auffassung Horns beigetreten wäre, wonach das Übel nicht empfindlich sein kann, dessen Zufügung erlaubt ist. Offensichtlich hat der BGH jedoch diese Auffassung nicht aufrechterhalten, wie BGH St 31, 195ff zeigt.²⁾

1) BGH NJW 1976, S. 760

2) Horn beruft sich im übrigen auch nicht auf die Entscheidung BGH NJW 1976, 760

Die von Horn vertretene Ansicht verkennt den Charakter des Nötigungstatbestandes. Es ist eben nicht -wie Horn meint- nach § 240 verboten, ein empfindliches Übel anzudrohen, folglich muß auch die Zufügung des Übels nicht verboten sein. Der Strafgrund des § 240 ergibt sich allein aus dem verwerflichen Verhältnis zwischen Drohung und Nötigungsziel. Folgt man der Ansicht Horns, so würden gerade die klassischen Fälle der Erpressung und Nötigung (Drohung mit Strafanzeige, falls kein Schweigegeld gezahlt wird) nicht mehr strafbar sein. Zu Recht weist Schroeder¹⁾ daraufhin, daß gerade der Schwerpunkt des Nötigungstatbestandes bei Drohungen mit erlaubten Handlungen liege, da bei ohnehin verbotenen Handlungen ein zusätzlicher Schutz durch § 240 nicht so dringlich erscheine. Gegen die Androhung einer Sachbeschädigung kann sich der Bedrohte im Vorfeld mittels einer einstweiligen Verfügung schützen, es besteht der strafrechtliche Schutz gem. § 303, der Betroffene hat im Fall einer Sachbeschädigung Schadensersatzansprüche. Den Drohungen mit erlaubten Handlungen (Strafanzeige, Veröffentlichung inkriminierender Tatsachen oder Fotos) zu inkonnexen Zwecken stünde hingegen der Betroffene ohne § 240 schutzlos gegenüber. Die kriminal-

1) JZ 1983, 284 (285f)

politischen Konsequenzen der Auffassung Horns sind verheerend, das Geschäft mit Erpressungen wäre nicht mehr strafbar; jeder, der von einer Straftat erfährt, könnte ohne jegliches Risiko Kapital aus seinem Wissen schlagen. Eine solche Rechtslage wäre geradezu eine Herausforderung, Unternehmen und Organisationen zu gründen, die die Schwächen der Mitmenschen ausspähen, um später auf legaler Basis von diesen Gelder erpressen zu können.

Da die Drohung mit einem erlaubten Übel also einschlägig ist, ist die entscheidende Frage in diesen Fällen, ob die Drohung auch verwerflich i.S.d. § 240 II ist. Der BGH hätte daher in dem vorstehenden Fall bei Drohung mit zulässigen Rechtsbehelfen prüfen müssen, ob nicht die Rechtswidrigkeit gem. § 240 II ausgeschlossen war.

Die bisher herrschende Meinung in der Literatur¹⁾ vertrat unter Führung von Roxin das sog. Autonomieprinzip. Danach ist in den Fällen der Drohung mit einem Unterlassen eine Strafbarkeit wegen Nötigung nicht gegeben, solange der Täter zu einem aktiven Tun nicht verpflichtet ist. Das Autonomieprinzip wird damit begründet, daß

1) vgl. Roxin JR 1983, S. 333ff m.w.N.

durch solche Bedrohungen der Freiheitsraum des Bedrohten nicht beschränkt, sondern erweitert werde. Verspreche zum Beispiel der Filmproduzent der Schauspielerin eine Rolle, wenn sie einwillige seine Geliebte zu werden, so würde der Schauspielerin nur eine weitere zusätzliche Chance zu den ohnehin bestehenden Möglichkeiten geboten. Wenn sie auf die Bedingung, die an diese Chance geknüpft sei, nicht eingehe, so sei dies ihre Sache.¹⁾

Volk²⁾ hat gegen das Autonomieprinzip eingewandt, daß dessen strikte Anwendung zu unüberwindbaren Wertungswidersprüchen führe. Zum Beweis dieser Auffassung hat Volk folgende Parallelfälle gegenübergestellt:

a. Der Verletzte droht dem Täter mit einem Strafantrag wegen Körperverletzung, wenn nicht ein völlig unangemessener Geldbetrag gezahlt werde.

b. Der Verletzte stellt einen Strafantrag und "bietet" dann die Rücknahme gegen Zahlung der nämlichen unangemessenen Geldsumme an.

In der Tat liegt es auf der Hand, daß die strafrechtliche Wertung in beiden Fällen ein-

1) Roxin, a.a.O. S. 335

2) JR 1981, 274 (275ff)

heitlich sein muß. Auch das zweite von Volk gebildete Beispielspaar illustriert treffend die Problematik:

a. Der Arbeitgeber droht der Sekretärin mit der Kündigung, wenn sie ihm nicht auch "privat" willfährig sei.

b. Der Arbeitgeber kündigt seiner Sekretärin und bietet die Wiedereinstellung gegen "private" Liebesdienste an.

Volk meint, diese strafwürdigen Fälle der Drohung mit einem erlaubten Unterlassen ließen sich nur unter Anwendung des Selbstverantwortungsprinzips lösen.

Roxin hat auf diese Kritik das Autonomieprinzip wie folgt modifiziert: Die Drohung mit dem Unterlassen einer rechtlich nicht gebotenen Handlung sei nicht als Nötigung strafbar; etwas anderes gelte aber dann, wenn der Drohende die Verwirklichung eines von ihm oder einem Dritten in Gang gesetzten empfindlichen Übels als Mittel der Drohung benutze¹⁾. Roxin begründet diese Modifikation damit, daß der Fall, in dem der Täter

1) Roxin, JR 1983, 333 (336)

nur die Versagung dessen einsetze, wozu er nicht verpflichtet sei, von dem zu unterscheiden sei, in dem sich der Täter ein auf den Bedrohten zukommendes Übel zu nutze mache, dessen Eintritt wirklich oder nach seiner Darstellung von seiner Entscheidung abhängt.

Diese Modifikation führt aber praktisch zur Aufhebung des Autonomieprinzips. Der Arbeitgeber, der die Einstellung der Sekretärin von deren sexuellen Willfährigkeit abhängig macht, macht sich in der Regel zu nutze, daß ein anderer Arbeitgeber die Sekretärin entlassen hat und damit das empfindliche Übel der Arbeitslosigkeit in Gang gesetzt hat. Derjenige, der einem Strafgefangenen die Flucht gegen Geldzahlung anbietet, nützt das auf den Strafgefangenen lastende Übel einer Freiheitsstrafe aus. Jedes Angebot eines Vorteils, das an bestimmte Bedingungen geknüpft ist, enthält zugleich die Androhung den Vorteil nicht zu gewähren und den "Bedrohten" in seiner schlechten Ausgangslage zu belassen, wenn die gestellten bzw. "diktierte" Bedingungen nicht erfüllt werden.

Die Lösung der Unterlassensfälle liegt m.E. in der Anwendung der allgemeinen Grundsätze des

Begehens durch Unterlassen. Der BGH¹⁾ führt dazu aus, daß die Drohung mit einem Unterlassen der Begehung eines Handlungsdelikts durch Unterlassen nicht gleichgesetzt werden kann, weil ein Begehungsdelikt vorläge. Dem ist insofern zuzustimmen, daß die Drohung immer ein aktives Handeln voraussetzt, also "Begehungsdelikt" ist. Davon ist jedoch der Inhalt der Drohung zu unterscheiden. Wird mit einem Unterlassen gedroht, so ist wegen des Inhalts der Drohung an die Grundsätze des Begehens durch Unterlassen anzuknüpfen. Die Anwendung der Grundsätze zur Garantenhaftung ist ohne Besonderheit, soweit sich die Garantenstellung des Täters aus dem Gesetz, aus tatsächlicher Gewährrübernahme oder aus einem speziellen Treueverhältnis ergibt. In diesen Fällen wird mit einem Unterlassen gedroht, obwohl ein Handeln rechtlich geboten ist. Hier macht sich der Täter nach allen Auffassungen wegen einer Nötigung strafbar. Droht das Kindermädchen den auf Reisen befindlichen Eltern, ihre Arbeit, die hilflosen Kleinkinder zu versorgen, sofort einzustellen, wenn nicht bestimmte inkonnexe Forderungen erfüllt werden, so macht sich das Kindermädchen gem. §§240, 253 strafbar.

Besonderheiten gegeben sich jedoch vorliegend bei der sog. Haftung aus Ingerenz. Nach der herrschenden Meinung¹⁾ kann ein vorausgegangenes gefährdendes Tun nur eine Garantenstellung begründen, wenn das Tun rechtswidrig oder zumindestens nicht sozialadäquat ist. Dieser Grundsatz bedarf bei der Drohung mit einem Unterlassen einer Modifikation; denn hinsichtlich des angedrohten Übels gilt, daß dessen Zufügung nicht verboten sein muß.²⁾ Bei der Drohung mit einem Unterlassen können daher auch erlaubte Handlungen, durch die bereits die Zufügung des Übels in Gang gesetzt wird, im Hinblick auf die Rechtsgüter des § 240 eine Garantenstellung begründen. Dies kann aber nur in den Fällen gelten, in denen der Täter selbst das erlaubte Übel zugefügt hat; denn eine Haftung aus Ingerenz setzt zunächst ein rechtsgütergefährdendes Handeln des Täters voraus, das zu einer Situation führt, in der der Täter schon durch Unterlassen den Tatbestandserfolg herbeiführen kann.

Entsprechend diesen Grundsätzen lassen sich die von Volk gebildeten Beispiele widerspruchslös lösen. In dem Strafantragsfall hat der An-

1) BGH St 19, 152 (154f); 25, 218 (221); 26, 35; Stree, in: Schönk-Schroeder Rn. 32ff zu § 13; Rudolphi, in: SK Rn. 39 zu § 13; Blei, AT, 290f

2) siehe oben S. 130

zeigende zunächst das erlaubt Übel zugefügt und ist dadurch in eine Garantenstellung eingerückt. Indem er anbot den Strafantrag gegen Geldzahlung zurückzunehmen, droht er mit einem Unterlassen, das wegen der Garantenstellung des Anzeigenden der Drohung mit einem Übel gleichzustellen ist. Ebenso bestand in dem Sekretärinnenfall eine Haftung aus Ingerenz, da der Arbeitgeber durch die Kündigung eine Lage geschaffen hat, in der er durch eine entsprechende Drohung mit Unterlassen den Tatbestanderfolg des § 240 eintreten lassen konnte. In dem letzt-genannten Fall wäre eine Haftung wegen gefährdenden vorangegangenen Tuns nicht gegeben, wenn der Arbeitgeber eine völlig fremde Sekretärin zu den gleichen Bedingungen einstellen wollte. Das bloße sittenwidrige Ausnutzen einer Notlage stellt für sich keine Nötigung dar.

Dieses Ergebnis wird durch das Verhältnis der §§ 240, 253 und 302a bestätigt. Die wirtschaftliche Ausbeutung einer Zwangslage i.S.d. § 302a ist kein Spezialfall der Erpressung. Anderenfalls wäre es im Hinblick auf den gegenüber § 302a weitergehenden Strafrahmen des § 253 unverständlich, wieso die Ausbeutung einer Zwangslage in § 302a gesondert geregelt ist.

Der vom BGH zu entscheidende Warenhausdedektivfall war überhaupt kein Fall der Drohung mit einem Unterlassen¹⁾. Da die Versendung der Strafanzeige an die Strafverfolgungsbehörden nach der Darstellung des Warenhausdedektivs in ~~seinen~~ Verantwortungsbereich fiel und die Versendung noch nicht erfolgt war, drohte der Detektiv mit einem aktiven Tun, nämlich Strafanzeige wegen Diebstahls zu erstatten. Er bot auf der anderen Seite auch kein Handeln sondern ein Unterlassen, nämlich keine Anzeige zu erstatten an. Daß der Warenhausdefektiv möglicherweise aus arbeitsrechtlichen Gründen zur Anzeige der Straftat verpflichtet war, kann nichts an der Bewertung des Verhaltens als positives Tun ändern.

Damit ist zu konstatieren, daß sich auch die Fälle der Drohung mit einem Unterlassen ohne die schwammige Formel des Selbstverantwortungsprinzips nach den allgemeinen dogmatischen Grundsätzen sachgerecht lösen lassen.

Ergebnis: Das Selbstverantwortungsprinzip ist weder geeignet noch notwendig, um die Em-

1) so auch Schroeder, a.a.O. S. 285; ähnlich Roxin, a.a.O. S. 333

pfindlichkeit eines angedrohten Übel i.S. von § 240 zu bestimmen. Es ist vielmehr vom individualistischen Maßstab auszugehen; es ist zu fragen, ob das Übel in dem konkreten Fall gegenüber dem konkreten Opfer geeignet war, das Opfer zu dem vom Täter erstrebten Verhalten zu bewegen. Da die Eignung des Nötigungsmittels also nicht eine normative, sondern eine faktische Tatbestandsvoraussetzung ist, ist bereits der Ansatzpunkt des BGH zur Einschränkung des von ihm vertretenen weiten Gewaltbegriffs im Sinne von vis indirecta nicht richtig.

Es liegt damit bei konsequenter Anwendung der herrschenden Lehre zur Frage der Gewalt gegen Dritte auch dann ein strafbarer Versuch gem. §§ 105, 22, 23 vor, wenn objektiv ein Nötigungsdruck auf das Verfassungsorgan nicht gegeben ist.

- (4) Es soll im Folgenden noch weiter untersucht werden, welche Auswirkungen und Konsequenzen sich aus der vom BGH vorgenommenen normativen Bewertung der Eignung des Nötigungsmittels im Rahmen des Staatsschutzdeliktes des § 105 ergibt.

Während sich beim allgemeinen Nötigungstatbestand noch relativ genau bestimmen läßt, welcher Drohung ein besonnener Durchschnittsmensch standhalten kann, stellt sich die Frage, welchen Drohungen ein besonnenes bzw. verantwortungsbewußtes Verfassungsorgan standhalten kann, ungleich schwieriger dar.

Zunächst einmal erscheint äußerst zweifelhaft, ob überhaupt Fragen derart, wie verhält sich eine verantwortungsbewußte Regierung, durch Gerichte beantwortet werden dürfen. Nach den anerkannten Grundsätzen des Bundesverfassungsgerichts¹⁾ haben Regierungen und Parlamente im politischen Bereich einen weiten Ermessensspielraum. Da die Frage nach dem Verhalten von verantwortungsbewußten Regierungen extrem politisch befrachtet ist, müssen größte Bedenken gegen eine lediglich juristische Bewertung der Zwangseignung und damit auch einer Einengung des politischen Spielraums geltend gemacht werden.

Setzt man sich auch über diese Bedenken hinweg, so kommt man mit dem BGH zu der Frage, wann der Druck gegenüber einem Verfassungsorgan einen solchen Grad erreicht, daß eine den § 105 entsprechende Zwangseignung vorliegen soll. Ein

1) BVerfGE 40, 141; BVerwGE 15, 65 (66)

solcher Druck erscheint grundsätzlich auf zweierlei Weise denkbar:

1. Es wird sehr intensive Gewalt gegen wenige bzw. einen Einzelnen ausgeübt oder angedroht (Geiselnahme).
2. Es wird Gewalt gegen sehr viele auf einem mehr oder weniger niedrigerem Niveau ausgeübt oder angedroht (Streik und Blockadefälle).

Zu 1. In den Fällen, in denen eine sehr intensive Gewalt gegen Dritte angewandt wird, in denen also mit Geislerschießung bzw. -verstümmelung gedroht wird, läßt sich eine grundsätzliche Zwangseignung nicht leugnen; denn, wenn nicht Tötungen und Verstümmelungen Dritter ausreichen sollen, welche Gewalt gegen Dritte sollte dann den besonderen Anforderungen des § 105 genügen? Auf die Zahl der Opfer kann es wegen des Grundsatzes, daß Menschenleben nicht abwägbar sind, nicht ankommen. Gleichwohl sind Fälle denkbar, in denen trotz der grundsätzlichen (abstrakten) Zwangseignung eine konkrete Zwangswirkung nicht vorliegt. Zwar soll es nach dem BGH nicht auf die konkrete Zwangswirkung ankommen. Auf der anderen Seite definiert der BGH die Zwangseignung als eine von der ausgeübten Zwangswirkung abhängige Größe. Nach dem BGH

soll eine entsprechende Zwangseignung nicht vorliegen, wenn von dem Bedrohten in seiner Lage erwartet werden kann, daß er der Bedrohung in besonnener Selbstbehauptung standhält. Danach setzt die objektiv, abstrakt zu bestimmende Zwangseignung eine konkrete Zwangswirkung voraus; denn ohne konkrete Zwangswirkung ist von dem Besonnenen zu erwarten, daß er der Bedrohung standhält. Wenn die Täter unerfüllbare Forderungen stellen, kann keine Zwangswirkung auf den Willen des Verfassungsorgans ausgeübt werden und somit müßte nach dem BGH eine Zwangseignung verneint werden. Um dieses an einem Beispiel zu verdeutlichen: Wenn in dem Fall der Schleier Entführung, in dem der BGH den Nötigungstatbestand des § 105 bejaht hat¹⁾, die Täter von der Bundesregierung die Auslieferung von Atomwaffen verlangt hätten, so hätte diese Forderung unter allen denkbaren Umständen zugewiesen werden müssen. Die Abgabe von Atomwaffen an gefährliche Gewalttäter wäre so unvernünftig, daß sie von einem Verfassungsorgan nicht einmal in Betracht gezogen werden dürfte. Der Druck auf die Regierung hätte nie den Grad erreichen können, daß eine verantwortungsbewußte bzw. besonnene Regierung hätte nachgeben können. Danach wäre in diesem Beispiel auch nicht der Versuch der Nötigung eines Verfassungsorgans gegeben. Folglich ist nach dem BGH auch in den Fällen intensiver

1) BGH 3 StR 307 aus 82 (S)

Gewalt gegen Dritte zumindestens entsprechend der Erfüllbarkeit der Forderungen zu differenzieren.

Jedoch selbst wenn auf massive mittelbare Gewalt hin erfüllbare Forderungen gestellt werden, läßt sich immer noch nicht eindeutig -d.h. unabhängig von der Staatsauffassung und dem politischen Standpunkt- beantworten, wie eine verantwortungsbewußte Regierung zu handeln hat und insbesondere wie standfest eine demokratische Institution sein muß. Folgt man der Philosophie des Staates Israel, so darf eine verantwortungsbewußte Regierung niemals gegenüber Forderungen politischer Gewalttäter nachgeben. Legt man das Hauptaugenmerk auf die Verhinderung künftiger Gewalttaten und Erpressungsversuche, so erscheint alleine diese Maxime erfolgsversprechend. Legt man dementsprechend den unbestimmten Rechtsbegriff "verantwortungsbewußte Regierung" aus, so wäre sowohl eine vollendete als auch eineversuchte Nötigung eines Verfassungsorgans durch Gewalt gegen Dritte ausgeschlossen. Darüberhinaus werden natürlich immer erhebliche politische Differenzen über die Frage bestehen, welche Forderungen von Gewalttätern sind erfüllbar und welche sind schlicht weg inakzeptabel. Es läßt sich damit feststellen, daß selbst in den Fällen der intensiven Gewalt gegen Drittpersonen nicht einmal annähernd bestimmt werden kann, wann nach der Formel des

BGH § 105 einschlägig sein soll.

An dieser Stelle sei noch auf einen besonderen Fall der intensiven Gewalt gegen Dritte hingewiesen, nämlich der, daß die Täter die Gewalt gegen sich selbst richten, die Täter also mit Selbstmord bzw. mit Selbstverstümmelung drohen. Dieser Fall ist keineswegs so akademisch, wie er auf den ersten Blick erscheinen mag; im Herbst 1983 versuchten z.B. einige Personen die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses durch einen Hungerstreik zu verhindern. Da die Verfassungsorgane für alle Bürger verantwortlich sind -unabhängig davon, ob es sich um Straftäter handelt-, müßte grundsätzlich auch Gewalt gegen die Täter als mittelbare Gewalt ausreichen. Insbesondere erscheint -zumindestens theoretisch- durch eine große Anzahl von Hungerstreikenden und durch prominente Teilnehmer an der Aktion ein solcher Druck auf das Verfassungsorgan denkbar, daß es -wenn es überhaupt auf den Druck durch Gewalt gegen Dritte reagiert- nachgibt.

Zu 2. In den Fällen der intensiven Gewalt droht der Täter mit der Verletzung bzw. Tötung Dritter. Entsprechend wird das Verfassungsorgan in Sorge um das Leben und die Gesundheit der Drittpersonen handeln. In den Blockadefällen

drohen die Täter nicht mit Verletzungen Dritter
-diese wollen sie in der Regel nicht, sondern
mit dem gegenüber Dritten erzielten Nötigungserfolg, der Lahmlegung der blockierten Einrichtung.
Entsprechend stellt auch der BGH¹⁾ -wie selbstverständlich- auf den Nötigungserfolg, die Flughafenblockade, und nicht auf die ausgeübte Gewalt als Nötigungs- und Druckmittel gegenüber der Regierung ab. Zwar hat der BGH in der Startbahnentscheidung letztlich bei einer neuneinhalbstündigen Blockierung des Frankfurter Flughafens eine dem § 105 genügende Zwangseignung abgelehnt. Der BGH hat jedoch ausdrücklich offen gelassen, wie zu entscheiden gewesen wäre, wenn die Blockade bis zum Einlenken der Regierung hätte fortgesetzt werden sollen. Mit dieser Argumentation setzt sich der BGH grundsätzlich in Widerspruch zu seinen vorherigen Ausführungen. Er begründet die Gewalt i.S.d. § 105 zunächst mit Gewalttätigkeiten der Demonstranten ~~gegen~~ über Passanten und Polizisten. Bei der Beurteilung der Zwangswirkung bzw. der Zwangseignung der Gewalt hätte der BGH folgerichtig auf die Gewalttätigkeiten abstellen müssen und nicht auf die Flughafenblockade. Soweit der BGH die bloße Lahmlegung der Institution "Frankfurter Flughafen" als Nötigungsmittel ansehen wollte,

1) BGH NJW 1984, 931 (933)

hätte der BGH zunächst den Gewaltcharakter einer Flughafenblockade prüfen müssen. Die Prüfungsfolge des BGH ist nur haltbar, wenn nicht auf die Gewalt gegen Drittpersonen abzustellen ist, sondern es ausreicht, daß durch die mittelbare Gewalt ein weiters empfindliches Übel verursacht wird, das auf das Verfassungsorgan eine Zwangswirkung ausübt; d.h. die Gewalt muß nur ein Glied in der Ursachenkette gewesen sein, die schließlich zum Nötigungserfolg führt.

Damit stellt sich vorliegend wieder das Problem des kausalen Zusammenhangs zwischen mittelbarer Gewalt und dem Nötigungserfolg, das oben schon im Rahmen des allgemeinen Tatbestandes abgehandelt worden ist.¹⁾ Bei Identität von Gewaltbetroffenen und Nötigungsoffer wirkt die Gewalt denknotwendig immer unmittelbar. Anders ist es bei Gewalt gegen Drittpersonen (Beispielsfall: Der Lieferant A wird mit Gewalt gezwungen, wichtige Lieferungen an B nicht auszuführen, um B zu einer Änderung der Preisgestaltung zu zwingen). Ähnlich dem Lieferantenfall ist die Konstellation in ^{den} Blockadefällen. Nötigungsmittel ist nicht, daß durch Gewalt Menschen am Betreten der blockierten Einrichtung gehindert werden, sondern daß die Einrichtung lahmgelegt wird.

1) siehe oben S. 58ff

Entscheidend für das Nötigungsmittel der Blockade sind damit nicht die physischen Einwirkungen auf Körper Dritter -diesen wird in der Regel die Zwangseignung fehlen-, entscheidend ist in erster Linie ein wirtschaftlicher oder politischer Schaden, der durch die Blockade angerichtet wird. In dem Startbahnfall wurde Druck dadurch auf die Landesregierung ausgeübt, daß eine für die hessische Region wichtige Verkehrsverbindung gekappt bzw. zu kappen versucht wurde. Die Blockade des Flughafens konnte immense volkswirtschaftliche Schäden zur Folge haben, gleichwohl lassen sich diese Schäden nicht unter den engen Gewaltbegriff des § 105 subsummieren. Dies gilt insbesondere auch für eine Dauerblockade eines Flughafens; auch hier kann keine Rede davon sein, daß die -vomBGH zitierte- lebenswichtige Versorgung der Bevölkerung gefährdet sein könnte.

Damit hält der BGH auch in der Startbahnentscheidung am weiten Gewaltbegriff -wie in BGH St 8, 102ff- fest. Der BGH erweitert den Gewaltbegriff i.S.d. § 105 nicht nur dahingehend, daß Gewalt gegen Dritte erfaßt wird, sondern darüberhinaus, daß auch ein empfindliches Übel, sofern es nur durch Gewalt gegen Dritte herbeigeführt wird, unter den Gewaltbegriff fällt. Der weite Gewaltbegriff ist jedoch -wie oben gezeigt¹⁾ auf

1) siehe oben S. 14ff

den Tatbestand des § 105 unanwend-bar.

Legt man den weiten Gewaltbegriff des BGH zugrunde, so ist der Frage nachzugehen, in welchen Fällen eine verantwortungsbewußte Regierung dem Druck einer Blockade nachgeben kann.

Die Beantwortung dieser Frage ist sicher davon abhängig, wie man das Funktionieren der blockierten Einrichtung politisch bewertet. Um das an einem Beispiel zu erläutern: Eine "grüne"Regierung wird die Blockade eines Atomkraftwerkes sicher völlig anders beurteilen als eine konservative, die eher davon ausgehen wird, die lebenswichtige Energieversorgung sei gefährdet. Auch die Frage, welche dieser Regierungen denn die verantwortungsbewußte i.S.d. BGH ist, läßt sich nur politisch beantworten. Eine objektive juristische Betrachtung ist ausgeschlossen. Gerade weil nicht bestimmbar ist, welcher Druck gegenüber einer Regierung ein empfindliches Übel darstellt, hat der Gesetzgeber davon abgesehen, das Nötigungsmittel "Drohung mit einem empfindlichen Übel" in den Tatbestand des § 105 aufzunehmen¹⁾.

Im übrigen wird -wie oben ausgeführt- ein verantwortungsbewußtes Verfassungsorgan nicht kapitulieren, ohne die Forderungen der Täter zu prüfen.

1) BT-Drucksache IV/ 650 S.584

Die Bewertung der Forderungen ist eine politische, weiterhin ist auch die daraufhin von einem verantwortungsbewußten Verfassungsorgan vorzunehmenden Abwägung zwischen dem Übel und der Erfüllung der Forderungen eine politische Abwägung.

Auch die -im Ergebnis überzeugende- Startbahnentscheidung enthält politische Bewertungen, die sich weder aus dem Verfassungsrecht oder anderen Rechtssätzen herleiten lassen. Nach dem BGH darf ein i.S.d. § 105 ausreichender Nötigungsdruck nicht schon deswegen bejaht werden, weil die amtierende Regierung dem Nötigungsdruck ohnehin keinen angemessenen Widerstand entgegensetzt oder den gebotenen Widerstand aufgibt, weil das Nötigungsziel relativ belanglos erscheine. Maßgebend sei eine die Pflichtenstellung des Verfassungsorgans einbeziehende Bewertung der Zwangseignung. Weiter führt der BGH zu diesem Punkt aus, die Blockade des Flughafens sei nicht geeignet gewesen, "das hessische Kabinett zu zwingen, seine erst 4 Tage zuvor nach Beratungen mit den Koalitionsfraktionen und dem Bundesverkehrsminister getroffene und öffentlich bekanntgemachte Entscheidung über die Ablehnung des Moratoriums rückgängig zu machen und die Forderungen des Angeklagten zu erfüllen. Die Landesregierung

hätte damit ihre eigene Glaubwürdigkeit und das Vertrauen der Bürger in die Standfestigkeit demokratischer Institutionen gegenüber organisierter Gewalt aufs Spiel gesetzt." ¹⁾ Demnach hätte die hessische Landesregierung ihre sich aus ihrer verfassungsrechtlichen Stellung ergebenden Pflichten verletzt, wenn sie auf die Moratoriumsforderung eingegangen wäre. Der BGH ignoriert mit diesen lapidaren Feststellungen die Komplexität politischer Entscheidungen und Entscheidungsprozesse, denen notwendigerweise ein entsprechend weiter politischer Ermessensspielraum korrespondieren muß. Der Aspekt der Standfestigkeit demokratischer Institutionen ist nicht der einzige, den die hessische Landesregierung bei ihrer Entscheidung zu berücksichtigen hatte. Die Landesregierung hatte auch in Rechnung zu stellen, daß es ebenfalls zu ihren Aufgaben gehört, den sozialen Frieden zu wahren und daß sie dementsprechend gerade in politisch angespannten Situationen die besondere Verpflichtung trifft, zu politischen bedeutsamen Fragen einen möglichst breiten demokratischen Konsens der Bürger herbeizuführen. Als Mittel für eine entgeltliche demokratische Entscheidung über den Ausbau der Startbahn West, die offensichtlich auch die Startbahngegner akzeptieren wollten, kam das nach der hessischen Landesverfassung zulässige Volksbegehren in Betracht. Legt man den Akzent auf diese Sicht der

1) BGH NJW 1984, 931 (933)

Dinge, so hätte ^{es} sicherlich auch demokratischer Tradition entsprochen, zunächst den Ausgang des Volksbegehrens abzuwarten, bevor irreversible Tatsachen wie Waldrodungen etc. geschaffen wurden. Es soll hier nicht weiter die politische Frage austariert werden, welche der beiden möglichen Handlungsalternativen (Ablehnung oder Zustimmung des Moratoriums) Vorrang einzuräumen war. Es ist jedoch festzuhalten, daß ohne weiteres keine der beiden Alternativen von der Hand zu weisen war und sich für jede der Alternativen eine politische Begründung anführen läßt, die einer rechtlichen Überprüfung standhält. Eine Zustimmung zum Moratorium hätte gegen keinen verfassungsrechtlichen Grundsatz und auch gegen keinen sonstigen die hessische Landesregierung bindenden Rechtsatz verstoßen. Insbesondere ist es einem Kabinett nicht verwehrt, auch eine nur 4 Tage alte Entscheidung zu revidieren, zumal sich innerhalb der 4 Tage einige Veränderungen ergeben hatten: Es war ein ordnungsgemäßer Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens nebst 220.765 Unterschriften zur Unterstützung des Volksbegehrens dem Landeswahlleiter übergeben worden, es drohten Flughafenblockaden, die die Gefahr von Gewalteskalationen bis zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen in sich bargen. Es war also letztlich allein eine Frage der politischen Präferenz wie die Landesregierung sich entschied. Damit hat der BGH in der Start-

bahnentscheidung die notwendige verfassungsrechtlich gebotene politische Selbstbeschränkung der Judikative nicht beachtet und ist dazu übergegangen, politische Fragen zu beantworten.

Die Konsequenzen eines entsprechend der Startbahnentscheidung politisch dimensionierten Gewaltbegriffs stellen sich wie folgt dar. Eine wirksame Blockade, die nicht sofort wieder durch Polizeikräfte aufgehoben werden soll, setzt eine große Teilnehmerzahl voraus. Das gilt umso mehr für eine Blockade, die über einen längeren Zeitraum währen soll. Nur längerfristige Blockaden können den nötigen Druck ausüben, um eine Regierung in eine Zwangslage zu bringen. Eine längerfristige Blockade wiederum läßt sich nur erfolgreich durchführen, wenn die Ziele der Aktion und die Aktion selber in der Öffentlichkeit zumindestens auf Verständnis stoßen. Wenn etwa eine Blockade in allen Medien nur negativ kommentiert und heftigst gegen sie protestiert wird, besteht für die Blockierer kaum Aussicht, eine Regierung zum Nachgeben zu zwingen, da diese sich durch die öffentliche Meinung bestätigt sehen wird. Die Folge wäre unweigerlich, daß die Front der Blockierer angesichts der Sinnlosigkeit der Blockade sich auflösen und die Blockade in sich zusammenbrechen würde. Das bedeutet, eine längerfristige

Blockade ist nur durchführbar, wenn die Blockade und die Ziele der Blockade von großen Teilen der Bevölkerung als legitim betrachtet werden und eine große Anzahl von Bürgern sich mit den Zielen soweit identifiziert, daß sie an der Blockade teilnehmen¹⁾. Somit ist nach dem BGH eine Bestrafung gem. § 105 um so wahrscheinlicher, je mehr Menschen sich an der Blockade beteiligen und je legitimer die Ziele der Blockade sind. Das deckt sich im Ergebnis mit den Streikurteilen des BGH, als auch danach nur der Massen- bzw. Generalstreik eine entsprechende Strafbarkeit nach § 81ff begründen kann. Mithin wäre eine Strafbarkeit in den Blockade- bzw. Streikfällen dann gegeben, wenn eine große -d.h. in die Zigtausend gehende- Anzahl von Tätern vorhanden ist. Das Ergebnis ist grotesk.

Man stelle sich vor, bei der Fernfahrerblockade des Jahres 1984 wären Forderungen an die Bundesregierung gestellt worden, nach lang-andauernder Blockade hätte die Bundesregierung eingelenkt und den Forderungen zum Teil nachgegeben. Nach friedlicher Beilegung des Konflikts werden dann Teilnehmer der Blockade wegen des Verbrechens der Nötigung von Verfassungsorganen nach § 105 verurteilt. Es müßten zudem nicht nur die Täter,

1) Auch die Fernfahrerblockade Anfang 1984 wäre ohne Unterstützung durch die Bevölkerung und ohne ein gewisses Verständnis für die schwierige Situation an der Grenze nicht durchführbar gewesen (vgl. Spiegel 1984, Heft 9, S. 108,109) 54% der Franzosen billigten die Aktionen der Fernfahrer, 2/3 hielten die Forderungen für berechtigt.

sondern auch alle Beteiligten abgestraft werden. Das wären z.B. diejenigen, die die Täter mit Nahrungsmitteln oder ähnlichem versorgen, aber vor allem auch die Journalisten und verantwortlichen Redakteure, die die Blockade positiv kommentieren. Grundsätzlich schafft jeder, der die Blockade und die Forderungen der Täter nicht in schärfster Form ablehnt, für die Täter das notwendige politische Klima, um genügend Druck auf eine Regierung auszuüben. Es bedarf keiner weiteren Ausführungen dazu, daß diese strafrechtlichen Reaktionen zu einer Vergiftung des politischen Klimas und zu weiteren Gewaltausschreitungen führen würde.

Es läßt sich dagegen nicht einwenden, die praktische Bedeutung des weiten Gewaltbegriffs erschöpfe sich darin, diejenigen zu fassen, die solche Blockadeaktionen planen und dazu aufrufen; denn wegen des Legalitätsprinzips (§152 II StPO) ist die Staatsanwaltschaft verpflichtet, gegen alle Beteiligten vorzugehen.

Ebensowenig läßt sich vertreten, der weite Gewaltbegriff könne dazu dienen, schon im Vorfeld eine Blockade oder einen Streik etwa mit strafprozessualen Mitteln abzufangen. Hat die Streik- bzw. Blockadebewegung eine breite Basis, so werden Festnahmen und Beschlagnahmen das politische

Klima eher anheizen. Ist für eine Blockade keine Basis vorhanden, so wird auch kein Druck auf ein Verfassungsorgan ausgeübt, die für § 105 erforderliche Zwangseignung des Nötigungsmittels wäre nicht vorhanden.

Fa-zit: Der die mittelbare Gewalt ^{um}fassende Gewaltbegriff der herrschenden Meinung führt zu dem unlösbaren Abgrenzungsproblem, welche Gewalt gegen Dritte als Nötigungsmittel des § 105 ausreichen soll. Als eine "juristische Lösung", die von politischen Fragen unbelastet wäre, käme nur in Betracht, auf einen bestimmten Grad der Gewalt (etwa schwere Körperverletzung i.S.d. §224) abzustellen. Damit würde jedoch § 105 seinen Charakter als Nötigungstatbestand verlieren; denn in sehr vielen Fällen hätten auch schwere Körperverletzungen gegen Drittpersonen gegenüber einem Verfassungsorgan keine Zwangswirkung. § 105 würde damit nur die Bedrohung eines Verfassungsorgans mit Gewalt gegen Drittpersonen unter Strafe stellen.

Es gilt im Staatsschutzrecht -wie oben gezeigt- gerade der enge Gewaltbegriff, der eine physische Einwirkung auf den Genötigten verlangt. Gewalt gegen Drittpersonen kann für den Genötigten allenfalls ein empfindliches Übel darstellen. Da das

Gesetz zwischen dem Nötigungsmittel Gewalt und Drohung mit einem empfindlichen Übel unterscheidet, kann die mittelbare Gewalt nicht unter den Gewaltbegriff des § 105 gefaßt werden. Im übrigen ist die mittelbare Gewalt pönalisiert als unmittelbare Gewalt gegen die Drittperson.

III DAS NÖTIGUNGSZIEL DES § 105

Nach § 105 a F bestand das Nötigungsziel darin, daß das Parlament "zur Fassung oder Unterlassung von Beschlüssen" genötigt wurde. Nach Geilen¹⁾ war unter Beschluß das Ergebnis jeder körperschaftlichen Willensbildung zu verstehen, unabhängig davon was dieser Wille zum Inhalt hatte. Eine Zuständigkeit des Parlaments in der betreffenden Angelegenheit wurde nicht gefordert.²⁾

Das Nötigungsziel des § 105 n F ist dahin definiert, daß das Verfassungsorgan seine "Befugnisse nicht oder in einem bestimmten Sinne" ausübt. Damit werden in Einschränkung zu § 105 a F vom Tatbestand § 105 n F nur Beeinflussungen in solchen Angelegenheiten erfaßt, die in die Kompetenz

1) Parlamentsnötigung S. 138

2) so auch Kohlrausch-Lange, Strafgesetzbuch, § 105 II; mit Einschränkungen Binding, BT II, 820

des betreffenden Verfassungsorgans fallen. Die Nötigung des Organs zu Beschlüssen, für die es nicht zuständig ist, soll nach herrschender Meinung nach § 240 strafbar sein.¹⁾ Die Auswirkungen der Neufassung des Tatbestands des § 105 insoweit sind nur von ^{sehr} geringer praktischer Bedeutung. Der Aufgabenbereich einer Regierung oder eines Parlaments umfaßt auch schöpferische Initiative und gestaltende Tätigkeit in den das Land berührenden bedeutsamen politischen Angelegenheiten.²⁾ Der Kompetenzbereich der Verfassungsorgane -Ausnahmen das Bundesverfassungsgericht- geht also sehr weit;³⁾ es erscheint kaum ein Nötigungsfall in diesem Bereich denkbar, indem das Verfassungsorgan nicht durch entsprechendes Verhalten im Rahmen seines Kompetenzbereichs Einfluß auf das konkrete Nötigungsbegehren nehmen könnte. Zudem ist zu berücksichtigen, daß selbst wenn das Verfassungsorgan für den Beschluß, der ernötigt werden soll, nicht zuständig ist, in der Regel eine Strafbarkeit wegen eines untauglichen Versuchs des § 105 gegeben sein dürfte. Der Täter wird in diesen Fällen der irrigen Vorstellung erliegen, daß genötigte Verfassungsorgan sei zuständig. Es handelt sich hier nicht um ein Wahndelikt, auch wenn ein

- 1) Willms, in: LK, Rn 3 zu § 105; Dreher-Tröndle Rn. 3 zu 105; vgl. dazu auch unten zum Konkurrenzverhältnis zwischen § 105, 106 und § 240
- 2) vgl. Herzog, in: Maunz/Dürrich/Herzog/Schulz, Grundgesetz-Stand 1983- Art. 62 Rn. 57
- 3) vgl. dazu auch BGH NJW 1984, 931 (933) zu dem Aufgabenbereich einer Landesregierung

Fall des umgekehrten Subsumtionsirrtums gegeben ist. Der Täter erkennt nicht die Bedeutung der strafrechtlichen Norm des § 105 und dehnt diese in ihrer Funktion auf etwas aus, was sie rechtlich gar nicht erfasst. Der Täter irrt lediglich über die außerstrafrechtlichen Vorschriften, die die Zuständigkeit der Verfassungsorgane regeln. Der Täter geht also irrig von dem Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen des § 105 aus.¹⁾

1) vgl. dazu für § 154 (BGH St 3, 240; 5, 111; 10, 272; 12, 56) und für § 246 (OLG Stuttgart NJW 1962, 65)

- C § 106 Nötigung des Bundespräsidenten und von Mitgliedern eines Verfassungsorgans in der Fassung vom 25.6. 1968.

§ 106 lautet:

I Wer

1. den Bundespräsidenten oder

2. ein Mitglied

a) eines Gesetzgebungsorgans des Bundes oder eines Landes.

b) der Bundesversammlung oder

c) der Regierung oder des Verfassungsgerichts des Bundes oder eines Landes

rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel nötigt, seine Befugnisse nicht oder in einem bestimmten Sinne auszuüben, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

II Der Versuch ist strafbar.

III In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren.

Nach § 106 a F (§ 83 PrStGB) war unter Strafe gestellt, ein Mitglied der Gesetzgebungsorgane des § 105 a F durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einer strafbaren Handlung daran zu hindern, sich an den Ort der Versammlung zu begeben oder stimmen.

Die Vorschrift, die -wie § 105 (§82 PrStGB)- durch die Vorfälle des Revolutionsjahres 1848 veranlaßt worden und deren historische Entwicklung parallel zu § 105 verlaufen ist, soll die verfassungsmäßigen Rechte der Einzelmitglieder der Organe des § 105 schützen.¹⁾ Entsprechend war bei der Neufassung des Jahres 1968 -wie in § 105- der Kreis der Nötigungsadressaten zu erweitern. Zusätzlich wurde noch der Schutz des Staatsoberhauptes der Bundesrepublik Deutschland in den Tatbestandsbereich des § 106 einbezogen.²⁾

I Nötigungsmittel des § 106 ist neben der Gewalt auch die Drohung mit einem empfindlichen Übel. Die Nötigungsmittel des § 106 wurden also nicht denen des § 105, sondern ~~denen~~ des allgemeinen Nötigungstatbestandes (§240) angepaßt.³⁾ Dem steht die vom Sonderausschuß aus dem E 1962 übernommene Begründung zur Beschränkung der Nötigungsmittel in § 105 gegenüber:⁴⁾ "Die Verfassungsorgane stehen mitten im politischen Leben und sind den Strömungen, Kräften und Gegenkräften, die das politische Geschehen bestimmen, ausgesetzt. Auf sie wirken daher mittelbar auch die Machtmittel der verschiedensten Art ein, die in den politischen

1) Willms, in: LK; Rn.1 zu §106; Rudolphi, in: SK Rn. 1 zu § 106; Eser, in: Schönke-Schroeder, Rn.1 zu § 106

2) Vor dem 8. StÄG wurde dem Bundespräsidenten durch die Vorschrift § 83 a F ein Sonderschutz gewährt

3) vgl. dazu schriftlicher Bericht des Sonderausschusses, BT-Drucks. V / 2860 S. 26

4) BT-Drucksache IV / 650 S. 584

Auseinandersetzungen von den widerstreitenden Gruppen eingesetzt werden.....Es empfiehlt sich... nicht, den Kreis der Nötigungsmittel.... zu erweitern, wie sie der Grundtatbestand der Nötigung vorsieht. Dann würde letztlich die schwierige und im Kern politische Frage, unter welchen Voraussetzungen politische Kampfmaßnahmen verwerflich sind, der Rechtssprechung überbürdet."

Diesen Ausführungen zu § 105 muß unzweifelhaft entnommen werden, daß zumindestens, soweit es um die Nötigung von Verfassungsorganen geht, die Frage nach der Verwerflichkeit von angedrohten Übeln dem Strafrichter entzogen sein soll. Dann ist aber auch zwingend, daß die nämliche Frage die zunächst im Tatbestand des § 105 ausgeklammert sein soll, sich dem Richter auch nicht bei der weiteren Prüfung im Rahmen des § 106 stellen darf.¹⁾ Genau diese Prüfungsfolge ergibt sich jedoch, wenn § 105 und § 106 im Verhältnis der Spezialität stehen, wenn also § 105 eine Qualifikation des § 106 wäre. Es wäre dann vom Richter zunächst im Rahmen des § 105 festzustellen, daß die Drohung mit einem empfindlichen Übel nicht strafbar ist; so dann wäre der § 106 anzuprüfen und damit die politische Frage nach der Verwerflichkeit von politischen Kampfmaßnahmen zu er-

1) A.a.

örtern. Nur wenn die beiden Vorschriften im Verhältnis einer besonderen Ausschließlichkeit stünden, wäre überhaupt nur eine theoretische Vereinbarkeit der verschiedenartigen Regelungen des § 105 und § 106 bzw. der dahinterstehenden Motive des Gesetzgebers denkbar. Es soll daher zunächst das Verhältnis zwischen § 105 und § 106 untersucht werden.

Der BGH nimmt in der Startbahnentscheidung¹⁾ zu dem Verhältnis zwischen § 105 und § 106 keine Stellung, obwohl er darauf hätte eingehen müssen. Nachdem der BGH die Verurteilung wegen §§105, 22 aufgehoben hatte, hätte der BGH, bevor er das Verhältnis des § 105 zum allgemeinen Nötigungstatbestand des § 240 erörterte, daß Verhältnis zwischen § 105 und § 106 abklären müssen.

Nach der einhelligen Meinung der Literatur²⁾ können § 105 und § 106 im Verhältnis der Idealkonkurrenz stehen.

Diese Auffassung könnte nur zugestimmt werden, wenn § 106 nicht alle Tatbestandsmerkmale des § 105 enthält. Beide Vorschriften setzen die Nötigung von Mitgliedern eines Verfassungsorgans voraus. Wie oben bereits ausgeführt³⁾, kann nach

1) BGH NJW 1984, 931ff

2) Willms, in: LK, Rn. 17 zu § 105; Dreher-Tröndle, Rn. 5 zu § 105; Eser, in: Schönke-Schroeder, Rn. 12 zu § 105, Rudolphi, in: SK Rn.19 zu § 105

3) siehe dazu S. 7ff

§ 105 das Verfassungsorgan als juristisches Konstrukt nicht benötigt werden, sondern immer nur seine Mitglieder, deren Nötigung dem Verfassungsorgan zugerechnet wird. Durch § 106 werden die Nötigungsmittel Gewalt und über die Drohung mit einem empfindlichen Übel auch die Drohung mit Gewalt (zweite Nötigungsalternative des § 105) erfaßt. Als Nötigungsziel setzen beide Tatbestände schließlich voraus, "Befugnisse nicht oder in einem bestimmten Sinn auszuüben", wobei in § 105 die Befugnisse des Verfassungsorgans und in § 106 die Befugnisse des Einzelmitgliedes gemeint sind. Insofern wären zwei Auffassungen möglich: Entweder man sagt, die Befugnisse eines Verfassungsorgans i.S.d. § 105 entsprechen den Befugnissen eines Einzelmitglieds, da auch das Einzelmitglied an der Ausübung der Befugnisse des Verfassungsorgans notwendigerweise beteiligt ist; dann bestünde Gesetzeskonkurrenz zwischen § 105 und § 106; oder man stellt sich auf den Standpunkt, die Befugnisse i.S.d. § 105 sind verschieden von denen des § 106, die Kompetenzen des Einzelmitglieds seien streng von denen des Organs zu trennen; demnach stünden § 105 und § 106 im Verhältnis der Ausschließlichkeit. Eine dritte vermittelnde Position, mit der die Meinung der Literatur gestützt werden könnte, ist nicht vertretbar, da

notwendigerweise die Befugnisse des Verfassungsorgans in entsprechenden Befugnissen der Einzelmitglieder Ausdruck finden müssen.

Die Auffassung der Literatur ist offensichtlich historisch bedingt; zwischen § 106 aF und § 105 a F war Idealkonkurrenz möglich. Durch § 106 a F wurde die gewaltsame Hinderung der Abgeordneten, sich an den Ort der Versammlung zu begeben oder zu stimmen, erfaßt. Über die bloße Stimmhinderung hinaus pönalisierte § 105 a F aber auch die Fassung von Beschlüssen, die gewaltsame Entfernung von Mitgliedern oder die Parlamentssprengung.

Den Motiven des Gesetzgebers zur Beschränkung der Nötigungsmittel des § 105 kann nur Rechnung getragen werden, wenn man von einem besonderen Verhältnis der Exklusivität zwischen § 105 und § 106 ausgeht; der Tatbestandsbereich des § 105 muß von dem des § 106 verschieden sein. Aus dem oben ausgeführten ergibt sich, daß sich dieses Verhältnis der Exklusivität nur über das Nötigungsziel ("Befugnisse nicht oder in einem bestimmten Sinne auszuüben") konstruieren läßt, da die Nötigungsadressaten und die Nötigungsmittel des

§ 105 auch vom Tatbestand des § 106 erfaßt werden. Insofern bestehen zwei denkbare Auslegungsmöglichkeiten:

1. Die Absicht des oder der Täter ein Verfassungsorgan -d.h. eine ausschlaggebende Differenz von Mitgliedern des Verfassungsorgans- zu nötigen, seine Befugnisse nicht oder in einem bestimmten Sinne auszuüben, schließt eine Anwendbarkeit des § 106 aus.

2. § 106 ist nur anwendbar, wenn das Einzelmitglied nur Befugnisse nicht oder in einem bestimmten Sinne wahrnehmen soll, die nicht dem Verfassungsorgan, sondern nur dem Einzelmitglied zugerechnet werden können -wie eine bestimmte Wahrnehmung des Rede- rechts, des Fragerechts oder des Rechts einen Antrag zu stellen bzw. nicht zu stellen-.

zu 1) Diese Interpretation führt zu untragbaren Wertungswidersprüchen. Der Täter, der 496 Bundestag-abgeordnete oder auch nur einen Abgeordneten, sofern dieser die ausschlaggebende Differenz bildet, durch die Androhung eines empfindlichen Übels nötigt oder nötigen will, bleibt straffrei. Der Täter, der allein aus statistischem Interesse bei klaren Mehrheiten einzelne Abgeordnete durch die Androhung eines empfindlichen Übels nötigen will, würde sich nach § 106 strafbar machen. Geht man vom Schutzgut des § 106 aus, der Willens- und der Willensentschließungsfreiheit des Einzelmit-

glieds, wäre eine genau entgegengesetzte Wertung geboten; denn die Fälle, in denen durch die Nötigung eine auch dem Willen des einzelnen Mitglieds entgegenstehende Entscheidung des Verfassungsorgans erzwungen wird, sind auch für das Einzelmitglied eine wesentlich weitergehende Beeinträchtigung als die bloß "statistischen" Fälle. Zudem würde diese Auslegung zur absoluten Bedeutungslosigkeit des § 106 führen. Einmal dürfte der Fall, in dem der Täter nur eine statistische Aufbesserung des Ergebnisses erreichen will, ausgesprochen selten sein. Zum anderen böte sich auf der praktischen Seite diesen Täter die kaum widerlegbare Schutzbehauptung an, er habe die ausschlaggebende Differenz der Mitglieder nötigen wollen; denn allein dieses Tatziel scheint plausibel.

zu 2) Auch der zweite Auslegungsversuch führt zu unhaltbaren Wertungswidersprüchen. Das vornehmste und wichtigste Recht der Mitglieder der Verfassungsorgane ist ihr Stimmrecht in diesen Gremien. Ihr Abstimmungsverhalten wird aber dem Verfassungsorgan zugerechnet und könnte daher nach der hier erörterten Auslegung nicht vom Tatbestand des § 106 erfaßt werden. Es kann aber nicht gerade das wichtigste Recht der durch § 106 geschützten Personen von dem strafrechtlichen Schutz ausgenommen sein. Dies gilt umsomehr, wenn man einmal

vom parlamentarischen Raum absieht, in denen das Rede- und Antragsrecht des Einzelmitglieds eine erhebliche Rolle spielt, und einmal die Regierung und die Verfassungsgerichte in den Mittelpunkt der Betrachtungen stellt. Da Kabinettsitzungen und Beratungen der Verfassungsgerichte nicht öffentlich sind, wären Nötigungen im Hinblick auf ein Rede- oder Antragsrecht des Einzelmitglieds fast ohne jeglichen Sinn.

Ergebnis: Die §§ 105 und 106 stehen im Verhältnis der Spezialität, dem § 106 geht § 105 vor. Demnach wäre derjenige, der ein Verfassungsorgan durch Drohung mit einem empfindlichen Übel nötigt, nach § 106 strafbar.¹⁾ Der Strafrichter müßte im Rahmen des § 106 die Frage nach der Verwerflichkeit von politischen Kampfmassnahmen beantworten.

II Gegen dieses Ergebnis ergeben sich aus Art. 3 GG verfassungsrechtliche Bedenken (Verbot der Differenzierung ohne sachlichen Grund).

Die Begründung für die von § 105 unterschiedliche Regelung des § 106 nach dem Bericht des Sonderausschusses lautet:²⁾ "Die Abweichung

1) so Dreher-Tröndle, Rn. 3 zu § 106

2) BT-Drucksache V / 2860 S. 26

gegenüber § 105 A E beruht auf der Erwägung, daß eine Einzelperson eher als ein Verfassungsorgan in seiner Gesamtheit schon durch weniger starke Mittel als Gewalt und Drohung mit Gewalt beeinflußt werden kann." Diese Begründung zu § 106 läßt darauf schließen, daß in § 105 im Sinne des Selbstverantwortungsprinzips das Nötigungsmittel "Drohung mit einem empfindlichen Übel" deshalb nicht unter Strafe gestellt wurde, weil ein Verfassungsorgan der Drohung mit einem empfindlichen Übel standhalten könnte. Tatsächlich war die Begründung des E 1962, auf den der Sonderausschuß in dem selben Bericht wegen § 105 Bezug nahm, eine andere; danach wurde in § 105 das Nötigungsmittel der Drohung mit einem empfindlichen Übel nicht aufgenommen, um zu verhindern, daß die Rechtssprechung politische Fragen beurteilen muß, nämlich unter welchen Voraussetzungen politische Drohungen verwerflich sind. Danach war eine diesbezügliche Strafbarkeit in § 105 nicht wegen der besonderen Standfestigkeit der Verfassungsorgane obsolet, sondern aus den angeführten Gründen wurden Strafbarkeitslücken in § 105 bewußt in Kauf genommen. Da auch einzelne Mitglieder eines Verfassungsorgans mit politischen Maßnahmen genötigt werden können, ist der Problembereich in § 106 derselbe wie in § 105.

Es läßt sich ein Grund zur Differenzierung nicht daraus herleiten, daß durch § 106 Einzelpersonen geschützt werden sollen. Einmal erleichtert dieser Umstand keineswegs die Beurteilung der Verwerflichkeit von politischen Kampfmaßnahmen. Zum anderen wird nicht zuletzt auch aus dem oben erörterten Konkurrenzverhältnis zwischen § 105 und § 106 deutlich, daß die Nötigung eines Verfassungsorgans nichts anderes ist als die Nötigung einer qualifizierten Anzahl seiner Einzelmitglieder. Im Extremfall reicht für § 105¹⁾ die Nötigung eines Mitglieds des Verfassungsorgans aus. Wieso das Mitglied, das die ausschlaggebende Differenz darstellt, weniger beeinflussbar sein soll als ein Mitglied, das nicht ausschlaggebend ist, ist nicht einzusehen. Zudem ergibt sich aus dem Verhältnis der Spezialität zwischen § 105 und § 106, daß auch bei der Nötigung des Verfassungsorgans "in seiner Gesamtheit" eine entsprechende Anzahl von Nötigungen gem. § 106 gegeben sind. In § 105 müßte dann argumentiert werden, die Summe der Mitglieder als Verfassungsorgan mußten der Drohung standhalten. Demgegenüber wäre in § 106 auf die Einzelmitglieder abzustellen, die demnach als Einzelmitglied leichter beeinflusst werden können. Damit ist der Rechtssprechung die "im Kern politische" Frage überbürdet, unter welchen

1) siehe oben S. 10ff

Voraussetzungen politische Kampfmaßnahmen verwerflich sind.

Es bleibt an dieser Stelle noch die Möglichkeit zu prüfen, ob nicht durch eine verfassungskonforme Auslegung die Regelung des § 106 zu halten ist.

Ausgehend von der Überlegung, daß als Drohung gegenüber einer Mehrzahl von Abgeordneten in der Regel nur Drohungen politischer Natur, also Drohungen mit politischen Übeln, hingegen gegenüber Einzelmitgliedern auch Drohungen persönlicher/privater Art in Betracht kommen, könnte man versuchen, daß Nötigungsmittel "Drohung mit einem empfindlichen Übel" in § 106 dahingehend zu interpretieren, daß damit nur Übel erfaßt sein sollen, die das Einzelmitglied als "Privatmann" betreffen.¹⁾

- 1) Diese Auslegung wird auch durch § 396 E 1962 -dem Vorbild des heutigen § 106- nahegelegt. In § 396 E 62 war die gefährliche Drohung im Sinne des § 11 I Nr. 7 E 1962 tatbestandsmäßiges Nötigungsmittel. Eine "gefährliche Drohung" i.S.d. § 11 I Nr. 7 ist die Drohung a mit Gewalt, b mit einem Verbrechen oder Vergehen, c mit einer Ordnungswidrigkeit, deren Begehung für einen anderen ein empfindliches Übel ist, d mit der Herbeiführung eines Strafverfahrens oder einer anderen behördlichen Maßnahme, e mit der Offenbarung einer Tatsache, die ehrenrührig oder sonst geeignet ist, die soziale Geltung eines anderen zu schmälern, f mit einem Übel, das die wirtschaftliche Lebensgrundlage eines anderen gefährdet. In der Begründung zu § 96 E 1962 ging man davon aus, daß die Nötigung eines Mitglieds eines Verfassungsorgans mittels einer gefährlichen Drohung i.S.d. 11 I Nr. 7 in aller Regel verwerflich ist (siehe E 1962 S. 585).

(Drohung mit einer Zahlungsklage, Drohung mit Veröffentlichungen von nachteiligen Dingen aus dem privaten Bereich, Drohung mit Strafanzeige etc.). Eine derartige Auslegung könnte eine differenzierende Behandlung des § 106 gegenüber § 105 rechtfertigen, da durch § 106 nur Drohungen erfaßt würden, die typischerweise gegen Einzelmitglieder gerichtet werden könnten. Das Konkurrenzproblem zwischen § 105 und § 106 wäre weitgehend entschärft, da in der Regel einem Verfassungsorgan nur politisch gedroht werden kann, politische Drohungen aber auch nicht unter § 106 subsumiert werden könnten. Schließlich bietet diese Auslegung auf den ersten Blick auch den Vorteil, daß die Frage nach der Verwerflichkeit der Übelsandrohung keinen politischer Charakter zu haben scheint.

Dieser Weg einer verfassungskonformen Auslegung wäre aber nur gangbar, wenn sich eine dem rechtsstaatlichen Bestimmtheitsgebot genügende Trennungslinie zwischen sog. "politischen Drohungen " und "persönlichen Drohungen" ziehen ließe. Das ist nach m.E. nicht der Fall; denn angedrohte politische Kampfmaßnahmen -wie etwa Pressekampagnen- können für einen Berufspolitiker persönliche Konsequenzen haben, insofern betrifft jede "politische"Drohung Politiker auch persönlich. Umgekehrt haben persönliche/private Drohungen an einen Politiker

immer auch eine politische Dimension. Private Schwierigkeiten und Fehltritte eines Politikers werden immer Anlaß geben, auch seine politische Kompetenz bzw. Solidität in Zweifel zu ziehen.

Wenn etwa angedroht wird, ein Kabinettsmitglied wegen seiner Unzulänglichkeiten in seiner Amtsführung oder auch in privaten Bereichen nicht länger publizistisch zu schonen, falls nicht bestimmte politische Bedingungen erfüllt werden, so läßt sich diese Drohung nicht dem bloßen persönlich/privaten Bereich zuordnen, da jeweils eine politische Verantwortlichkeit des betroffenen Ministers, aber auch etwa des Kanzlers besteht. Schwächen und Fehler eines Politikers sind ein Politikum und können damit naturgegeben auch Gegenstand politischer Verhandlungen sein. Jede Trennung zwischen "politischen" und "persönlichen" Drohungen wäre eine künstliche.

Jedoch selbst wenn eine Unterscheidung zwischen "persönlichen" und "politischen" Drohungen möglich wäre, so bliebe das Kernproblem -die Übertragung politischer Fragen an die Rechtsprechung- bestehen.

Aus der Tatsache, daß private Fehler eines Politikers politische Konsequenzen haben können, ergibt sich, daß an diesbezügliche Drohungen auch politische Bedingungen geknüpft werden können. Die Forderung nach dem Rücktritt eines Ministers, der sich privat hat etwas zu Schulden kommen lassen, verbunden mit der Drohung, den Fall sonst einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen mit allen für den Minister nachteiligen Details, ist legitim und sicherlich nicht verwerflich. Wenn aber politische Forderungen in diesem Zusammenhang gestellt werden können, so ist die Frage, welche politische Forderung an welche Übelsandrohung geknüpft werden darf, wiederum eine politische und somit grundsätzlich juristischer Beurteilung entzogen.

Da mithin auch eine verfassungskonforme Auslegung nicht möglich ist, verbleibt es dabei, daß die Aufnahme des Nötigungsmittels "Drohung mit einem empfindlichen Übel" in § 106 gegen Art. 3 GG verstößt und somit die Vorschrift des § 106 insoweit nichtig ist.

III Dieses Ergebnis wird bestätigt, wenn § 106 an dem rechtsstaatlichen Bestimmtheitsgrundsatz gemessen wird.

Nicht jede "Drohung mit einem empfindlichen Übel" wird von § 106 erfaßt -anderenfalls würde die Nötigungsalternative schlechthin uferlos sein-, sondern durch die Einfügung des Wortes "rechtswidrig" in den Tatbestand des § 106 wurde sichergestellt, daß hier "wie bei § 240 I StGB die besondere Adäquanzklausel des § 240 II StGB gilt."¹⁾ Nach § 240 II ist die Nötigung dann rechtswidrig, "wenn die Anwendung der Gewalt oder die Androhung des Übels zu dem angestrebten Zweck als Verwerflich anzusehen ist."

Die Verfassungsmäßigkeit des Verwerflichkeitskriteriums des § 240 II ist in der Literatur umstritten.

Hellmuth Mayer²⁾ vertritt die These, daß die Regelung des § 240 II gegen den Bestimmtheitsgrundsatz des Art. 103 II GG verstößt und hat große Gefolgschaft gefunden³⁾.

1) BT-Drucks. V/ 2860 S. 3

2) Materialien zur Strafrechtsreform, 1.Bd. S. 269ff; vgl. ferner: Strafrecht, 1953 S. 86; Strafrechtsreform für heute und morgen, 1962 S. 105; Strafrecht 1967, S. 35

3) Hirsch, ZStW 74, 123f; Geerds, Zur Problematik strafrechtlicher Deliktstypen, in: Festschrift für Karl Engisch zum 70.Geburtstag, 1969, S. 418; Stratenwerth, Strafrecht, AT I, S. 116; Welzel, S. 327

Auch die herrschende Meinung, die die Vereinbarkeit der Verwerflichkeitsklausel noch mit dem Grundgesetz bejahrt, hält die Regelung nicht für unbedenklich.¹⁾ Der BGH hat in seiner berühmten Irrtumsentscheidung sogar wie folgt formuliert: "Hier fällt....dem Richter die Aufgabe zu, anstelle des Gesetzgebers durch unmittelbare Wertung zu entscheiden, ob die tatbestandsmäßige Nötigung im Einzelfall rechtswidrig ist oder nicht."²⁾ Deutlicher kann nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß ein Strafgesetz dem Bestimmtheitsgrundsatz nicht genügt. Nach der herrschenden Meinung³⁾ liegt jedoch eine verfassungswidrige Verletzung des Bestimmtheitsgrundsatzes gleichwohl nicht vor, da das Rechtsgut Willensfreiheit nur unter Verwendung normativer Begriffe geschützt werden können. Für die Beurteilung der maßgeblichen Mittel -Zweck-Bewertung gäbe es keine andere Möglichkeit als die regulative Generalklausel der § 240 II. In §240 II verweise der Gesetzgeber auf eine meta-rechtliche Ordnung, indem er die elementaren sozialetischen Verstellungen über sozial unerträglichen Zwang für die Grenzen strafbaren

1) Schäfer, in: LK Rn.56 zu § 240; Eser, in: Schönke-Schroeder Rn. 15 zu § 240; Hansen, S. 62

2) BGH St 2, 195f

3) Lenckner, JuS 1968, S. 304 (307); Henkel, S. 39 Anm. 55; Schäfer, in: LK Rn. 56 zu § 240; Hansen bezeichnet die Verwendung der regulativen Generalklausel als eine "unvermeidliche Notlösung" (vgl. a.a.O. S. 62)

Nötigungsunrechts entscheidend sein ließe.¹⁾

Die Sozialethik biete keine präzisen Verhaltensnormen i.S. eines formulierbaren Ordnungssystems, sondern lebe im Konkreten. Gerade dadurch sei das Regulativ des § 240 II offen für die Berücksichtigung der Nuancen des konkreten Einzelfalls.²⁾ Entsprechend wird der Rechtsbegriff Verwerflichkeit nur tautologisch umschrieben.

Nach höchstrichterlicher Rechtssprechung³⁾ soll es darauf ankommen, ob das Verhalten "unter Beachtung des Rechtsempfindens des Volkes" "anstößig" ist. "Verwerflich" bedeute einen erhöhten Grad der sittlichen Mißbilligung.⁴⁾ In der Literatur wird der Begriff "Verwerflichkeit" mit Formeln umschrieben wie "sozialethische Mißbilligung" ohne "gesteigertes Unwerturteil"⁵⁾, "anstößig"⁶⁾, "sozialwidrig unter Orientierung an bestimmten sozialen Ordnungsprinzipien"⁷⁾, "sozialunerträglich"⁸⁾ etc.

1) Hansen, S. 59

2) Hansen, a.a.O. m.w.N.

3) BGH St 5, 254 (256); 17, 328 (331)

4) BGH St 18, 391; 19, 268; Hamm, NJW 1970, 2075

5) Eser, in: Schönke-Schroeder, Anm. 17 zu § 240

6) Maurach, BT, S. 118

7) Roxin, JuS 1964, 373 (376)

8) Welzel S. 327

Immerhin lassen sich im Rahmen des § 240 aus der inzwischen reich entwickelten Kasuistik¹⁾ gewisse Ordnungsprinzipien bzw. Anhaltspunkte herausdestillieren, die auf eine Verwerflichkeit des Handelns schließen lassen.

Als solches ist das Prinzip des mangelnden Zusammenhangs zwischen Mittel und Zweck zu nennen.²⁾ Weiter kann sich das Verbot einer Nötigung daraus ergeben, daß der Täter ein Verhalten des Genötigten veranlaßt, auf das er keinen Anspruch hat.³⁾ Schließlich ist anerkannt⁴⁾, daß sozialadäquates Verhalten stets nicht rechtswidrig ist.

Es gibt somit im Rahmen des allgemeinen Nötigungstatbestandes einige konkrete Maßstäbe, die den unbestimmten Rechtsbegriff "verwerflich" ein gewisses Profil verleihen. Mittels dieser Kriterien mag in dem relativ überschaubaren Bereich der zwischenmenschlichen Beziehungen von Einzelpersonen, der in erster Linie Gegenstand des allgemeinen Nötigungstatbestandes ist, sich

1) vgl. dazu Schäfer, in: LK Rn.56ff zu §240

2) vgl. dazu insbesondere Roxin, JuS 1964, 377ff; JR 1983, 333ff

3) Wesels, BT, 1.Teil, S. 47

4) Hansen S. 182; Maurach, BT, S. 115

in Verbindung mit der von der Rechtssprechung entwickelten reichen Kasuistik eine den Bestimmtheitsgeboten noch entsprechende Abgrenzung zwischen den strafbaren und den straffreien Fällen der Nötigung treffen lassen. Dies kann im Rahmen dieser Arbeit dahingestellt bleiben.

Die hier entscheidende Frage ist, ob die oben genannten Maßstäbe des § 240 II sich auf § 106 transformieren lassen oder ob sich -wenn nicht- andere Maßstäbe entwickeln lassen, die dem Gebot des Art. 103 II GG genügen.

Die Gesetzgebungsorgane und die Regierungen bewegen sich im Hinblick auf die von ihnen zu treffenden Entscheidungen in einem rechtsfreien Raum.¹⁾ Es besteht kein rechtlicher Anspruch auf eine bestimmte Entscheidung; Koalitionsvereinbarungen²⁾, Wahlkampfversprechen oder politische

1) vgl. zum Begriff "rechtsfreien Raum" Engisch, GA, 1957, S. 326ff

2) Ob Koalitionsvereinbarungen als verfassungsrechtliche Verträge (so Sasse, JZ 1961, 719 (722); Maunz, in: Maunz/Dürich/Herzog, GG, Rn. 18 zu Art. 65) oder als rechtlich unverbindliche politische Absprachen (so Hamann/Lenz, GG Anm. B 3b zu Art. 21; Hesse, Verfassungsrecht, § 5 II 6c) cc); Maiwald, Zum Wesen des verfassungsrechtlichen Vertrages dargestellt am Beispiel der zwischenparteilichen Koalitionsvereinbarungen, S. 132) aufzufassen sind, ist umstritten.

"Zusagen" sind rechtlich unverbindlich¹⁾. Nach Art. 38 I S.2 GG sind die Bundestagsabgeordneten "an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen." Das Grundgesetz bekennt sich damit zum freien und gegen das imperative Mandat.

Auf der anderen Seite ist anerkannt, daß auf die Willensbildung der Gesetzgebungsorgane durch die Bürger und insbesondere durch die Parteien und Verbände Einfluß genommen werden kann und auch Einfluß genommen werden soll. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem ersten Urteil über die Parteienfinanzierung²⁾ dazu ausgeführt: "Das Volk bringt jedoch seinen politischen Willen nicht nur durch Wahlen und Abstimmungen zum Ausdruck. Das Recht des Bürgers auf Teilhabe an der politischen Willensbildung äußert sich nicht nur in der Stimmabgabe bei Wahlen, sondern auch in der Einflußnahme auf den ständigen Prozeß der politischen Meinungsbildung, der Bildung der "öffentlichen Meinung" (vgl. BVerfGE 8, 51 (68)). Die öffentliche Meinung beeinflusst die Entschlüsse der Staatsorgane. Weiterhin versuchen Gruppen, Verbände und gesellschaftliche Gebilde verschiedener Art auf die Maßnahmen der Regierung und die Be-

1) vgl. dazu Maunz, in: Maunz/Dürich/Herzog, Rn. 9ff zu Art. 38 GG

2) BVerfGE 20, 56 (98f)

schlüsse der gesetzgebenden Körperschaften im Interesse ihrer Mitglieder einzuwirken. Vor allem sind es die politischen Parteien, die zwischen den Wahlen im Sinne der von ihnen mitgeformten Meinung des Volkes die Entscheidungen der Verfassungsorgane insbesondere die Beschlüsse des Parlaments beeinflussen; sie wirken auch auf die Bildung des Staatswillens ein." "Zwischen den Faktoren und Medien des komplexen Prozesses der Meinungs- und Willensbildung wirken mannigfache Beziehungen, Abhängigkeiten und Einflußnahmen. Willensbildung des Volkes und staatliche Willensbildung sind auf vielfältige Weise miteinander verschränkt. In einer Demokratie muß sich diese Willensbildung aber vom Volk zu den Staatsorganen, nicht umgekehrt von den Staatsorganen zum Volk hin, vollziehen."

Vor dem Hintergrund dieses komplizierten Spannungsfeldes zwischen freien Mandats auf der einen Seite und zulässiger politischer Einflußnahme auf der anderen ist hier die Frage zu erörtern, welche Drohungen gegen politisch Handelnde sind verwerflich. Es zeigt sich schon vorab, daß als Maßstab zur Beurteilung dieser Frage die oben aufgeführten allgemeinen Kriterien zu § 240 II wenig geeignet sind. Es gibt -wie schon ausge-

führt- z.B. keine Rechtsansprüche auf ein bestimmtes Verhalten eines Abgeordneten. Damit verliert auch das Kriterium des rechtlich anerkannten Zusammenhangs seine Bedeutung.

Auch der Versuch einer sozialetischen Wertung von politischen Vorgängen erscheint wenig sinnvoll. Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, an dieser Stelle eingehend die Frage nach dem Verhältnis von Politik und Moral bzw. die Frage nach der Existenz eines politischen Ethikbegriffs zu stellen. Für unsere Zwecke dürfte reichen, festzustellen, daß sich nach demokratisch-republikanischem Staatsverständnis ein amoralischer Politikbegriff im Sinne Machiavellis (*auctoritas non veritas facit legem*) verbietet. Ebenso ist die extreme Gegenposition, der moralische Rigorismus, den Kant im Anhang seines Entwurfs zum ewigen Frieden postuliert ("Die wahre Politik kann keinen Schritt tun, ohne vorher der Moral gehuldigt zu haben,...."¹⁾) für die heutige Welt nicht angemessen. Kant bezieht nämlich die Einhelligkeit der Politik mit der Moral a priori auf eine erst noch herzustellende weltbürgerliche Ordnung.²⁾ Solange die weltbürgerliche Ordnung im Sinne

1) Kant, sämtliche Werke, ed. Cassirer Bd. VI, S. 467f

2) vgl. dazu Jürgen Habermas, Über das Verhältnis von Politik und Moral, S. 61 (70ff)

eines Idealzustandes noch auf sich warten läßt, bleibt nach Jaspers¹⁾ dem Politiker nichts anderes übrig, als bestenfalls nach Maximen einer Verantwortungsethik zu handeln, die zwischen Macht- und Gesinnungsethik die rechte Mitte hält.²⁾ Die Politiker müssen sich auf Gewalt einlassen und notfalls auch die Lüge und den Vertragsbruch wollen. Solange der ideale Rechtszustand noch nicht hergestellt ist, kann sich ein von der Moral abweichendes politisches Verhalten durch "philosophischen Glauben", wenn er nur existenziell bezeugt wird, Legitimation verschaffen.³⁾

Ohne im Detail der Philosophie Jaspers folgen zu wollen, dürfte doch seine Auffassung, daß Politiker allenfalls der Maxime einer Verantwortungsethik unterliegen, allein unserem freiheitlichen Staatsverständnis entsprechen. Verantwortungsethik bedeutet, eine Abwägung zwischen politischem Pragmatismus im Sinne von Machterwerb bzw. Machterhaltung und Moralität zu treffen. Somit läßt sich die Sittlichkeit einer politischen Handlung eines Politikers nicht unabhängig von einer Bewertung der gesamten politischen Situation einschließlich der politischen Absichten, Intentionen

1) Die Atombombe und die Zukunft des Menschen, S. 48ff

2) so auch Habermas a.a.O.

3) Karl Jaspers a.a.O.

und der Ziele des Betroffenen beurteilen. Diese politische Bewertung ist dann in Relation zu setzen zu der politischen Moral, die wiederum nicht unabhängig vom politischen Standort und der politischen Einstellung des betroffenen Politikers ist. Mit anderen Worten über die Sittlichkeit oder Unsittlichkeit einer politischen Handlung kann nicht ein allein an moralischen Kategorien orientiertes Urteil getroffen werden, sondern es muß auch ein "politisches" Urteil gefällt werden.

Da mithin von einer allgemein verbindlichen Richtschnur oder Kriterien in diesem Zusammenhang keine Rede sein kann, verstärken sich nicht nur die bisher gegen die Verwerflichkeitsklausel des § 240 II bestehenden Bedenken, im Rahmen des § 106 potenzieren sie sich geradezu.

Im folgenden seien einige praktische Beispiele genannt, die deutlich machen, wie vielfältig die Problematik in diesem Bereich ist.

1. Ein Koalitionspartner in der Regierung droht dem anderen, daß, wenn nicht über die ursprüngliche Koalitionsvereinbarung hinaus Zugeständnisse gemacht würden, die Koalition beendet würde mit der Folge einer Regierungskrise und den damit schädlichen Konsequenzen für das gesamte Land.

2. Die Parteispitze der Partei P droht dem Abgeordneten A dafür Sorge zu tragen, daß ihm der sichere Listenplatz entzogen würde, wenn er sich in den anstehenden Parlamentsabstimmungen unbotmäßig verhalten sollte.
3. Der F Konzern, der wesentlich zur Finanzierung der P-Partei beiträgt, richtet die gleiche Drohung an den Abgeordneten A.
4. Der Interessenverband I droht dem Abgeordneten der P-Partei, ihrer Partei die bisherige ideelle und materielle Unterstützung zu entziehen und ab nunmehr der O-Partei zukommen zu lassen, wenn nicht ein entsprechendes Entgegenkommen in den Abstimmungen feststellbar sei.
5. Die Religionsgemeinschaft R droht den Abgeordneten der P-Partei, ihren Gäubigen von der Kanzel zu empfehlen, die P-Partei nicht zu wählen, wenn nicht bestimmte Bedingungen erfüllt werden.
6. Das Großunternehmen U droht mit Vertriebsverlagerungen ins Ausland und damit der Vernichtung von Arbeitsplätzen.
7. Der Großverleger V droht dem Abgeordneten der P-Partei mit einer großen Pressekampagne, falls die Medienpolitik nicht in seinem Sinne betrieben werde.
8. Der Atomkraftgegner G droht den Kabinettsmitgliedern mit Steuerboykott, falls die Atompolitik nicht geändert werde.

Zu Beispiel 1: Grundsätzlich ist ein Drohen mit Vertragsbruch verwerflich, im politischen Bereich wird jedoch vertreten, daß Absprachen zwischen Koalitionspartnern einen nicht verbindlichen Charakter haben. Andererseits wird die Widerrechtlichkeit der Nötigung nicht dadurch ausgeschlossen, daß das angedrohte Verhalten erlaubt ist. Es wäre daher das Verhältnis von Mittel und Zweck auf eine etwaige Verwerflichkeit zu überprüfen.

Der Gedanke, daß ein Strafrichter in einem solchen Fall unter Zugrundelegung einer "meta-rechtlichen" Ordnung, die sich an sozialetischen Vorstellungen orientiert, über die Verwerflichkeit des Verhaltens und damit über die Strafbarkeit von Regierungspolitikern befinden soll, ist unerträglich. An solchen Verfahren könnte nur das Ansehen der demokratischen Regierungen der Strafjustiz und der freiheitlich demokratischen Grundordnung Schaden nehmen. Zur Wertung des politischen Verhaltens von Regierungsmitgliedern kann allein der Souverän, d.h. das Volk berufen sein. Bei den Parlamentswahlen urteilt der Bürger die Sache -auch unter dem Einfluß sozialetischer Wertungen- aus. Eine negative Wahlentscheidung trifft in diesem Bereich wesentlich direkter und

überzeugender als es ein strafrechtliches Urteil nach einem mehrjährigen Prozeß über die Instanzen je vermöchte.

Auch wenn man der Mindermeinung folgt, nach der Koalitionsvereinbarungen verbindlich sind, kann sich aus dem Vertragsbruch allein nicht eine Verwerflichkeit und damit die Rechtswidrigkeit des Verhaltens ergeben, wenn man im Bereich der Politik von der oben beschriebenen Verantwortungs-ethik ausgeht. In der Verfolgung wichtiger (moralisch wertvoller) politischer Ziele darf nach der Verantwortungsethik der Politiker auch moralisch an sich verwerfliche Mittel anwenden. Es wäre daher auch nach der Gegenmeinung das angewandte Mittel zu dem angestrebten Zweck in Relation zu setzen und auf eine etwaige Verwerflichkeit zu überprüfen.

Zu Beispiel 2 bis 4: Die Beispiele 2 bis 4 sind gekennzeichnet durch das Spannungsverhältnis zwischen der Gewissensfreiheit des Abgeordneten (Art. 38 I Satz 2 GG) und der Einflußnahme von Parteien und Verbänden (Art. 20 GG). Während Beispiel 2 auf den ersten Blick noch im sicheren Bereich des politisch Zulässigen zu liegen scheint, da eine Partei aus dem Abstimmungsverhalten eines

Abgeordneten, wenn eine Parteiendemokratie funktionieren soll, Konsequenzen ziehen darf und muß, wird in Beispiel 3 deutlich, wie problematisch sich das Spannungsfeld zwischen Gewissensfreiheit des Abgeordneten und Einflußnahme durch Dritte gestaltet. Wendet sich der F Konzern direkt an den Abgeordneten, so erscheint verwerflich, daß über die Parteienfinanzierung von interessierter Seite mit der politischen Existenzvernichtung des Abgeordneten gedroht wird, um ein bestimmtes Abstimmungsverhalten des Abgeordneten zu erreichen. Wählt hingegen der F Konzern den näherliegenden Weg über die Spendenakquisiteure und Kassierer der Parteien und die Partei bringt dann den Abgeordneten nach dem Muster von Beispiel 2 wiederum auf Kurs, so wäre eine Verwerflichkeit im Sinne des § 240 II äußerst zweifelhaft; denn eine Partei darf Einfluß auf ihre Abgeordneten nehmen und sie muß darauf achten, daß nur die Abgeordneten einen Listenplatz bekommen, die auch Wähler anziehen. Wähler werden offensichtlich durch Wahlwerbung gewonnen und die wiederum kostet Geld, das beschafft werden muß. Es kann zwar nicht die Rede davon sein, daß ein derartiges Verhalten von Parteien und Verbänden unter sittlichen und sozialetischen Gesichtspunkten einwand-frei wäre. Im Gegenteil! Andererseits sind diese Mechanismen notwendige

Folge des gegenwärtig geltenden Parteienfinanzierungssystems. Wenn nach dem Parteienfinanzierungsgesetz Spenden in unbegrenzter Höhe als zulässig angesehen werden, so ist Einfluß von Großspenden auf die Parteien und deren Politik zwangsläufig. Dieser Komplex läßt sich nicht unter sozial-ethischen oder sittlichen Kategorien im Sinne des § 240 II fassen, sondern allein unter politischen.

Zu den Beispielen 5 bis 8: Genauso unvereinbar mit den Regeln einer Demokratie erscheint es, wenn der Strafrichter über Drohungen von Verbänden und Interessengruppen befinden soll. Wenn deren Drohungen als inadaquat und zu weit gehend empfunden werden, so wird sich dies im demokratischen Meinungsbildungsprozeß auswirken. Die Regierungsmitglieder und Abgeordneten, die solchen "Erpressungsversuchen" nicht standhalten, vermindern die Chancen ihrer Wiederwahl. Die Verbände, die in "verwerflicher" Weise mit Übeln drohen, müssen befürchten, in der öffentlichen Meinung ein negatives Bild abzugeben mit der Folge, daß sie mit ihrer Forderung nicht durchdringen.

Ergebnis: § 106 verstößt hinsichtlich der zweiten Nötigungsalternative "Drohung mit einem empfindlichen Übel" gegen das rechtsstaatliche Bestimmtheitsgebot.

IV Dieser Befund deckt sich mit der strafrechtlichen Regelung der Vorteilsgewährung bzw. des Versprechens von Vorteilen an ^{einen} Abgeordneten dafür, daß er bei einer Abstimmung nicht oder in einem bestimmten Sinne votiert; auch diese Art der Einflußnahme, die sog. Abgeordnetenbestechung ist straffrei.

Dieser Zustand besteht seit dem 3.StÄG vom 4.8. 1953¹⁾, in dem im Zuge der Neufassung der Geltungsbereich der Wahlstraftatbestände der §§ 107ff bewußt auf Wahlen und Abstimmungen des Volkes beschränkt wurde. Diese Rechtslage wurde 1959 von der großen Strafrechtskommission als "gefährlich", "beunruhigend" und "fast unfassbar" bezeichnet.²⁾ Es gab immer wieder Anläufe des Gesetzgebers, einen rechtsstaatlichen Erfordernissen genügenden Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung zu fassen³⁾, die allesamt gescheitert sind.

Es mangelte in der Vergangenheit auch nicht an spektakulären Fällen⁴⁾, die die grundsätzliche

1) BGBI I/735

2) Ndschr. GrStrK, Bd. 13, S. 257, 258

3) BT-Drucks., 2.Wahlperiode, Nr. 2310; Ndschr. GrStrK, Bd. 13, S. 257ff; BT-Drucks. 4.Wahlperiode, Nr. 650

4) Konkreter Anlaß für den Gesetzesänderungsantrag der Fraktion der FDP (vgl. BT-Drucks. 2.Wp., Nr. 2310) aus dem Jahre 1956 war etwa die Verbreitung der Meldung, einem Abgeordneten eines Landessparlaments seien 100.000DM dafür geboten worden, daß er bei einer Ministerpräsidentenwahl ein bestimmtes Votum abgebe. Weiter kann hier noch auf die berühmte sog. "Steiner-Wienand-Affäre" aus dem Jahre 72 erinnert werden, als der Ausgang des konstruktiven Mißtrauensvotums gegen Willy Brandt durch Bestechungsgelder beeinflusst worden sein soll. In allen Fällen

Notwendigkeit der Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung deutlich vor Augen führen. Gleichwohl erwiesen sich die Schwierigkeiten der Tatbestandsfassung als unüberwindbar.

Im Unterschied zu den Amtsträgern im Sinne der Bestechungstatbestände der §§ 331ff muß die Gewährung und die Annahme von Vorteilen bei Abgeordneten nicht in jedem Fall strafwürdig sein, da nach den allgemein anerkannten Regeln unseres politischen Lebens dem Abgeordneten für ein bestimmtes politisches Verhalten Vorteile eingeräumt werden können. Es ist politisch adäquat, wenn einem Abgeordneten für ein bestimmtes Wahlverhalten das Amt eines Ministers oder ein sicherer Listenplatz geboten wird.¹⁾ Ob ein Vorteil im Rahmen der politischen Adäquanz liegt, kann nur wertend bestimmt werden, so daß für die Abgeordnetenbestechung nur eine normative Tatbestandsfassung in Betracht kommt.²⁾

Als Formulierungsvorschläge wurden in der großen Strafrechtskommission von 1959 folgende

konnten staatsanwaltschaftliche Ermittlungen nicht durchgeführt werden, da weder die aktive noch die passive Abgeordnetenbestechung strafbar ist.

1) vgl. dazu Tröndle Ndschr GrStrK, Bd. 13, S. 262

2) vgl. Ndschr GrStrK, Bd. 13, 257ff; Wolf, S. 244

Fassungen diskutiert: Einführung einer Rechtswidrigkeitsregel entsprechend § 240 II¹⁾; Einschränkung des Tatbestandes durch Formulierungen wie Fordern oder Anbieten eines Entgelts "in verwerflicher Weise"²⁾, Fordern oder Anbieten "unangemessener" Vorteile bzw. "Geschenke oder anderer unangemessener Vorteile"³⁾ oder in Anlehnung an § 109 a F Strafbarkeit des Unternehmens, für eine bestimmte Abstimmung eine Stimme zu kaufen oder zu verkaufen.⁴⁾

Alle diese Fassungen leiden an dem gleichen Mangel; sie geben dem Richter keinerlei Kriterien an die Hand, nach denen er eine Wertentscheidung über die "Verwerflichkeit" oder "Unangemessenheit" einer Zuwendung an einen Abgeordneten treffen könnte. Ein verbindlicher Ehrenkodex für den Parlamentarier fehlt. Vor Abschluß der Aussprache in der GrStrK äußerte Welzel⁵⁾ mit entwaffnender Offenheit, er bemühe sich noch immer um Klarheit darüber, wo die Grenze des Strafbaren verlaufen solle. Bezeichnend ist auch die abschließende Einschätzung Dünnebiers⁶⁾, der sich für einen

1) Ndschr GStrK, Bd. 13, Umdruck II J100, S. 708

Zur Kritik vgl. a.a.O. S. 264f; Wolf, S. 248

2) Ndschr GStrK, Bd. 13, S. 280

3) so der Vorschlag der I. Unterkommision

4) Dieser Vorschlag, der von Prof. Gallers stammt, fand in der abschließenden Vorabstimmung die Mehrheit der Mitglieder der GrStrK, a.a.O. S. 279 dafür auch Wolf, S. 249ff

5) a.a.O. S. 278

6) a.a.O. S. 279

Verzicht auf eine abschließende sachliche Lösung der Problematik aussprach und allein ein Fanal des Gesetzgebers gegen Bestechung in diesem Bereich forderte.

In der Literatur werden die Probleme einer normativen Tatbestandsfassung überwiegend¹⁾ für lösbar gehalten. Es wird darauf verwiesen²⁾, daß auch nach § 240 II die Bestimmung der strafbaren Nötigungsfälle schwierig sei. In der Tat weist die Diskussion um die Abgeordnetenbestechung eine verblüffende Ähnlichkeit mit der um die Rechtswidrigkeitsregel der § 240 II auf. In der GrStrK ist ähnlich einem Leitmotiv immer wieder betont worden, daß es nicht schwierig sei, die Unzulänglichkeiten der einzelnen Vorschläge aufzufinden und zu kritisieren, hingegen außerordentlich schwer, eine befriedigende Lösung anzugeben.³⁾ Genau wie bei der Auseinandersetzung um § 240 II geht es letztlich um die Frage, ob die allseits als notwendig empfundene Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung höher zu bewerten ist als die ebenfalls unbestrittenen Schwierigkeiten des Strafrichters beim Umgang mit einer normativen Generalklausel.

- 1) Schulze, JR 1973, S. 488; Wolf, S. 240ff; Klein, ZRP 1979, 174; vgl. auch Olker, Die Wahl- und Abgeordnetenbestechung, Diss. Kiel 1965; Römer, Das strafrechtliche Problem der Abgeordnetenbestechung, Diss., Marburg 1964
- 2) Schulze, JR 1973, S. 488
- 3) Dreher, Ndschr StrK, Bd. 13, S. 266f; Welzel, a.a.O. S. 275

Die herrschende Meinung übersieht nach m.E., daß es anders als § 240 II im politischen Bereich keine anerkannten sozialetischen Anschauungen gibt, die dem Richter als Orientierung dienen könnten. Am Beispiel der Parteienfinanzierung läßt sich demonstrieren, daß im politischen Handlungsfeld ein alle Beteiligten einbindendes sozial-ethisches Wertsystem nicht existiert.

Es ist anerkannt, daß es nicht strafbar sein kann¹⁾, wenn für ein bestimmtes Abstimmungsverhalten Spenden an die Partei des Betreffenden Abgeordneten überwiesen werden. Parteien sind -wie man spätestens seit der sog. Parteispendenaffäre weiß- auf private Spenden angewiesen, nach dem BVerfG²⁾ sollen sie gerade von der Alimentation des Staates unabhängig sein. Es kann dem privaten Spender nicht unbenommen sein, an die Partei seiner politischen Präferenz zu spenden. Damit steht grundsätzlich fest, daß die Honorierung eines bestimmten Abstimmungsverhalten eines Parlamentariers in der Form zulässig sein muß, daß dafür an die Partei des entsprechenden Parlamentariers gezahlt wird. Die Vorteile für den Abgeordneten liegen auf der Hand; eine finanziell gut ausgestattete Partei hat auch gute Wahlkampf-

1) Schulze, JR 1973 S. 287; Tröndle, a.a.O., S. 262

2) BVerfGE E 20, 56

chancen und damit steigen auch die persönlichen Karrierechancen des jeweiligen Parlamentariers.

In der GrStrK wurde in diesem Zusammenhang das folgende von Welzel gebildete Beispiel diskutiert¹⁾: Die Mitglieder einer ganz kleinen Partei, die in dem betreffenden Parlament aber das Zünglein an der Waage bedeutet, verhandeln vor der Abstimmung über ein bestimmtes Gesetz mit zwei an dem Gesetz gegensätzlich interessierten Gruppen und sagen schließlich der Gruppe, die den größeren Betrag für die Parteikasse gibt, zu, in ihrem Sinn zu stimmen. Dieser Fall wurde übereinstimmend in der GrStrK für strafwürdig gehalten.²⁾ Wenn jedoch dieser Fall strafwürdig ist, ist sicherlich auch der Fall unter Strafe zu stellen, daß nur ein interessierter Verband der entscheidenden Partei für ein bestimmtes Abstimmungsverhalten eine Spende anbietet. Dies dürfte der typische Fall der Einflußnahme des Geldes auf die Politik sein; denn außerparlamentarische Verbände sind nicht an dem Abstimmungsverhalten einzelner Abgeordneter interessiert -diese sind nicht entscheidend und nützen der interessierten Seite nur wenig -, sondern die Verbände versuchen Fraktionen, also Stimmblocke in ihrem Sinne zu beeinflussen.³⁾

1) Ndschr, Bd. 13, S. 278

2) siehe dazu Stellungnahmen Schafheutle und Gallas a.a.O.

3) so auch Dürr, ZRP 1979, S. 264

Wenn diese Einflußnahme über Parteispenden jedoch als strafbare Handlung gelten soll, so ist das gesamte gegenwärtig geltende Parteienfinanzierungssystem aus den Angeln gehoben. Nach dem Parteienfinanzierungsgesetz sind private Parteispenden in unbegrenzter Höhe zulässig. Der Streit um die steuerliche Absetzbarkeit der Parteispenden als Betriebsausgaben macht zu-dem deutlich, daß mit den Spenden an die Parteien eigennützige Motive der Spender verbunden sind.¹⁾ Der Großspender kann die Partei, die seine Interessen am wirksamsten vertritt, nach dem geltenden -zugegebenermaßen nicht unbedenklichen- Parteienfinanzierungssystem mit Zuwendungen in unbegrenzter Höhe aufwarten.

Allein aus diesem Aspekt der Abgeordnetenbestechung -ohne hier noch auf Weiterungen einzugehen- erhellt sich, daß die hier anstehenden Probleme nicht durch die Einfügung einer normativen Floskel in einen Straftatbestand lösbar sind. Zudem seien hier noch folgende Fälle erwähnt, die die vielfältigen Möglichkeiten der Vorteilsgewährung und damit auch die Vielzahl der Problemstellungen zumindestens andeuten: Wenn die mittelbare Vorteilsgewährung an den Abgeordneten durch

1) vgl. dazu Kollmann-Felix, Betr. 1983, 1061;
Frick, BB 1983, 1337; List, BB 1984, 460;
Groh, NJW 1985, 993

Parteispenden zulässig ist, wie ist dann der Fall zu beurteilen, daß direkt an den Abgeordneten gespendet wird mit der Auflage, das Geld sei für den persönlichen Wahlkampf des Abgeordneten bestimmt.¹⁾ Oder war soll für den Fall gelten, daß kein Geld, sondern eine politische Position geboten wird? Schulze vertritt -ohne weiter Differenzierung- die Auffassung²⁾, dieser Fall liege im Rahmen der politischen Adaequanz. Dies ist sicherlich richtig, sofern die eigene Partei des betreffenden Abgeordneten einen sicheren Listenplatz in Aussicht stellt. Wie soll aber die Rechtslage beurteilt werden, wenn dem auf dem absteigenden politischen Ast befindlichen Abgeordneten der Oppositionspartei für ein bestimmtes Abstimmungsverhalten ein finanziell attraktives politisches Amt geboten wird? Wie ist die Unsitte großer Verbände und Unternehmen zu sehen, "ihren Mann" ins Parlament zu bringen und ihn großzügig dafür zu bezahlen, daß er deren Interessen dort vertritt³⁾

Auch die vorstehenden Fälle machen wiederum deutlich, daß zu der Frage, mit welchen Mitteln (hier Vorteilsgewährung) politische Ziele verfolgt werden, keine bindende sozialetische Anschauungen existieren. Ebenfalls hilft der Grund-

1) siehe dazu Dürr, a.a.O.

2) Schulze, JR 1973, S. 486f

3) Vgl. dazu Römer, S. 99 m.w.N.; vgl. dazu auch Ossip K. Flechtheim, S. 532 ff m.w.N.

satz nicht, daß das Verhalten, das im Rahmen der politischen Adaequanz liegt¹⁾, nicht strafwürdig sein kann. Es gibt weder das durch Traditionen noch das durch Verhaltensregeln bzw. einen Ehrenkodex geprägte Bild eines "ehrenhaften Abgeordneten".²⁾ Es besteht zur Zeit lediglich eine insbesondere im Bereich der Parteispenden zweifelhafte politische Praxis, die ebenfalls als Norm und Richtschnur zur Unterscheidung der strafwürdigen Fälle der Abgeordnetenbestechung von den straflosen Fällen der Vorteilsannahme nicht in Betracht kommen. Da mithin keinerlei Kriterien aufzufinden sind, die einer normativen Tatbestandsfassung der Abgeordnetenbestechung Konturen verleihen könnte, muß eine normative Regelung der Abgeordnetenbestechung wie auch der Abgeordneten-nötigung mittels "Drohung mit einem empfindlichen Übel" gegen das Bestimmtheitsgebot der Art. 103 II GG verstoßen.

Eine Lösung des Problems der Abgeordnetenbestechung kann nicht einseitig von der Strafrechtswissenschaft geleistet werden. Vorrangig müssen Verhaltensregeln für Parlamentarier geschaffen werden, die z.B. durch eine Veröffentlichungs-

1) siehe dazu Krille, Ndschr GrStrK, Bd. 13, S. 265

2) "Die Verhaltensregeln für Mitglieder des deutschen Bundestages" vom Okt. 1972, die eine Meldepflicht für Einkünfte enthalten, reichen insoweit nicht aus

pfl icht¹⁾ aller Einkünfte (gläserner Abgeordneter) einen Überblick über Vorteilgewährungen in diesem Bereich erlauben. Der Wähler möge dann entscheiden, ob die Verflechtungen zwischen Geld und Politik noch tragbar sind. Verstöße gegen die Informations- bzw. Veröffentlichungspflichten könnten strafrechtlich sanktioniert werden.

Völlig unzureichend sind nach m.E. allerdings die bisher geltenden Verhaltensregeln für Mitglieder des deutschen Bundestages, die als Anlage 1 der Geschäftsordnung des Bundestages beigelegt sind. Diese Verhaltensregeln sind nicht geeignet, gegen Korruption im parlamentarischen Raum zu wirken. Echte Publizität im Sinne einer Veröffentlichungspflicht gibt es gem. Nr. 1 der Verhaltensregeln nur hinsichtlich des Berufs des Abgeordneten einschließlich der Personen, Firmen, Institutionen und Vereinigungen, für die er beruflich tätig ist. Darüberhinaus gilt eine Veröffentlichungspflicht auch für bezahlte Tätigkeiten als Mitglied eines Unternehmensorgans und für Verbände und Organisationen soweit diese mit dem Bundestag oder der Bundesregierung zu tun haben²⁾

1) Eine solche Veröffentlichungspflicht besteht nach dem neuen Parteienfinanzierungsgesetz für Parteien hinsichtlich Großspenden über 20.000DM seit dem 1.1. 1984 (Gesetz vom 22.12.1983(BGBI. I S. 1577))

2) Selbst diese Veröffentlichungspflicht wird von den Abgeordneten nicht ernst genommen. "Bisher werden die Angaben im amtlichen Handbuch nicht nachgeprüft.....Sie sind deshalb nicht selten lückenhaft und unvollständig". H.Klatt, zitiert nach R. Zundel, Politiker-Einkünfte -Ein Schritt zu mehr Transparenz, in: Die Zeit NR. 49 v. 30. 11. 1984

Der Wähler kann allerdings bei der Lektüre des Handbuchs des deutschen Bundestages nicht erkennen, welche Verpflichtungen sein Abgeordneter nebenher noch tatsächlich eingeht. Der größte Teil der Angaben der Abgeordneten bleibt präsidialintern, d.h. es besteht lediglich eine Anzeigepflicht gegenüber dem Präsidium des Bundestages wie z.B. für vergütete Nebentätigkeiten (Nr. 3 der Verhaltensregeln), für sämtliche Beraterverträge und ähnliche Tätigkeiten (Nr. 4 der Verhaltensregeln), für Spenden ab 10.00DM p.a. (Nr. 6 der Verhaltensregeln) etc.¹⁾ Die Verhaltensregeln enthalten keine materiellen Kriterien für eine Mißbilligung bestimmter anzeigepflichtiger Tätigkeiten. Eine Inkompatibilität besteht lediglich für Angehörige des öffentlichen Dienstes (§ 5ff AbgG).²⁾ Das bedeutet, nach den bestehenden Verhaltensregeln bestünde auch bei einer strafrechtlichen Sanktionierung keine Eingriffsmöglichkeit, soweit der

1) vgl. dazu die wesentlich strengeren Offenlegungspflichten für Abgeordnete des britischen Unterhauses oder für Mitglieder des amerikanischen Senats oder Kongresses. Ein Abgeordneter des US-Kongresses hat alle Einkünfte und Honorare ab 100 \$ anzuzeigen. Die entsprechenden Berichte können sowohl in den USA als auch in England von jedermann eingesehen werden (Klaus Troltsch, Der Verhaltenskodex von Abgeordneten in westlichen Demokratien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 15.6.1985 S. 3ff; Hans-Joachim Roll, Verhaltensregeln für Abgeordnete in: Zeitschrift für Rechtspolitik, 1984 S. 9ff)

2) vgl. dazu die umfassende französische Regelung, nach der eine Vielzahl von beruflichen Tätigkeiten mit einem parlamentarischen Mandat unvereinbar sind (Roll a.a.O.; Troltsch a.a.O.)

Abgeordnete seine Anzeigepflicht gegenüber dem Präsidium nachkommt. Diese Anzeigepflicht kann der Abgeordnete getrost erfüllen, da die Öffentlichkeit von diesen Angaben nichts erfährt und somit ein politisches Risiko nicht besteht.

Bezeichnend für die absolute Unzulänglichkeit der geltenden Verhaltensregeln ist die Regelung der Beraterverträge, die darauf abzielen, daß der Abgeordnete gegen Bezahlung von Bezügen eine bestimmte Politik vertritt (Abgeordnetenbestechung). In der ursprünglichen Fassung vom 21.9.1972 ist nicht einmal diese Frage geregelt. Erst nachdem das Bundesverfassungsgericht in seinem Diätenurteil¹⁾ auf diese offenstehende Frage hingewiesen und gesetzliche Vorkehrungen gegen Beraterverträge und ähnliche Rechtsverhältnisse gefordert hatte, wurden die Verhaltensregeln um eine Bestimmung (Nr. 2 der Verhaltensregeln) ergänzt, die nahezu wörtlich die Formulierungen über Beraterverträge im Diätenurteil übernahm. Da das Bundesverfassungsgericht jedoch lediglich den Telos eines entsprechenden Gesetzes formuliert hat, nicht aber wie ein solches Gesetz im einzelnen auszugestalten ist, ist die gegenwärtige Regelung unpraktikabel, weil zahlreiche Zweifelsfragen auftauchen. Nach Nr. 2 der Verhaltensregeln sind Bezüge dann un-

1) BVerfGE 40, 296 (318)

zulässig, wenn sie für eine Interessenvertretung im Bundestag bezahlt werden und nicht als Gegenleistung für berufliche Tätigkeiten, die der Abgeordnete außerhalb des Bundestages erbringt. Es ist schon unklar, ob unter Bezügen nur wiederkehrende oder auch einmalige Leistungen zu verstehen sind. Wesentlich schwieriger und wichtiger dürfte jedoch die Frage sein, wie ist die Grenze zwischen erlaubter beruflicher Tätigkeit und verbotener parlamentarischer Interessensvertretung zu ziehen¹⁾. Hier fehlt eine differenzierte Inkompatibilitätsregelung etwa nach französischem Vorbild. Nach meiner Auffassung gibt es nur zwei Lösungsmodelle, um die Problematik der Abgeordnetenbestechung in den Griff zu bekommen:

- a) Das angloamerikanische Modell der rückhaltlosen Veröffentlichung aller entgeltlichen Tätigkeiten und Einnahmequellen einschließlich der Höhe der jeweiligen Einkünfte. Hier mag der Wähler ein Urteil über mögliche finanzielle Verflechtungen treffen.
- b) Das französische Modell der Inkompatibilitätsregelung, nach dem einem Abgeordneten eine Vielzahl von entgeltlichen Tätigkeiten neben der parlamentarischen Arbeit²⁾ von vorneherein ver-

1) siehe dazu Roll a.a.O. S. 12

2) Nach entsprechenden Feststellungen des BVerfG soll es sich dabei auf Bundesebene immerhin um eine Vollzeitbeschäftigung handeln. (BVerfGE 40, 296ff)

boten wird.

Da das französische Modell jedoch den gesamten Bereich des Spendenwesens nicht erfaßt und es zudem immer wieder Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen erlaubten und verbotenen Nebentätigkeiten in diesem höchst sensiblen Bereich geben dürfte, bietet das anglo-amerikanische Modell mit seinen rigorosen Offenbarungspflichten eine klare und ehrliche Lösung des Problems¹⁾

Solange der Bundestag bzw. die in ihm vertretenen Parteien allerdings entsprechende Verhaltensregeln für Parlamentarier konsequent abblocken²⁾, dürfte

- 1) vgl. dazu auch den umfassenden Forderungskatalog für noch zu schaffende Verhaltensregeln für Abgeordnete von Klaus Trolsch, a.a.O., S.15f
- 2) vgl. die beiden Gesetzesentwürfe zur Änderung des Abgeordnetengesetzes der Fraktionen CDU/CSU und FDP (10/3544) und den Entwurf der SPD Fraktion (10/3557). Nach diesen Entwürfen sind nach wie vor lediglich einem parlamentarischen Gremium (Präsidium bzw. Abgeordnetenrat) Spenden und Nebentätigkeiten anzuzeigen, die während der Mitgliedschaft im Bundestag anfallen. Dabei verlangt z.B. der Koalitionsentwurf nicht einmal die Anzeige von Beraterverträgen, sofern der Abgeordnete einen beratenden Beruf im Handbuch des Bundestages angegeben hat. Nur Spenden, deren Wert 20.000DM pro Jahr übersteigen (nach dem SPD Entwurf 10.000DM), sind unter Angabe des Namens und der Anschrift des Spenders sowie der Gesamthöhe dem Bundestagspräsidium anzuzeigen. Geht man davon aus, daß ein Großteil der heutigen Unternehmen oft aus mehreren Gesellschaften (Verwaltungs- und Betriebsgesellschaft) bestehen, so können ohne weiteres von einem Unternehmen bzw. einer interessierten Unternehmensgruppe 100.000DM und mehr an einen Abgeordneten gezahlt werden,

erst recht eine strafrechtliche Sanktionierung der Abgeordnetenbestechung in den nächsten Jahren nicht machbar sein.

Die Tatsache, daß die Abgeordnetenbestechung straffrei ist, zeitigt im Hinblick auf § 106 folgendes unhaltbares Ergebnis: Zahlt der A Verband "seinem" Abgeordneten Bestechungsgelder für ein bestimmtes Abstimmungsverhalten, so sind alle Beteiligten straffrei. Droht der B Verband damit, diese Bestechungen publik zu machen, um ein anderes Abstimmungsverhalten zu erzwingen, so soll eine Strafbarkeit nach § 106 in Betracht kommen. Mit anderen Worten, derjenige, der seinen Abgeordneten kauft, kann nie mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt kommen. Derjenige, der ihm

ohne daß dieser diesen Vorgang dem Präsidium anzeigen muß.

Wenn ein Abgeordneter -beruflich oder auf Honorarbasis- mit einem Gegenstand beschäftigt ist, der in einem Ausschuß des Bundestages zur Beratung ansteht, soll er als Mitglied dieses Ausschusses vor der Beratung seine Interessenverknüpfung offenlegen müssen (vgl. dazu z.B. die Pflichten eines Ratsmitgliedes nach § 23 GO NW). Die Sanktion für den Fall, daß ein Abgeordneter diese "laschen" Verhaltensregeln verletzt, soll -nach wie vor- darin bestehen, daß die Feststellung des Präsidiums des Bundestages, der Abgeordnete habe seine Pflichten verletzt, als Drucksache veröffentlicht wird. Selbst diese Feststellung soll aber nur einstimmig von dem Präsidium getroffen werden können.

droht, läuft bei der völlig unbestimmten Verwerflichkeitsklausel des § 106 immer Gefahr, wegen Nötigung eines Mitglieds eines Verfassungsorgans bestraft zu werden.

Ergebnis: Die Regelung des § 106 ist insoweit verfassungswidrig und somit nichtig, als sie auch die Drohung mit einem empfindlichen Übel kriminalisiert.

Da somit die Nötigung nach § 106 -wie § 105- die Nötigungsmittel Gewalt oder Drohung mit Gewalt voraussetzt, muß auch für § 106 der enge Gewaltbegriff gelten. Insoweit kann auf die Ausführungen zum Gewaltbegriff des § 105 Bezug genommen werden.

V Das Nötigungsziel des § 106 ist, daß das Mitglied eines Verfassungsorgans seine "Befugnisse nicht oder in einem bestimmten Sinne" ausübt.

Für dieses Tatbestandsmerkmal gilt im Vergleich zu § 105 grundsätzlich keine Besonderheiten.

Eine spezifische Schwierigkeit ergibt sich hier jedoch für die Regierungen des Bundes und des Landes aus folgendem: Anders als die übrigen Kollegialorgane sind die Kompetenzen innerhalb der Regierungen nicht ausschließlich nach dem Kollegialprinzip geregelt. Für die Bundesregierung weist Art. 65 S. 1 GG dem Bundeskanzler die Richtlinienkompetenz zu; darin findet das Kanzlerprinzip Ausdruck. Dem-gegenüber ist in Art. 65 S. 2 GG als Gegengewicht das Ressortprinzip verankert, das den Ministern die selbständige und eigene Leitung ihrer Geschäftsbereiche garantiert.¹⁾

Es ist zu untersuchen, ob Befugnisse, die im Rahmen des Ressort- oder Kanzlerprinzips ausgeübt werden, Befugnisse im Sinne des § 106 sind.

Nach Auffassung des OLG Düsseldorf²⁾ fällt eine das Ressortprinzip betreffende Nötigung eines Ministers nicht unter §106. Ein Minister sei gleichzeitig Regierungsmitglied und Leiter einer obersten Behörde. Nach § 106 werde er jedoch nur in seiner Eigenschaft als Regierungsmitglied geschützt. Diese Auslegung ergebe sich aus dem Wortlaut, der amtlichen Überschrift des § 106 und aus der Entstehungsgeschichte. Ausweislich der Verhandlungen des Bundestagssonderausschusses für die Strafrechts-

1) Hans Schäfer, Strukturgrundlagen der Bundesregierung. Richtlinienkompetenz des Regierungschefs, Kabinettsystem und Ressortprinzip, Bulletin 1965 S. 1409

2) OLG Düsseldorf NJW 1978, S. 2562, 2563

reform (BT-Prot. V, S. 741- 744 und 756- 759)
sollten die Einzelpersonen gerade wegen ihrer
speziellen Funktion als Verfassungsorganmitglieder
einen Sonderschutz erhalten.

Dem hält die herrschende Meinung in der Literatur¹⁾
entgegen, daß nach dem einschränkungslosen Wortlaut
des Gesetzes die Verfassungsorgane bei der Aus-
übung all ihrer Funktionen einen besonderen Schutz
vor Nötigungen genießen sollen. Zu den Befugnissen
einer Regierung gehörten aber auch Entscheidungen
im Rahmen der Ressortkompetenz, auch hier handele
es sich um Regierungstätigkeit und keineswegs nur um
Administration.

Der Wortlaut des § 106 deckt beide Auffassungen.
Zu Recht stellt das OLG Düsseldorf besonders her-
aus, daß § 105 den Schutz kollektiver Verfassungs-
organe und § 106 den Schutz der Einzelmitglieder
dieser Organe beabsichtige. Daraus folgt jedoch
zwingend nur, daß die Nötigung eines Ministers,
die Befugnisse hinsichtlich der Ressortkompetenz
betrifft, keine Nötigung i.S.d. § 105 darstellen
kann, da sich die Nötigung gem. § 105 auf eine
Kollegialentscheidung beziehen muß. Für § 106 läßt
sich insofern lediglich das systematische Argument
gewinnen, daß auch die Befugnisse der Einzelmit-
glieder nur soweit geschützt sein sollen, als sie

1) Schoreit MDR 1979, 633
Rudolphi, in: SK, Rn. 4 zu § 106
Dreher-Tröndle, Anm. 1 zu § 106
Maurach-Schroeder § 84 II C 1

Mitwirkungen an Kollegialentscheidungen darstellen.

Dem steht jedoch gegenüber, daß die Befugnisse des Verfassungsorgans Regierung sowohl durch das Kollegium als auch durch Einzelmitglieder (Richtlinien-, Ressortkompetenz) wahrgenommen werden. Dem Einzelmitglied einer Regierung obliegt damit nicht nur ein Mitwirkungsrecht an Entscheidungen, sondern in seinem Ressort -soweit durch das Ressortprinzip gedeckt- sogar ein Entscheidungsrecht. Es läßt sich damit ein a maiore ad minus Schluß dahin ziehen, daß die Befugnisse der Regierungsmitglieder im Rahmen ihrer Ressortkompetenz erst recht dem Sonderschutz des § 106 unterfallen müssen. Anderenfalls hätte man das seltsame Ergebnis, daß Nötigungen von Einzelmitgliedern, die sich auf die letzte Regierungsentcheidung, den Kabinettsbeschluß, nicht auswirken, nach § 106 strafbar wären, während eine ernötigte Regierungsentcheidung im Rahmen der Ressortkompetenz oder eine ernötigte Entscheidung des Bundeskanzlers dahingehend, in einem bestimmten Sinne von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch zu machen, straflos bliebe.

Es ist daher der herrschenden Meinung in der Literatur zuzustimmen, daß die Befugnisse des Einzelmitglieds einer Regierung im Rahmen seiner Ressortkompetenz Befugnisse i.S.d. § 106 sind.

VI Konkurrenzverhältnis §§ 105, 106 und § 240

Nach einhelliger Meinung in der Literatur¹⁾
verdrängen §§ 105, 106 als *lex specialis* § 240.

Nach Auffassung des BGH²⁾ schließt die Strafbestimmung des § 105 als Sondervorschrift die Anwendbarkeit des § 240 auch dann aus, wenn das Nötigungsmittel zwar nicht den Tatbestand des § 105, aber den des § 240 erfüllt. Der BGH folgert dies aus der Absicht des Gesetzgebers, der Rechtsprechung nicht die schwierige und letztlich politische Frage aufzubürden, unter welchen Voraussetzungen politische Kampfmaßnahmen gegen Verfassungsorgane i.S.d. § 105 gem. § 240 II verwerflich sind.³⁾

Der Entscheidung des BGH ist zuzustimmen; wenn der Richter im Rahmen der Strafbestimmungen der §§ 105, 106 nicht politische Fragen beantworten soll und darf, so muß nämlich für die Vorschrift des § 240 gelten. Diese Einschränkung der Anwendbarkeit der Strafvorschrift des § 240 ist notwendige Konsequenz der Wertungsschwierigkeiten im politischen Handlungsfeld. Es kann im übrigen auf die

1) Rudolphi, in: SK Rn. 19 zu § 105 u. Rn. 8 zu § 106 Eser, in: Schönke-Schroeder Rn. 12 zu § 105 u. Rn. 8 zu § 106; Willms, in: LK Rn. 18 zu § 105

2) BGH NJW 1984, 931 (933)

3) Wendet man diesen Gedanken des BGHs auch konsequent auf das Verhältnis zwischen § 105 und § 106 an, so gelangt man ebenfalls zu dem oben vertretenen Ergebnis, daß die Regelung des § 106 mit der des § 105 kollidiert mit der Folge, daß die weitergehende Regelung des § 106 hinter der des § 105 zurücktreten muß.

Ausführungen zu dem Konkurrenzverhältnis zwischen § 105 und § 106 Bezug genommen werden.

Zu weitgehend ist die Interpretation dieser Entscheidung durch Arzt¹⁾. Arzt glaubt, daß hiermit der BGH einen allgemeinen Grundsatz im Sinne des von Arzt vertretenen Selbstverantwortungsprinzips bestätigt. Danach soll der Rückgriff aus § 240 in den Fällen, in denen der Nötigungsdruck unter der Schwelle des § 105 liege, deshalb unzulässig sein, weil dem Opfer nach § 105 ein besonderer Standhaltewille abverlangt werde.²⁾ Diese Lösung sei auch auf das Verhältnis zwischen §§ 177, 178 und dem allgemeinen Nötigungstatbestand zu übertragen. Auch §§ 177, 178 muteten dem Opfer viel Standvermögen zu, weil es um die Disposition eines wichtigen Rechtsgutes gehe.³⁾

Arzt erkennt in seiner Argumentation die Gründe, die den Gesetzgeber leiteten, daß Nötigungsmittel Drohung mit einem empfindlichen Übel nicht in den Tatbestand des § 105 aufzunehmen. Dies geschah nicht, weil der Druck, der mit einer Übelandrohung verbunden ist, als gering erachtet und insofern ein Standhaltewille des Verfassungsorgans erwartet wurde.

1) Arzt, JZ 1984, 429

2) Arzt, a.a.O.

3) Arzt, a.a.O.

Vielmehr war ausschlaggebend, daß der Rechtsprechung nicht die politische Frage aufgegeben werden sollte, welche politischen Kampfmaßnahmen unter welchen Umständen verwerflich sind.¹⁾ Zudem ist auch der von Arzt gezogene Schluß -da §§ 105, 106 bzw. §§ 177, 178 einen besonderen Standhaltewille zumuteten, sie der Rückgriff auf § 240 ausgeschlossen- nicht zwingend. Im Gegenteil! In Anbetracht der hohen Strafandrohungen der §§ 177, 178 müssen notwendigerweise an die Tatbestandvoraussetzungen hohe Anforderungen gestellt werden. Das kann jedoch nicht bedeuten, daß alle Fälle, die diese besonderen Anforderungen nicht genügen auch straflos sein müssen. Gerade weil die durch §§ 177, 178 geschützten Rechtsgüter eine besonders hohen Stellenwert haben, muß der strafrechtliche Schutz auch möglichst umfassend sein; d.h., daß die sexuelle Selbstbestimmung auch gegen minderschwere rechtswidrige Angriffe geschützt werden muß. Es kann nicht sein, daß jede durch Übelsandrohung bewirkte Freiheitsbeschränkung, die dicht an der Grenze zur Bagatelle liegt, strafbar, hingegen der unter Androhung von existenzvernichtenden Übeln erzwungene außereheliche Beischlaf straffrei sein soll.

1) BT-Drucks. IV/ 650 S. 584

Über die vom BGH erkannte Einschränkung des Anwendungsbereich des § 240 hinaus ergeben sich noch folgende Restriktionen:

Von den Tatbeständen der §§ 105, 106 werde nur Nötigungen gegen die obersten politischen Organe des Bundes und der Länder erfaßt. Nicht unter die Vorschriften der §§ 105, 106 fallen rechtssetzende politische Körperschaften wie die Kreistage und Gemeindevertretungen¹⁾. Soweit politische Körperschaften auf Gemeindeebene bzw. die Mitglieder dieser Körperschaften durch das Nötigungsmittel der Drohung mit einem empfindlichen Übel dazu bestimmt werden sollen, ihre Befugnisse nicht oder in einem bestimmten Sinne auszuüben, ist die Problemstellung dieselbe wie in §§ 105, 106. Auch hier würde dem Richter die letztlich politische Frage zur Entscheidung gestellt, unter welchen Voraussetzungen kommunalpolitische Maßnahmen verworflich sind. Die obigen Ausführungen zum Bestimmtheitsgrundsatz des Art. 103 II²⁾ und zur Abgeordnetenbestechung³⁾ sind auch auf den kommunalpolitischen Bereich zu beziehen. Eine verfassungskonforme Auslegung des § 240 ergibt somit, daß die Anwendbarkeit des § 240 bei Nötigungen gegen rechtssetzende öffentliche Körperschaften, die keine Verfassungsorgane im Sinne des § 105 sind, bzw. gegen deren Mitglieder

1) siehe oben S.6

2) siehe oben S.175ff

3) siehe oben S.190ff; Auch die Bestechung von Ratsmitgliedern ist straffrei.

auf Nötigungen mittels Gewalt und Drohung mit Gewalt beschränkt ist.

Schließlich ist noch das Konkurrenzverhältnis zwischen §§ 105, 106 und § 240 für den Fall zu erörtern, daß das Verhalten, zu dem das Verfassungsorgan genötigt werden soll, nicht als Ausübung von Befugnissen i.S.d. § 105 StGB anzusehen ist.

Der BGH hat diese Frage in der Startbahntrennung nicht entscheiden müssen.

Nach der herrschenden Meinung in der Literatur¹⁾ soll in diesem Fall § 240 uneingeschränkt anwendbar sein.

Nach m.E. ist hier zu differenzieren.

- a) Nimmt der Täter irrig eine Befugnis des Verfassungsorgans an, so ist ein untauglicher Versuch der §§ 105, 106 gegeben²⁾, ein Rückgriff auf § 240 ist dann ausgeschlossen.
- b) Geht hingegen auch der Täter davon aus, daß eine Kompetenz des Verfassungsorgans für das durch die Nötigung erstrebte Verhalten nicht besteht, so ist § 240 anwendbar.

1) Willms, in: LK Rn. 3 zu § 105; Dreher/Tröndle Rn. 3 zu § 105

2) siehe oben S. 158

L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S

- Amelung, Knut: Irrtum und Zweifel des Getäuschten beim Betrug. In: GA 1977, S. 1ff.
- Arzt, Gunther: Zur Bekämpfung der Vermögensdelikte mit zivilrechtlichen Mitteln -Der Ladendiebstahl als Beispiel. In: JuS 1974, S. 693ff.
- Strafrecht, Besonderer Teil, Lehrheft 1, Bielefeld 1977.
 - Anmerkung zu BGH JZ 1984, S. 423ff., ebd.
- Arzt, Gunther/
Weber, Ulrich: Strafrecht, besonderer Teil, Lehrheft 4: Wirtschaftsstraftaten, Vermögensdelikte (Randbereich), Fälschungsdelikte, Bielefeld 1980.
- Bergmann, Alfred: Das Unrecht der Nötigung, Berlin 1983.
- Boulke, Werner: Anmerkung zum Urteil des LG Mannheim vom 7.10. 1976 -2 NS 98/76-. In: NJW 1977 1073.
- Binding, Karl: Lehrbuch des gemeinen Deutschen Strafrechts, Besonderer Teil, Bd. 2, Leipzig 1905.
- Blei, Hermann: Strafrecht I, allgemeiner Teil, 17. Aufl., München 1977; Strafrecht II, Besonderer Teil, 12. Aufl., München 1983.
- Calliess, Rolf-Peter: Der Begriff der Gewalt im Systemzusammenhang der Straftatbestände (Recht und Staat, Heft 430/431), Tübingen 1974.
- Crook, W.H.: The General Strike, Chapel Hill (North Carolina) 1931.

- Däubler, Wolfgang: Strafbarkeit von Arbeitskämpfen.
In: J. Baumann, G. Dähn (Hg.), Studien zum
Wirtschaftsstrafrecht, Tübingen 1972, S. 91ff.
- Dürr, Hermann: Lücken oder Sackgasse -Strafvor-
schriften gegen Fehlverhalten von Abgeordneten?
In: ZRP 1979, S. 264.
- Eilsberger, Rupert: Die Kölner Straßenbahnblockade-
BGH NJW 1969, 1772. In: JuS 1970, 164ff.
- Engisch, Karl: Beleidigende Äußerungen über dritte
Personen im engsten Kreise. In: GA 1957, S. 326ff.
- Fezer, Gerhard: Die persönliche Freiheit im System
des Rechtsgüterschutzes. In: JZ 1974, S. 599ff.
- Flechtheim, Ossip, K.: Die Parteien der Bundesrepu-
blik Deutschland, Hamburg 1973.
- Frank, Reinhard: Das Strafgesetzbuch für das
Deutsche Reich, 16. Aufl., Tübingen 1925.
- Frick, Jörg: Zuwendungen an politische Parteien in
steuerrechtlicher Sicht. In: BB 1983, S. 1336ff.
- Geerds, Friedrich: Einzelner und Staatsgewalt im
geltenden deutschen Strafrecht, Bad Homburg usw.
1969.
- Geilen, Gerd: Der Tatbestand der Parlamentsnötigung
(§ 105 StGB), Bonn 1957.
- Neue Entwicklungen beim strafrechtlichen Gewalt-
begriff. In: Festschrift für Hellmuth Mayer,
Berlin 1966, S. 445ff.
 - Lebensgefährdende Drohung als Gewalt in § 251
StGB? In: JZ 1970, S. 521ff.
- Groh, Manfred: Die steuerrechtlichen Grundlagen der
Parteispendenverfahren. In: NJW 1985, S. 993.
- Grote, Hermann: Der Streik, Taktik und Strategie,
Köln 1952.

- Habermas, Jürgen: Über das Verhältnis von Politik und Moral. In: Politik und Ethik, hrsg. v. Theodor Strohm und Heinz-Dietrich Wendland, Darmstadt 1969.
- Hälschner, Hugo: Der Begriff der Gewalt im deutschen StGB. In: GS 35 (1883), S. 1ff.
- Haffke, Bernhard: Gewaltbegriff und Verwerflichkeitsklausel. In: ZStW 84 (1972) S. 37ff.
- Hansen, Uwe: Die tatbestandliche Erfassung von Nötigungsunrecht, Baden-Baden 1972.
- Hassemer, Raimund: Schutzbedürftigkeit des Opfers und Strafrechtsdogmatik, Berlin 1981.
- Heinemann, Gustav u. Posser, Dieter: Kritische Bemerkungen zum Strafrecht in der Bundesrepublik. In: NJW 1959, S. 121ff.
- Heintschel-Heinegg, Bernd v.: Gewalt als Nötigungsmittel im Strafrecht, Diss. Regensburg 1975.
- Helmke, Ludwig: Der Begriff der Gewalt im Reichsstrafrecht, Diss. Breslau 1895.
- Henkel, Heinrich: Recht und Individualität, Berlin 1958.
- Herzberg, Rolf Dietrich: Die Unterlassung im Strafrecht und das Garantenprinzip, Berlin/New York 1972.
- Hillenkamp, Thomas: Vorsatztat und Opferverhalten, Göttingen 1981.
- Hirsch, Hans-Joachim: Soziale Adäquanz und Unrechtslehre. In: ZStW 74 (1962), S. 78ff.
- Hoffmeister, Falko: Der Begriff der Gewalt im Straftatbestand der Nötigung, Diss. Hamburg 1972.
- Horn, Eckhard: Die Drohung mit einem erlaubten Übel: Nötigung? In: NSTZ 1983, S. 497ff.

- Jaspers, Karl: Die Atombombe und die Zukunft des Menschen, München 1959.
- Kant, Immanuel: Sämtliche Werke, ed. Cassirer Bd.VI
- Keller, Rainer: Strafrechtlicher Gewaltbegriff und Staatsgewalt, Berlin 1982.
- Die neue Entwicklung des strafrechtlichen Gewaltbegriffs in der Rechtssprechung. In: JuS 1984, S. 109ff.
- Klein, Rolf: Straflosigkeit der Abgeordnetenbestechung, ZRP 1979, S. 174.
- Knodel, Klaus Dieter: Der Begriff der Gewalt im Strafrecht, München/Berlin 1962.
- Köhler, Michael: Vorlesungsstörung als Gewaltnötigung. In: NJW 1983; S. 10ff.
- Kohlmann-Felix: Zur Zulässigkeit der Förderung politischer Parteien durch Kapitalgesellschaften. In: Betr. 1983, S. 1059ff.
- Kohlrausch, Eduard u. Lange, Richard: Strafgesetzbuch, 43. Aufl., Berlin 1961.
- Kollmann, Horst: Die Lehre von der Erpressung nach deutschem Recht, Diss. Berlin 1910.
- Kraus, Karl: Die Beurteilung "passiver Resistenz"-restriktive oder extensive Auslegung der Gewaltnötigung. In: NJW 1984, S. 905f.
- Krey, Volker: Probleme der Nötigung mit Gewalt dargestellt am Beispiel des Fluglotsenstreiks. In: JuS 1974, S. 418ff.
- Kühne, Hans: Strafrechtliche Aspekte der Suizidabwendung in Strafanstalten. In: NJW 1975, 671ff.
- Kümmel, Heinrich: Streik und Strafrecht, München 1979.
- Lackner, Karl: Strafgesetzbuch mit Erläuterungen, 12.Aufl., München 1978.

- Leipziger Kommentar: 9.Aufl., Berlin/New York 1970-74, hrsg. v. P. Baldus u. G. Willms; 10. Aufl., Berlin/ New York 1978ff., hrsg. v. H.H. Jeschek, W. Ruß, G. Willms. (Wo nicht anders vermerkt ist, wird die 10. Aufl. zitiert.)
- Lenckner, Theodor: Wertausfüllungsbedürftige Begriffe im Strafrecht und der Satz nullum crimen sine lege. In: JuS 1968, S. 249ff.
- List, Heinrich: Fördergesellschaften und Parteienfinanzierung. In: BB 1984, S. 460ff.
- Liszt, Franz v.u. Schmidt, Eberhard: Lehrbuch des deutschen Strafrechts, 25. Aufl., Berlin 1925.
- Maunz, Theodor; Dürich, Günter; Herzog, Roman; Scholz, Rupert: Grundgesetz, Kommentar, Bd. I u. II, München (Stand Sept. 1983).
- Maurach, Reinhard: Deutsches Strafrecht, besonderer Teil, 5. Aufl., Karlsruhe 1969.
- Maurach, Reinhard u. Schroeder Friedrich-Christian: Deutsches Strafrecht, besonderer Teil, Teilbd. 1, 6. Aufl., Heidelberg/ Karlsruhe 1977.
- Mayer, Hellmuth: Die gesetzliche Bestimmtheit der Straftatbestände. Materialien zur Strafrechtsreform, Bd.1, Bonn 1954, S. 259ff.
- Strafrecht, allgemeiner Teil, Stuttgart 1953; Neubearb. 1967.
- Merten, Detlef: Rechtsstaat und Gewaltmonopol (Recht und Staat H. 442/443), Tübingen 1975.
- Müller-Dietz, Heinz: Zur Entwicklung des strafrechtlichen Gewaltbegriffs. In: GA 1974, S. 33ff.
- Müller, Kurt: Gewalt und verwandte Begriffe im Reichsstrafgesetzbuche, Diss. Rostock, Berlin 1913.
- Niese, Werner: Streik und Strafrecht, Tübingen 1954.

- Oldeog, : Die Wahl und Abgeordnetenbestechung
Diss. Kiel 1965.
- Ott, Sieghart: Anmerkung zu BGH NJW 1969, S. 2023ff,
ebd.
- Otto, Harro: Anmerkung zum Urteil des BGH JR 1982,
S. 115ff., ebd.
- Rauch, Malte J. u. Schirmbeck, Samuel H.: Die
Barrikaden von Paris. Der Aufstand der franzö-
sischen Studenten und Arbeiter, Fankfurt a.M.
1968.
- Römer, : Das strafrechtliche Problem der Ab-
geordnetenbestechung, Diss. Marburg 1964.
- Roll, Hans-Joachim: Verhaltensregeln für Abgeordnete
In: Zeitschrift für Rechtspolitik, 1984, S. 9ff.
- Roxin, Klaus: Verwerflichkeit und Sittenwidrigkeit
als unrechtsbegründende Merkmale im Strafrecht.
In: JuS 1964, S. 373ff.
- Anmerkung zu BGH JR 1983, S. 332ff., ebd.
- Sax, Walter: Parlamentsnötigung durch Streik? In:
NJW 1953, 368ff.
- Schäfer, Hans: Strukturgrundlagen der Bundesre-
gierung. Richtlinienkompetenz des Regierung-
schefs, Kabinettsystem und Ressortprinzip,
Bulletin 1965.
- Schmidt, Ulrich C.: Der Streik im Rahmen des Straf-
rechts, Bochum 1982.
- Schneider, Dieter: Der Streik, Begriff und Geschichte
In: Zur Theorie und Praxis des Streiks, hrsg.v.
D. Schneider, Frankfurt 1971.
- Schönke, Adolf u. Schroeder, Horst: Strafgesetz-
buch, Kommentar, bearb. v. Theodor Lenkner, Peter
Cramer, Albin Eser, Walter Stree, 21. Aufl.
1982.

Schoreit, Armin: Zur Auslegung des § 106 I Nr. 2c StGB. In: MDR 1979, S. 633f.

Schroeder, Friedrich-Christian: Der Schutz von Staat und Verfassung, München 1970.

- Nötigung und Erpressung durch Forderung von Gegenleistungen. In: JZ 1983, S. 284ff.

Schubarth, Martin: Grenzen der Strafbarkeit sexueller Zumutungen -OLG Hamburg NJW 1980, S. 2592- In: JuS 1981, S. 726f.

Schulze, Burkhard: Zur Frage der Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung. In: JR 1973, S. 485ff.

Schwarze, V.: Der Begriff der "Gewalt" nach dem Reichsstrafgesetzbuch. In: Allgemeine Gerichtszeitung für das Königreich Sachsen und die Großherzoglich und Herzoglich sächsischen Länder, XVI. Jahrg. (1872), S. 33ff.

Sieberg, Walter: Die Gewalt als Mittel zur Begehung strabarer Handlungen, Diss. Köln 1929.

Stratenwerth, Günther: Strafrecht, Allgemeiner Teil I, 2. Aufl., Köln usw. 1976.

Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch: von Hans-Joachim Rudophi, Eckhard Horn, Erich Samson, Hans-Ludwig Schreiber. Bd. II besonderer Teil, Frankfurt, Stand Januar 1985.

Thurow, Richard: Beiträge zur Lehre von der Erpressung, Berlin 1902

Trolsch, Klaus: Der Verhaltenskodex von Abgeordneten in westlichen Demokratien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 24-25/85

Volk, Klaus: Nötigung durch Drohung mit Unterlassen. In: JR 1981, S. 274ff.

- Wahsner, Roderich u. Bayh, Joachim: Widerstand bis hin zum Generalstreik. Gewerkschaften, Streikrecht und Widerstandsrecht gegen Raketenstationierung, hrsg. v. Wolfgang Abendroth, Frank Deppe, Georg Fülberth (Schriftenreihe f. Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung) 1983.
- Wanjek: Über den Begriff der Gewalt im Strafgesetzbuch. In: GA 27 (1879), S. 194ff.
- Welzel, Hans: Das Deutsche Strafrecht, 11. Aufl., Berlin 1969.
- Wessels, Johannes: Strafrecht, Besonderer Teil 1, 3. Aufl., Heidelberg/Karlsruhe 1978.
- Willms, G.: Anmerkung zu BGH JR 1984, S. 120ff., ebd.
- Winkler, Ernst: Der Begriff der Gewalt im Strafrecht, Diss. Breslau 1908.
- Wolf, Gerhard: Straftaten bei Wahlen und Abstimmungen, Bonn 1961.

LEBENS LAUF

Name	Lindenstruth, Louis Friedrich
geboren am	02.04. 1953
in	Soest
Staatsangehörigkeit	deutsch
Familienstand	verheiratet, 2 Kinder
Schule	1959 - 1963 Patrokli-Grundschule, Soest 1963 - 1971 Aldegrevier-Gymnasium, Soest
Studium	an der Ruhr-Universität-Bochum 1971 - 1979 Rechtswissenschaften 1973 - 1979 Publizistik
Zivildienst	1.Nov.1979- 28.Febr.1981
Juristischer Vorbereitungsdienst	1.Mai 1981- 28.Okt. 1983 im OLG-Bezirk Hamm
berufliche Tätigkeit	seit 1984 Rechtsanwalt im LG-Bezirk Arnsberg

